Anhang

Sechstes Treffen des Rates der Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten

am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen¹

Zusammenfassung des Vorsitzenden

Die OSZE-Teilnehmerstaaten bekräftigten ihre Solidarität im Streben nach einer Zukunft in Sicherheit und Stabilität.

Nach Ansicht der Minister stellt die OSZE in der sich gestaltenden europäischen Sicherheitsarchitektur ein wesentliches Forum für ihre Bemühungen dar. Aufbauend auf ihrer Arbeit an einem gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert stimmten die Minister Leitlinien für ein politisch bindendes OSZE-Charta-Dokument für europäische Sicherheit zu. Dieses wichtige Dokument wird die OSZE in ihrer künftigen Rolle leiten. Die Minister gaben die Grundzüge für die wichtigsten Leitlinien für die Arbeit an einem derartigen Charta-Dokument vor, das auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten angenommen werden soll.

Die Teilnehmerstaaten leisteten 1997 durch ihre Arbeit in der OSZE, wo nötig, Hilfestellung und aktive Unterstützung zur Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte im gesamten OSZE-Gebiet. Gestützt auf den Status der OSZE als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen bestätigten die Staaten die Rolle der Organisation als eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge im OSZE-Gebiet. Nie zuvor hatten die OSZE-Teilnehmerstaaten ihre Organisation so aktiv als Instrument eingesetzt, um so viele Fragen zu behandeln, die für ihre gemeinsame Sicherheit von Bedeutung sind.

Die Minister waren sich darin einig, daß die OSZE weiter verbessert werden muß, um die Einhaltung und Umsetzung der gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen zu fördern. Sie kamen überein, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen Organisationen anzustreben, die ihre Wertvorstellungen teilen.

Als Ausdruck ihres Willens, dafür zu sorgen, daß die OSZE auch weiterhin rasch und flexibel handeln kann, vereinbarten die Minister einen Sondermechanismus zur Finanzierung größerer OSZE-Projekte. Dieser Beschluß und der zu Beginn des Jahres eingerichtete Fonds für unvorhergesehene Ausgaben, der ein unverzügliches Tätigwerden in Krisensituationen ermöglichen

¹ Aus: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 3/1998, S. 17-23.

soll, sind die Hauptelemente der vom Amtierenden Vorsitzenden vorgeschlagenen Finanzreform. Dieser Sondermechanismus wird bis 31. Dezember 2000 in Kraft bleiben.

Im Sinne ihres Bekenntnisses zur Verstärkung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Medienbereich begrüßten die Minister die Einigung über das Mandat eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Sie stimmten dem Vorschlag des Amtierenden Vorsitzenden zu, Herrn Freimut Duve (Deutschland) auf diesen Posten zu berufen.

Der Ministerrat äußerte sich anerkennend über die führende Rolle, die die OSZE bei den beachtlichen Fortschritten bei der Durchführung der Übereinkommen gespielt hat, die im Laufe des vergangenen Jahres gemäß Anhang 1-B Artikel II und Artikel IV des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina ausgehandelt wurden. Die Minister begrüßten die Ernennung von Botschafter Henry Jacolin (Frankreich) zum Sonderbeauftragten, der bei der Abhaltung und Durchführung der Verhandlungen zu Artikel V behilflich sein soll. Dieser Prozeß wird den Frieden und die Stabilität in Südosteuropa fördern.

Angesichts der Bedeutung der OSZE-Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension als wesentlichem Element zur Förderung der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen beschlossen die Minister, den Ständigen Rat mit der Ausarbeitung eines neuen Satzes von Modalitäten für diese Treffen zu beauftragen, um deren Wirksamkeit zu erhöhen.

Die Minister vermerkten anerkennend, daß die Reform des OSZE-Sekretariats in Angriff genommen wurde. Sie begrüßten insbesondere die Verabschiedung eines Mandats für einen Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE im Sekretariat, dessen Auftrag es ist, die Fähigkeit des Ständigen Rates und der OSZE-Institutionen zu erhöhen, in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten der Sicherheit tätig zu werden.

Der Ministerrat begrüßte die wichtige Rolle der OSZE bei mehreren Krisen und in Situationen nach Konflikten. Er würdigte die engagierten Bemühungen der Leiter der OSZE-Missionen und ihrer Mitarbeiter, des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und des OSZE-Sekretariats.

Die Minister bekannten sich zu einem demokratischen und multiethnischen Bosnien und Herzegowina und zur anhaltenden Unterstützung für das Allgemeine Rahmenübereinkommen. Die Verlängerung des Mandats der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina bis 31. Dezember 1998 ist Ausdruck dieses Bekenntnisses.

Die Arbeit der OSZE-Missionen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratisierung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen wurde anerkennend vermerkt. Die Minister unterstrichen ferner den beeindruckenden Beitrag, der durch die Überwachung der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen in ganz Bosnien und Herzegowina und

der Parlamentswahlen in der Republika Srpska geleistet wurde. Die Minister stellten insbesondere fest, daß die Umsetzung der Wahlergebnisse innerhalb der entsprechenden Fristen fester Bestandteil des demokratischen Wahlprozesses ist. Sie verdeutlichten ferner, daß durch diese Wahlen nun die Strukturen für die weitere demokratische Entwicklung Bosnien und Herzegowinas vorhanden sind. Die Verantwortung für Fortschritte liege nun in erster Linie bei den Parteien selbst.

Die Minister dankten Frau Susanna Agnelli (Italien) für ihre Rolle als Persönliche Vertreterin des Amtierenden Vorsitzenden für die Aufbringung von Mitteln für die Kommunalwahlen.

Die Minister betonten die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, darunter vor allem mit dem Hohen Repräsentanten, sowie mit einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen.

Die Entwicklungen in Albanien im Frühjahr 1997 stellten Europa und seine Stabilität vor eine neue, ernste Herausforderung. Die Minister würdigten die rasche Reaktion des Amtierenden Vorsitzenden, der Dr. Franz Vranitzky (Österreich) zu seinem Persönlichen Vertreter bestellte, auf die beginnende Krise. Die Minister dankten Dr. Vranitzky mit herzlichen Worten für seinen wichtigen Beitrag.

Die Bemühungen des Amtierenden Vorsitzenden und seines Persönlichen Vertreters schufen die Grundlage für internationales Eingreifen, durch das die Krise eingedämmt werden konnte, und ebneten den Weg für Parlamentswahlen und einen Neubeginn demokratischer und wirtschaftlicher Reformen. Die Minister dankten der OSZE-Präsenz in Albanien und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) für ihre Bemühungen bei der Vorbereitung und Abhaltung dieser Wahlen. Ihr Dank galt auch Italien für seine Rolle während der Krise im Zusammenhang mit der Multinationalen Schutztruppe.

Die Minister äußerten ihre Entschlossenheit, Albanien auch weiterhin internationale Hilfe zur Verfügung zu stellen, unter anderem über die OSZE, die als flexibler Koordinierungsrahmen für dieses Unternehmen fungiert. Albanien habe unter anderem gezeigt, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Multinationalen Schutztruppe sowie mit anderen einschlägigen Organisationen wie etwa dem Europarat ist. Sie äußerten die Ansicht, daß diese Zusammenarbeit und die koordinierende Rolle der OSZE bei der Behandlung ähnlicher Krisen als Richtschnur dienen können.

Die Minister begrüßten die Verstärkung der OSZE-Mission in Kroatien, bestätigten deren allgemeine Aufgaben im Bereich der Menschenrechte und unterstrichen ihre besondere Bedeutung im Hinblick auf die Rückkehr der

Flüchtlinge in beide Richtungen. Sie stellten fest, daß der Ablauf des Mandats der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Januar 1998 neue Herausforderungen für die OSZE in Ostslawonien mit sich bringen wird, und zeigten sich befriedigt, daß die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Bereich der Polizeiüberwachung über diesen Termin hinaus fortgesetzt wird.

Die Minister äußerten ihre Enttäuschung darüber, daß die im González-Bericht vom Dezember 1996 genannten Abhilfemaßnahmen für demokratische Mängel in der Bundesrepublik Jugoslawien von der Regierung nicht in ausreichendem Maße umgesetzt wurden. Sie appellierten an alle politischen Kräfte, einen konstruktiven Dialog zu diesen Fragen aufzunehmen. Sie erinnerten daran, daß die OSZE eingeladen worden war, die Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien zu beobachten, und meinten, daß durchaus Raum für weitere Zusammenarbeit mit der OSZE vorhanden sei. Die diesbezüglichen mehrmaligen Angebote des Amtierenden Vorsitzenden an die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien, bei der Weiterentwicklung des demokratischen Prozesses behilflich zu sein, hätten nach wie vor Gültigkeit. Es wurde festgestellt, daß hierzu noch keine Reaktion erfolgt sei.

Anlaß zu ernster Sorge gaben die zunehmenden Spannungen in Kosovo. Die Parteien wurden eindringlich aufgefordert, einen konstruktiven Dialog im Hinblick auf politische Lösungen einzuleiten. Die Minister riefen die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien auf, mit dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo, Max van der Stoel, zusammenzuarbeiten. Die Minister bedauerten, daß die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien dem Persönlichen Vertreter bisher keine Einreiseerlaubnis erteilt hat.

Es wurde für wichtig erachtet, daß so rasch wie möglich eine OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien eingerichtet wird.

Die Minister waren der Ansicht, daß ein echtes Bekenntnis zur Demokratie und zum Dialog nicht nur der Bundesrepublik Jugoslawien zugute kommen würde. Es würde sich auch positiv auf die Einbindung der Bundesrepublik Jugoslawien in die internationale Gemeinschaft und auf die Diskussion über die zukünftige Rolle, die die Bundesrepublik Jugoslawien innerhalb der OSZE spielen kann, auswirken.

Die Minister bestätigten die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit für die Förderung von Frieden und Stabilität in Südosteuropa. Das Potential dieses Prozesses sollte in größerem Maße genutzt werden.

Der Amtierende Vorsitzende berichtete über Entwicklungen in bezug auf Moldau seit dem Gipfeltreffen von Lissabon. Die Unterzeichnung des Memorandums über die Grundlagen für die Normalisierung der Lage und der Gemeinsamen Erklärung am 8. Mai 1997 war ein wichtiger Schritt in Richtung einer dauerhaften Regelung auf der Grundlage der Unabhängigkeit,

Souveränität und territorialen Integrität Moldaus. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die Minister äußerten die Hoffnung, daß die fortlaufenden Kontakte zwischen den Parteien und den Vermittlern bald zu konkreten Fortschritten führen werden. Sie erklärten erneut die Bereitschaft der OSZE, bei der Umsetzung der vereinbarten Dokumente und bei den Bemühungen um eine endgültige Regelung in enger Zusammenarbeit mit den russischen und ukrainischen Vermittlern Hilfestellung zu leisten.

Mit tiefer Besorgnis wurde vermerkt, daß das bilaterale Abkommen zwischen Rußland und Moldau vom 21. Oktober 1994 über den Abzug aller russischen Streitkräfte aus Moldau und die im Lissabonner Dokument zum Ausdruck gebrachte Erwartung eines raschen, geordneten und vollständigen Abzugs der russischen Truppen sich keineswegs erfüllt hat, insbesondere in bezug auf Munition. Somit befinden sich noch immer russische Streitkräfte im Land. Rund 40 Prozent des Personals wurden 1997 abgezogen, doch sind immer noch erhebliche Mengen an russischer Ausrüstung und Munition, bewacht von russischen Truppen, in dem Gebiet gelagert. Die Minister verliehen der Erwartung Ausdruck, daß der Abzug der russischen Streitkräfte aus Moldau im Einklang mit den auf dem Gipfeltreffen in Lissabon eingegangenen Verpflichtungen fortgesetzt und in naher Zukunft abgeschlossen wird. Die Ausarbeitung eines Zeitplans könne den Abzug begünstigen, und erhöhte Transparenz könne das Vertrauen stärken, was zu größerer Stabilität in der Region führen würde. Die OSZE wird die Frage weiterhin genau verfolgen.

Der Ministerrat würdigte die wertvolle Arbeit der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien (Russische Föderation), insbesondere während der Wahlen im Januar 1997, und die Bemühungen in der Zeit danach, die sich auf die Überwachung der Menschenrechte und die Unterstützung humanitärer Organisationen konzentrierten. Bedauern und große Besorgnis wurden darüber geäußert, daß die Sicherheitslage in Tschetschenien die Möglichkeit der Unterstützungsgruppe und der humanitären Organisationen, ihren Aufgaben nachzukommen, stark behinderte.

In Georgien kam es seit dem Gipfeltreffen von Lissabon im Konflikt betreffend die Region Zchinwali/Südossetien zu gewissen Erfolgen. Die Minister kamen überein, daß die OSZE über ihre Mission gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft im allgemeinen den Parteien weiterhin nahelegen sollte, den politischen Dialog über die Frage des Status und andere vordringliche Fragen auf allen Ebenen fortzusetzen.

In bezug auf Abchasien, Georgien, wurde mit Bedauern festgestellt, daß in Schlüsselfragen wie der Frage des Status und der Flüchtlingsproblematik keine sichtbaren Fortschritte zu verzeichnen sind, seit auf dem Gipfeltreffen von Lissabon die Lage erhoben und die Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens bekräftigt worden war. Die Minister würdigten die Bemühungen zur Herbeiführung eines direkten Dialogs zwischen den Konfliktparteien durch die Russische Föderation als

Vermittler, die beim Zustandekommen eines bilateralen Treffens zwischen Präsident Schewardnadse und dem abchasischen Führer Ardzinba Hilfestellung geleistet hatte. Die Minister begrüßten die Tatsache, daß der Genfer Prozeß unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen nun fest etabliert ist, einschließlich der Rolle der "Freunde des Generalsekretärs der Vereinten Nationen", und daß die Parteien ihre Zusage bekräftigt haben, eine Konfliktlösung basierend auf der Nichtanwendung von Gewalt anzustreben.

Die Minister bekräftigten den Willen der OSZE, die Aktionen der Vereinten Nationen im Interesse einer dauerhaften und umfassenden Lösung des Konflikts in Abchasien, Georgien, auch weiterhin zu unterstützen, einschließlich der raschen und sicheren Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat unter internationaler Überwachung, und der Normalisierung der Lage nach dem Konflikt. Die OSZE ist darüber hinaus bereit, ihrerseits eine Verstärkung des VN/OSZE-Menschenrechtsbüros in Suchumi ins Auge zu fassen.

Die Minister betonten, daß die friedliche Regelung der Konflikte in Georgien zusätzliche Transparenzmaßnahmen hinsichtlich militärischer Waffen und Ausrüstungen im Konfliktgebiet verlangt. Diesbezüglich nahmen die Minister die Bemühungen im Rahmen der Gemeinsamen Beratungsgruppe hinsichtlich der militärischen Ausrüstung zur Kenntnis, die nicht der vertragsgemäßen Rechenschaftspflicht und Kontrolle im KSE-Vertrag unterworfen werden.

Die Minister ermutigten die betroffenen Parteien, die internationale Gemeinschaft, die OSZE über ihre Mission sowie die "Freunde des Generalsekretärs der Vereinten Nationen", sich für die Intensivierung der Verhandlungen zwischen den Parteien über den politischen Status der Region Zchinwali/Südossetien und von Abchasien, Georgien, einzusetzen.

Die Minister nahmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß in Tadschikistan die von den Vereinten Nationen vermittelten intertadschikischen Gespräche erfolgreich abgeschlossen wurden. Anlaß zur Sorge gebe jedoch die gegenwärtige Lage in Tadschikistan, die schwierig, instabil und angespannt ist. Die Minister ermutigten alle politischen Kräfte im Land zur Zusammenarbeit, um im Interesse des tadschikischen Volkes eine friedliche, demokratische Entwicklung zu gewährleisten. Sie bestätigten, daß die OSZE nach wie vor willens ist, diesen Prozeß in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen zu unterstützen.

Der Ministerrat erhielt den Bericht der Kovorsitzenden der Minsker Konferenz über Fortschritte in Richtung einer Lösung des Konflikts um Berg-Karabach.

Der Amtierende Vorsitzende begrüßte die Bemühungen der Kovorsitzenden und schloß sich ihrem Bericht zu dieser Frage vollinhaltlich an. Der Amtie-

rende Vorsitzende ersuchte die Kovorsitzenden, ihre Arbeit fortzusetzen, und forderte alle Parteien eindringlich auf, die Verhandlungen auf der Grundlage des Vorschlags der Kovorsitzenden unverzüglich wieder aufzunehmen.

Die Minister begrüßten das Interesse der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten an einem aktiven Engagement der OSZE in der Region. Dies zeige sich an den konkreten Vorschlägen über Zusammenarbeit und Unterstützung zur Bewältigung von Herausforderungen, unter anderem im sozialen und ökologischen Bereich und in Fragen des illegalen Drogenhandels.

Sie nahmen ferner Kenntnis von den Initiativen Aserbaidschans, Georgiens, Kasachstans, Kirgisistans, der Ukraine und Usbekistans zur Stärkung der regionalen Sicherheit.

Mit Genugtuung wurde vermerkt, daß die OSZE-Beratungs- und -Überwachungsgruppe in Belarus nunmehr bereit ist, ihre Arbeit im Sinne des im September dieses Jahres genehmigten Mandats aufzunehmen. Es stehe zu hoffen, daß die Tätigkeit der Gruppe sowohl für die demokratischen Prozesse innerhalb Belarus als auch für die Beziehungen des Landes mit der internationalen Gemeinschaft von Bedeutung sein werden.

1997 wurde die Fähigkeit der OSZE erheblich gestärkt, OSZE-Teilnehmerstaaten bei ihren Demokratisierungsbemühungen und bei der Einhaltung anderer OSZE-Verpflichtungen im Rahmen der menschlichen Dimension praktisch beizustehen.

Die Minister stellten fest, daß die OSZE im Einklang mit der Gipfelerklärung von Lissabon von 1996 über das BDIMR und das zentralasiatische Verbindungsbüro der OSZE bemüht war, ihre Unterstützung für die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten in den Bereichen demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit sowie im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Stabilität und der Verhinderung von Konflikten in der Region zu verstärken.

Es wurde festgestellt, daß die OSZE gemäß der Gipfelerklärung von Lissabon, unter anderem durch das BDIMR, weitere Anstöße für Aktivitäten im Anschluß an das Aktionsprogramm gab, das von der Konferenz über Flüchtlings- und Migrationsfragen auf dem Gebiet der GUS und anderer relevanter Nachbarstaaten (GUS-Konferenz) verabschiedet worden war.

Die Minister nahmen zur Kenntnis, daß das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte weiter umgestaltet wurde, um die Grundlage dafür zu schaffen, daß die OSZE verstärkt zu den Wahlprozessen beitragen kann.

Die Minister hörten einen Bericht des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Sie würdigten die Beiträge der Parlamentarischen Versammlung zur Arbeit der OSZE und die speziellen Beiträge des Präsidenten der Versammlung während der Wahlen in Bosnien und Herzegowina. Sie begrüßten die Vereinbarung mit dem BDIMR über Verfahren zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Wahlüberwachung. Sie

hoben die Beiträge des Präsidenten der Versammlung und des Generalsekretärs der OSZE zur Arbeit der OSZE-Troika hervor.

Die Minister stellten mit Befriedigung fest, daß 1997 die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, dem Europarat, der Europäischen Union und der NATO, weiter vertieft wurde. Außerdem wurden im Zusammenhang mit der Arbeit am Sicherheitsmodell Kontakte zu subregionalen Foren hergestellt.

Die Minister nahmen mit Befriedigung Kenntnis von den Bemühungen zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern, insbesondere mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum. Diesbezüglich begrüßten sie das OSZE-Mittelmeerseminar über "Das Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert: Auswirkungen auf den Mittelmeerraum" in Kairo und die regelmäßigen Sitzungen der Kontaktgruppe, die eingerichtet worden war, um den Dialog mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum zu vertiefen und zu einer echten Zusammenarbeit mit ihnen zu gelangen. Es wurden Bemühungen zur Ermittlung von Fragen von allgemeinem Interesse, einschließlich der Förderung der Rolle der Kontaktgruppe, unternommen, die in Zukunft verstärkt werden sollten. Zur Erleichterung dieses Prozesses begannen Erörterungen darüber, wie die Wechselwirkung zwischen den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und der OSZE qualitativ gesteigert werden kann; diese Erörterungen sollten fortgesetzt werden.

Die Minister nahmen mit Anerkennung Kenntnis von dem gemäß einem Beschluß des Gipfeltreffens von Lissabon vorgelegten Tätigkeitsbericht des Forums für Sicherheitskooperation. Der Bericht bestätigte, daß die Rüstungskontrolle, einschließlich Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, nach wie vor fester Bestandteil des umfassenden und kooperativen OSZE-Konzepts der unteilbaren Sicherheit ist. Es fand eine erfolgreiche Folgekonferenz zum Verhaltenskodex statt, und es wurden Vorschläge zur Erhöhung von Transparenz, Vorhersehbarkeit und Zusammenarbeit im politisch-militärischen Bereich gemacht. Die Minister begrüßten den FSK-Beschluß, eine Überprüfung des Wiener Dokuments 1994 in Angriff zu nehmen und diesen Prozeß 1998 abzuschließen. Das vor kurzem in Ottawa zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen über das Verbot von Landminen wurde ebenso mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wie der FSK-Beschluß, jährliche Informationen zur Frage der Landminen auszutauschen, und andere Initiativen in diesem Bereich. Angesichts des sich wandelnden politischen und sicherheitspolitischen Umfeldes wird das bevorstehende Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen eine einmalige Gelegenheit sein, den Sicherheitsdialog innerhalb des FSK zu fördern.

Der Ministerrat nahm ferner mit Anerkennung Kenntnis vom Bericht über die Arbeit in der Gemeinsamen Beratungsgruppe im Zuge des Anpassungsprozesses des KSE-Vertrags. Die Minister sind sich der Bedeutung des

Beschlusses über "einige Grundelemente für die Anpassung des Vertrags" und der Bekanntgabe illustrativer Zahlen durch mehrere Nationen für ihre zukünftigen nationalen und territorialen Obergrenzen bewußt. Sie bekräftigten die Bedeutung des KSE-Vertrags als Schlüsselement für Sicherheit und Stabilität in Europa. Der Ministerrat bekannte sich zur Notwendigkeit der Vertragsanpassung - parallel zu dem in Gange befindlichen Prozeß der vollständigen Durchführung -, um gleiche Sicherheit für alle Vertragsstaaten - unabhängig davon, ob sie einem politisch-militärischen Bündnis angehören - zu gewährleisten, ihre Sicherheitsbeziehungen zu stärken, Vertrauen aufzubauen und sich gegenseitig Zusicherungen zu geben.

Der Ministerrat bekräftigte erneut die Bedeutung des Inkrafttretens des Vertrags über den Offenen Himmel und rief diejenigen Staaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies umgehend zu tun. Die Minister begrüßten die im Zuge der bilateralen und multilateralen Versuchsflüge gewonnenen Erfahrungen, die bewiesen hatten, wie groß das Potential dieses Vertrags für die Schaffung von Transparenz von Vancouver bis Wladiwostok ist.

Der Ministerrat hieß Polen in der Funktion des designierten Amtierenden Vorsitzenden willkommen, dessen Amtszeit am 1. Januar 1998 beginnt, und beschloß, daß Norwegen 1999 den Vorsitz übernimmt.

Leitlinien für ein OSZE-Charta-Dokument über europäische Sicherheit

(Beschluß Nr. 5 des 6. OSZE-Ministerrates am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen)

1. Der Ministerrat ist der Überzeugung, daß das gegenwärtige politische und Sicherheitsumfeld an der Schwelle zum neuen Jahrhundert eine historisch einmalige Gelegenheit darstellt, um ein neues demokratisches und friedliches Europa ohne Trennlinien aufzubauen. Neue und vielfältige Risiken und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit verlangen ein kooperatives und umfassendes Vorgehen. Die Sicherheit im gesamten OSZE-Gebiet kann nur durch echte Partnerschaft auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und Solidarität der Staaten und unter voller Achtung der Prinzipien der OSZE und der Interessen aller OSZE-Staaten gestärkt werden, unabhängig davon, ob sie Sicherheitsstrukturen oder -vereinbarungen angehören.

2. Der Rat erinnert daran, daß die OSZE gemäß Absatz 22 der Gipfelerklärung von Helsinki 1992 ein Forum ist, das der Gestaltung des neuen Europa Richtung und Impulse gibt, und gemäß Absatz 8 der Gipfelerklärung von Budapest eines der Hauptinstrumente zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in der Region ist. In der Erklärung von Lissabon

von 1996 über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert wurde die zentrale Rolle der OSZE für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität festgeschrieben. Zweck der Arbeit an einem Sicherheitsmodell ist es, zur Schaffung eines gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraums beizutragen, was der Sicherheit aller Teilnehmerstaaten zugute kommt, da die OSZE in ihrer eigenen Arbeit gefestigt und gestärkt wird, und damit ihre Schlüsselrolle - als die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation - für Frieden und Stabilität in Europa noch fester verankert wird.

3. Unter Hinweis auf die Erklärung von Lissabon von 1996 über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert und in Kenntnis des Berichts des Amtierenden Vorsitzenden über die 1997 geleistete Arbeit am Sicherheitsmodell, bekräftigt der Ministerrat das feierliche Bekenntnis aller Teilnehmerstaaten zur Schlußakte von Helsinki als dem Fundament der OSZE, zur Charta von Paris sowie zu anderen OSZE-Dokumenten, die in ihrer Gesamtheit eine gemeinsame Grundlage für die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten bilden, und beschließt, ein ausführliches und substantielles OSZE-Charta-Dokument über europäische Sicherheit auszuarbeiten.

4. Ein solches Charta-Dokument sollte politisch bindend sein und eine Weiterentwicklung der Standards und Praktiken der OSZE-Teilnehmerstaaten darstellen. Es sollte den Bedürfnissen unserer Völker im neuen Jahrhundert insofern entsprechen, als es auf Risiken und Herausforderungen im Sicherheitsbereich eingeht und damit zu einem gemeinsamen Sicherheitsraum innerhalb des OSZE-Gebiets beiträgt. Es sollte die Teilnehmerstaaten in die Lage versetzen, dies durch eine gestärkte OSZE zu tun, die mit anderen zuständigen Organisationen auf gleichberechtigter Basis eine gegenseitig unterstützende Zusammenarbeit eingeht. Es sollte den Integrationsprozeß im gesamten OSZE-Gebiet ergänzen und beschleunigen. Es sollte unsere Bemühungen unterstützen, zur Förderung der Achtung gemeinsamer Werte und der Umsetzung von Verpflichtungen beizutragen.

Ein Charta-Dokument sollte den Konsens als Grundlage für die Beschlußfassung in der OSZE weiterhin beibehalten. Die Flexibilität und Fähigkeit der OSZE, rasch auf ein politisches Umfeld im Wandel zu reagieren, sollte wie bisher das Kernstück des kooperativen und umfassenden Herangehens der OSZE an die gemeinsame und unteilbare Sicherheit sein.

Ein Charta-Dokument sollte die OSZE-Prinzipien bekräftigen und ihre unveränderte Gültigkeit und Anwendbarkeit bei der Gewährleistung von Frieden und Stabilität im dynamischen Sicherheitsumfeld im OSZE-Gebiet anerkennen. Es sollte das jedem einzelnen Teilnehmerstaat innewohnende Recht bekräftigen, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu

verändern. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen respektieren. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen. Innerhalb der OSZE kommt keinem Staat, keiner Organisation oder Gruppierung mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der OSZE-Region zu als anderen, noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil der OSZE-Region als seinen/ihren Einflußbereich betrachten.

5. Um ihre Vision Wirklichkeit werden zu lassen, vereinbaren die Minister, daß die Teilnehmerstaaten durch ein Charta-Dokument sich unter anderem zu folgendem verpflichten:

(a) Sie werden die OSZE als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen bekräftigen und sie als eine der wichtigsten Organisationen für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten innerhalb ihrer Region stärken, indem sie ihre Wirksamkeit im Bereich der Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge erhöhen. Sie werden den innovativen Charakter der OSZE bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe bewahren und die Fähigkeiten der OSZE in einer Reihe wichtiger Bereiche erhöhen, indem sie vorhandene Instrumente weiterentwickeln und Überlegungen zu neuen anstellen.

(b) In der Erkenntnis, daß die Teilnehmerstaaten innerhalb der OSZE ihren Bürgern hinsichtlich der Einhaltung der OSZE-Normen und -Prinzipien Rechenschaft schulden, und daß die von den Staaten im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und legitimes Anliegen aller Teilnehmerstaaten sind, werden sie verstärkt der Verpflichtung nachkommen, solidarisch und partnerschaftlich dafür Sorge zu tragen, daß die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie die von der OSZE verabschiedeten Beschlüsse umgesetzt und eingehalten werden. Um den Staaten, die Probleme mit der Umsetzung der Verpflichtungen haben, Hilfestellung zu leisten, werden sie die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bestehender kooperativer Instrumente und Mechanismen nutzen und prüfen und gegebenenfalls neue entwickeln. Zu diesem Zweck werden die Staaten ihr Bekenntnis zur Zusammenarbeit innerhalb der OSZE und mit ihren Institutionen und Vertretern ebenso bekräftigen wie ihre Bereitschaft, die Instrumente, Werkzeuge und Mechanismen der OSZE einzusetzen.

Sie werden weiterhin die gemeinsame Sicherheit aller Teilnehmerstaaten schützen und zu diesem Zweck und im Hinblick auf die Erhaltung echter Partnerschaft Möglichkeiten erkunden, um die Wirksamkeit der OSZE bei der Behandlung von Fällen eindeutiger, eklatanter und fortwährender Verstöße gegen OSZE-Prinzipien und -Beschlüsse zu erhöhen. Im Zusammenhang damit werden sie auch Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Staaten und Institutionen sowie gemeinsame

kooperative Maßnahmen ermitteln, die die Umsetzung von OSZE-Prinzipien und -Beschlüssen unterstützen sollen.

(c) Sie werden weitere Möglichkeiten prüfen, gemeinsam Maßnahmen zu überlegen, die gegebenenfalls im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu treffen sind, möglicherweise in Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Organisationen, denen sie angehören, wenn ein Staat gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates Gewalt androht oder einsetzt. Ferner werden sie Möglichkeiten überlegen, wie sie einem Teilnehmerstaat im Falle des Zusammenbruchs von Recht und Ordnung Beistand leisten können.

(d) Sie werden sicherstellen, daß die Anwesenheit ausländischer Truppen auf dem Territorium eines Teilnehmerstaats dem Völkerrecht, der frei zum Ausdruck gebrachten Zustimmung des aufnehmenden Staates oder einem einschlägigen Beschluß des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen entspricht.

(e) Angesichts der Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen einschlägigen Organisationen beim Auftreten von Risiken und Herausforderungen, und aufbauend auf dem Gemeinsamen Konzept im Anhang zu diesem Beschluß, werden sie die nichthierarchische Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen Organisationen innerhalb einer Plattform für kooperative Sicherheit weiter stärken, die als wesentliches Element des Charta-Dokuments auszuarbeiten ist. Zu diesem Zweck werden sie unter anderem zusätzliche Modalitäten prüfen, wie die OSZE und andere Organisationen einander bezüglich ihrer Fähigkeiten im Hinblick auf optimale kooperative Lösungen für konkrete Probleme besser ergänzen können. Dabei werden sie die im vereinbarten Anhang zu diesem Beschluß genannten Modalitäten zur Grundlage nehmen.

Ausgehend von den im Gemeinsamen Konzept enthaltenen Bestimmungen werden sie die OSZE als potentiell Forum für die Interaktion zwischen regionalen und subregionalen Gruppierungen im OSZE-Gebiet anbieten, um den Informationsaustausch zu erleichtern und eine pragmatische Vorgehensweise bei der Behandlung von Herausforderungen zu entwickeln, unter anderem dann, wenn es um die Konfliktnachsorge geht.

In Anbetracht der Rolle, die die OSZE nunmehr im gesamten Spektrum der Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge spielt und im Lichte der praktischen Erfahrungen anderer Organisationen im Bereich der Friedenserhaltung werden sie mit Nachdruck prüfen, welche Rolle der OSZE im Zusammenhang mit friedenserhaltenden Einsätzen angemessen ist, und bei diesen Überlegungen die einschlägigen OSZE-Dokumente in Betracht ziehen.

(f) Sie werden Überlegungen darüber anstellen, welche Rolle die OSZE sinnvollerweise spielen kann, unter anderem darüber, wie die OSZE bei der

Behandlung neuer Risiken und Herausforderungen im Sicherheitsbereich die internationalen Bemühungen erleichtern kann.

(g) Sie werden verstärkt im Bereich der menschlichen Dimension tätig sein, unter anderem beim Aufbau und der Stärkung demokratischer Institutionen, und ihr Engagement verstärken, um Bedrohungen der Gesamtsicherheit wie etwa Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Äußerungen von Intoleranz, aggressivem Nationalismus, Rassismus, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenzutreten, unter anderem in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind.

Sie werden Überlegungen darüber anstellen, wie die OSZE zur Verbesserung der Umsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen kann - einschließlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie werden darüber hinaus nach Möglichkeiten suchen, wie die OSZE bei der Behandlung von Fragen in bezug auf Angehörige nationaler Minderheiten ihre Unterstützung des Dialogs zwischen Volksgruppen verstärken und die Umsetzung von Verpflichtungen in bezug auf die Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten fördern kann. Ziel dieser Überlegungen wird es sein, das Instrumentarium der OSZE weiterzuentwickeln und die Teilnehmerstaaten zu veranlassen, es verstärkt in Anspruch zu nehmen.

(h) In Anbetracht der engen Verbindung zwischen Sicherheit und Wohlstand auf der Grundlage der wirtschaftlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes werden sie dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftliche Dimension als Bestandteil der Frühwarnungs- und Konfliktverhütungsaktivitäten der OSZE angemessene Beachtung findet und der Arbeit von Wirtschafts-, Finanz- und anderen Fachinstitutionen weitere politische Impulse verleiht, unter anderem zum Zwecke der stärkeren Einbindung der Reformländer in die Weltwirtschaft und um innerhalb des OSZE-Gebiets die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung eines transparenten und berechenbaren Rechtssystems im Wirtschaftsbereich zu gewährleisten.

(i) Unter Betonung der Bedeutung politisch-militärischer Fragen werden sie bekräftigen, wie wichtig die Durchführung bestehender Rüstungskontroll- und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen sowie deren Anpassung an das neue Sicherheitsumfeld sind. Sie werden Überlegungen über mögliche neue Maßnahmen zur Stärkung der Transparenz, Vorhersehbarkeit und Zusammenarbeit anstellen und dafür Sorge tragen, daß das Forum für Sicherheitskooperation als ein Forum für Dialog und Verhandlung diesbezüglich seine Wirksamkeit behält. Sie werden die ungebrochene Bedeutung des KSE-Vertrags als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und die Bedeutung des Wiener Dokuments und des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit hervorheben.

(j) In Anerkennung der Unteilbarkeit der Sicherheit stellen sie fest, daß verstärkte Sicherheit und Zusammenarbeit in angrenzenden Gebieten, insbesondere im Mittelmeerraum, einen für die Stabilität im OSZE-Gebiet wesentlichen Faktor darstellen. Sie werden eine engere Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern in Erwägung ziehen, um die den OSZE-Teilnehmerstaaten gemeinsamen Normen und Wertvorstellungen zu fördern. Sie werden die Partner auch dazu ermutigen, sich das Sachwissen der OSZE zunutze machen.

6. Der Ministerrat beschließt,

- daß die Arbeit an einem Charta-Dokument durch eine kontinuierliche, zielorientierte OSZE-Aktion ergänzt wird, die für praktische Maßnahmen zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE in all ihren Tätigkeitsbereichen sorgt. Dazu zählt die Verbesserung und Verfeinerung der OSZE-Instrumente und -Mechanismen, die Erkundung neuer innovativer Möglichkeiten, wie etwa eines die Förderung demokratischer Institutionen unterstützenden Instrumentariums, und die Erhöhung der Wirksamkeit der OSZE-Aktivitäten vor Ort;
- bis zur Ausarbeitung einer Plattform für kooperative Sicherheit als Teil eines Charta-Dokuments den Amtierenden Vorsitzenden zu beauftragen, sich in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär auf der Grundlage des Anhangs zu diesem Beschluß aktiv für eine Ausweitung der Zusammenarbeit der OSZE mit anderen internationalen Institutionen und Organisationen einzusetzen.

7. Der Ministerrat beschließt ferner,

- daß die Entwicklung eines Charta-Dokuments vom Sicherheitsmodellausschuß unter der Schirmherrschaft des Ständigen Rates in Angriff genommen wird, wobei letzterer gegebenenfalls nachgeordnete Gremien einsetzen kann, damit diese konkrete Elemente des Charta-Dokuments behandeln;
- den Amtierenden Vorsitzenden vorrangig damit zu beauftragen, einen Zeitplan, organisatorische Modalitäten und Verfahren für diesen Prozeß vorzulegen. Der Arbeitsfortschritt kann, wenn angebracht, auf Sondersitzungen des Ständigen Rates überprüft werden;
- daß auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten ein Charta-Dokument verabschiedet wird.

Anhang

Gemeinsames Konzept für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Institutionen

Das Ziel einer Plattform für kooperative Sicherheit ist es, die auf gegenseitiger Verstärkung beruhende Beziehung zwischen jenen Organisationen und Institutionen zu stärken, die mit der Förderung der umfassenden Sicherheit innerhalb des OSZE-Gebiets befaßt sind. Das folgende gemeinsame Konzept legt den Grundstein für die Entwicklung einer Plattform, die Teil eines Charta-Dokuments sein wird.

I. Gemeinsames Konzept

Die Minister stellen fest, daß die Sicherheit im OSZE-Gebiet Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Teilnehmerstaaten und einschlägigen Organisationen und Institutionen erfordert, denen auch sie angehören.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten möchten die nichthierarchische, gegenseitig verstärkende Art der Beziehungen zwischen diesen Organisationen und Institutionen vertiefen, um einer Grundlage für gemeinsame, umfassende und unteilbare Sicherheit im OSZE-Gebiet den Weg zu ebnen.

Die OSZE wird mit denjenigen Organisationen und Institutionen kooperativ arbeiten, deren Mitglieder einzeln und gemeinsam, auf eine Weise, die mit den für jede Organisation beziehungsweise Institution geeigneten Modalitäten vereinbar ist, heute und in Zukunft,

- die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einhalten, wie sie in der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Helsinki-Dokument 1992, dem Budapester Dokument 1994, dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und der Erklärung von Lissabon über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert niedergelegt sind;
- sich in ihren Handlungen im Geiste des Wiener Dokuments zu den Prinzipien der Transparenz und der Vorhersehbarkeit bekennen;
- von ihnen eingegangene Rüstungskontrollverpflichtungen, einschließlich Abrüstung und VSBM, vollständig umsetzen;
- davon ausgehen, daß diese Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, in ihrer Entwicklung der Transparenz verpflichtet bleiben;
- gewährleisten, daß ihre Mitgliedschaft bei diesen Organisationen und Institutionen auf Offenheit und Freiwilligkeit beruht;

- das Konzept der OSZE für eine gemeinsame, umfassende und unteilbare Sicherheit und einen gemeinsamen Sicherheitsraum ohne Trennlinien aktiv unterstützen;
- in vollem Umfang und in geeigneter Weise an der Entwicklung der Beziehungen zwischen einander verstärkenden Institutionen im OSZE-Gebiet mitwirken, die sich mit Sicherheitsfragen befassen;
- grundsätzlich bereit sind, institutionelle Ressourcen internationaler Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, bei Vorliegen der entsprechenden Grundlagenbeschlüsse, gegebenenfalls für die OSZE-Arbeit einzusetzen. Diesbezüglich stellen die Teilnehmerstaaten fest, daß die Zusammenarbeit in den Bereichen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung von besonderer Bedeutung ist.

Diese Prinzipien und Verpflichtungen bilden insgesamt ein Gemeinsames Konzept für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen einander verstärkenden Organisationen und Institutionen innerhalb der Plattform.

Im Rahmen der einschlägigen Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, werden sich die Teilnehmerstaaten dafür einsetzen, daß die Organisationen und Institutionen an der Plattform für kooperative Sicherheit mitwirken. Diese Mitwirkung auf der Grundlage von Beschlüssen, die jeder Mitgliedsstaat innerhalb der einschlägigen Organisationen und Institutionen mitträgt, erfolgt im Einklang mit den für die einzelne Organisation beziehungsweise Institution geltenden Modalitäten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen Organisationen und Institutionen werden für die Teilnehmerstaaten transparent sein und in einer Weise durchgeführt, die mit den der OSZE und diesen Organisationen und Institutionen angemessenen Modalitäten vereinbar ist.

II. Ein erster Satz praktischer Schritte im Hinblick auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Organisationen und Institutionen, die sich dem Gemeinsamen Konzept anschließen, besteht aus folgenden Maßnahmen:

1. Regelmäßige Kontakte, darunter auch Treffen, innerhalb eines ständigen Rahmens für Dialog, erhöhte Transparenz und praktische Zusammenarbeit, darunter die Benennung von Verbindungsoffizieren oder Kontaktstellen, gegenseitige Vertretung bei entsprechenden Treffen und sonstige Kontakte, die geeignet sind, die Instrumente jeder Organisation zur Konfliktverhütung besser kennenzulernen.

2. Zusammenarbeit bei der Reaktion auf konkrete Krisen:

Die OSZE über ihren Amtierenden Vorsitzenden und mit Unterstützung des Generalsekretärs sowie die einschlägigen Organisationen und Institutionen werden ermutigt, sich gegenseitig über die von ihnen im Hinblick auf die Bewältigung einer speziellen Situation unternommenen oder geplanten Aktionen zu unterrichten;

- Zu diesem Zweck ermutigen die Teilnehmerstaaten den Amtierenden Vorsitzenden, mit Unterstützung des Generalsekretärs, sich mit anderen Organisationen und Institutionen der Förderung einer koordinierten Vorgehensweise zu widmen, durch die Doppelgleisigkeit vermieden und der rationelle Einsatz der verfügbaren Ressourcen gewährleistet wird. Die OSZE kann nach Bedarf ihre Dienste als flexibler Rahmen für die Zusammenarbeit der verschiedenen, einander verstärkenden Bemühungen anbieten. Der Amtierende Vorsitzende wird mit den Teilnehmerstaaten über den Prozeß Rücksprache halten.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Der Generalsekretär

Jahresbericht 1997 über OSZE-Aktivitäten

Inhalt

I. Einleitung	486
II. Aktivitäten der OSZE	490
1. Politische Konsultationen und Verhandlungen	490
2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, Normalisierung der Lage nach Konflikten	490
2.1 Langzeitmissionen	491
2.1.1 Langzeitmissionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina	491
2.1.2 "Spillover"-Überwachungsmission in Skopje	492
2.1.3 Mission in Georgien	493
2.1.4 Mission in Estland	494
2.1.5 Mission in Moldau	495
2.1.6 Mission in Lettland	496
2.1.7 Mission in Tadschikistan	497
2.1.8 Mission in der Ukraine	498
2.1.9 Mission in Bosnien und Herzegowina	498
2.1.10 Mission in Kroatien	502
2.2 Sonstige Aktivitäten der OSZE vor Ort	504
2.2.1 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt	504
2.2.2 OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien	504
2.2.3 OSZE-Präsenz in Albanien	505
2.2.4 Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus	506
2.3 Mission des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden in Belgrad	507
2.4 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen	508
2.4.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch- russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	508
	483

2.4.2	Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige	508
2.4.3	Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunda	509
3.	Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	509
3.1	Kroatien	510
3.2	Lettland	511
3.3	Estland	511
3.4	Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	512
3.5	Ungarn	513
3.6	Slowakische Republik	513
3.7	Georgien	514
3.8	Griechenland	514
3.9	Kasachstan	515
3.10	Kirgisistan	515
3.11	Ukraine	516
3.12	Rumänien	516
3.13	Seminar über Schulunterricht für Minderheiten	517
3.14	Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo	517
4.	Die menschliche Dimension: Aktivitäten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	517
4.1	Umstrukturierung des BDIMR	518
4.2	Wahlen	519
4.3	Menschliche Dimension/Demokratieaufbau	521
4.4	Ausbildung/Schulung in der menschlichen Dimension	522
4.5	Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension	524
4.6	Zusammenfassung	524
5.	Sicherheitskooperation	525
5.1	Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung	525
5.2	Verhaltenskodex	525
5.3	Weltweiter Austausch militärischer Information	526
5.4	Sonstige Aktivitäten	526
6.	Sonstige Aktivitäten	527
6.1.	Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten	527
6.2	Die wirtschaftliche Dimension	528
6.3	Medien und Öffentlichkeitsarbeit	529
6.3.1	Medien	529
6.3.2	Öffentlichkeitsarbeit	530
6.3.3	OSZE On-line	531

III. Die Parlamentarische Versammlung	531
1. Jahrestagung	532
2. Jährliche Informationstagung in Wien	532
3. Wahlbeobachtung	532
4. Besuche und Missionen des Präsidenten	533
5. Seminare, Konferenzen und Treffen	533
6. Sonstige Aktivitäten	534
IV. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen	534
V. Beziehungen zu den Kooperationspartnern	537
VI. Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)	538
VII. Verwaltung und Finanzen	539
1. Finanzen	539
1.1 Haushaltsplanung	539
1.2 Rechnungswesen	540
1.3 Cash Management	540
2. Personal	541
2.1 Personalstatut	541
2.2 Interne Verfahren	541
2.3 Einstellung von Personal	541
3. Abteilung für Informationstechnologie	541
3.1 Sekretariat	541
3.2 Missionen	542
3.3 IT-Strategieplan	542
3.4 Statistische Zusammenfassung für 1997	542
4. Rechtliche Angelegenheiten	543
5. Sonstige Verwaltungsaufgaben	543

I. Einleitung

Von Albanien bis Bosnien und Herzegowina, von den baltischen Staaten bis Kroatien stellte die OSZE dieses Jahr ihre Fähigkeit unter Beweis, in Europa als eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten zu fungieren, wie dies auf dem Gipfeltreffen von Lissabon im Dezember 1996 gefordert worden war. Unter dem Vorsitz Dänemarks und der effektiven Führung von Außenminister Niels Helveg Petersen trug die OSZE auch in großem Maße zu mehr Demokratie und zur Förderung der Menschenrechte in der Region und damit zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität bei. Ermöglicht wurden diese Leistungen durch die wachsende Fähigkeit der Organisation, auf Krisen rasch, flexibel, in vielfältiger Weise und innovativ zu reagieren. Sie sind auch das Ergebnis ihrer Fähigkeit zur Interaktion mit anderen internationalen Organisationen.

Im Berichtszeitraum (1. November 1996 bis 30. November 1997) wurden zwei prominente Persönlichkeiten zu Persönlichen Vertretern des Amtierenden Vorsitzenden bestellt, an die man sich mit der Bitte gewandt hatte, in Krisensituationen entscheidende Maßnahmen zu treffen. Der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe González, der vom damaligen Amtierenden Vorsitzenden, dem Schweizer Bundesrat Flavio Cotti, bestellt wurde, reiste am Höhepunkt der dramatischen Demonstrationen an der Spitze einer OSZE-Delegation nach Belgrad mit dem Auftrag, sich mit der Annullierung der Wahlergebnisse in allen größeren Städten des Landes zu befassen. Auf der Grundlage seines Berichts, der den Sieg der Opposition in diesen Städten bestätigte, wurden die Wahlergebnisse anerkannt, und es kehrte wieder Ruhe ein. Der Persönliche Vertreter gab außerdem Empfehlungen für einen Demokratisierungsprozeß ab, die nun der internationalen Gemeinschaft als Richtschnur dienen.

Die Ernennung eines prominenten Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden erwies sich auch in Albanien als äußerst wirksam, wo der Zusammenbruch der Pyramidenspiele zu größter politischer Instabilität und zu Unruhen in der Bevölkerung geführt hatte. Dem österreichischen Altbundeskanzler Franz Vranitzky gelang es, durch intensive Gespräche mit allen beteiligten Parteien ein für die Abhaltung von Wahlen geeignetes Klima zu schaffen, das die Wiederherstellung der Ordnung und den Beginn des Wiederaufbaus im Land ermöglichte. In Albanien bewies die OSZE, daß sie in der Lage ist, die verschiedenen im Laufe der Jahre entwickelten Institutionen und Instrumente rasch zu mobilisieren. Sie bestellte nicht nur den Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden, sondern richtete auch eine Mission vor Ort (die Präsenz) ein, während das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) mit Unterstützung zahlreicher Beobachter der Parlamentarischen Versammlung eine wesentliche Rolle bei der Durchführung und Überwachung der Wahlen spielte. Sie zeigte außerdem,

wie wichtig die Koordinierung zwischen internationalen Organisationen ist. All das wäre der OSZE nicht ohne die Unterstützung der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen genehmigten multinationalen Schutztruppe gelungen, die das Sicherheitsumfeld schuf, in dem die internationalen offiziellen Vertreter und Beobachter ihrer Aufgabe nachkommen konnten. Die OSZE erhielt erstmals den Auftrag, einen Koordinierungsrahmen für die in Albanien tätigen internationalen Organisationen zu bieten, und dieser Rahmen wurde als Erfolg angesehen.

Albanien war auch Schauplatz einer für die zukünftige Arbeit der Organisation ausschlaggebenden Entwicklung. Die OSZE (BDIMR, Parlamentarische Versammlung) sprach zum ersten Mal mit einer Stimme, als sie die von ihr beobachteten Wahlen beurteilte, und sie tat dies gemeinsam mit dem Europarat. Zur Verankerung dieser Praxis wurde eine Vereinbarung zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden im Namen des BDIMR und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung unterzeichnet, in der vorgesehen ist, daß das BDIMR und die Parlamentarische Versammlung bei der Wahlüberwachung zusammenarbeiten und gemeinsame Erklärungen über ihre diesbezüglichen Erkenntnisse abgeben. Auch das BDIMR weitete seine Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlen aus und legte mehr Gewicht auf Langzeitüberwachung. Dementsprechend wurde das Warschauer Büro von seinem neuen Direktor umstrukturiert und gestärkt.

Wahlen standen auch im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bosnien und Herzegowina. Die entscheidenden Kommunalwahlen wurden trotz der in letzter Minute aufgetretenen Spannungen erfolgreich unter dem wirksamen Schutz der Stabilisierungstruppe (SFOR) durchgeführt. Kurz danach übernahm die OSZE die Aufsicht über die Wahlen zum Parlament der Republika Srpska. Diese Operationen wurden von den langfristigen Aktivitäten der Mission unterstützt: Demokratisierung sowie Förderung der Menschenrechte, der Toleranz zwischen den Volksgruppen, der Rechtsstaatlichkeit und der Medienentwicklung. Inzwischen hatten auch die Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Umsetzung von Artikel II (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina) beziehungsweise Artikel IV (Maßnahmen für subregionale Rüstungskontrolle) von Anhang 1-B des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina beachtliche Ergebnisse erzielt. Insbesondere wurde gemäß Artikel IV die Bewaffnung um fast 6.600 Stück reduziert.

Großes Interesse fanden auch andere Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien: Im Sinne der Empfehlungen des ehemaligen Ministerpräsidenten González überwachte die OSZE die Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Der Amtierende Vorsitzende bestellte den ehemaligen niederländischen Außenminister Max van der Stoep zu seinem Persönlichen Vertreter für Kosovo, um Möglichkeiten zum Abbau der dortigen Spannungen zu untersuchen. Dies geschah angesichts der Weigerung Bel-

grads, den Missionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina die Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu gestatten, bevor nicht das Land selbst an der OSZE teilnehmen darf. Bedauerlicherweise erhielt er keine Genehmigung, die Region zu bereisen.

Einer der Höhepunkte des Jahres war die Abhaltung von Wahlen in Tschechien (Russische Föderation), in denen sich der freie Wille der Wahlberechtigten äußerte. Die Wahlen wurden mit Hilfe der OSZE-Unterstützungsgruppe organisiert, die sich in der Folgezeit der Überwachung der Lage der Menschenrechte und humanitärer Hilfe widmete. Leider wurden ihre Aktivitäten durch die unsichere Lage erheblich beeinträchtigt.

1997 kam es zu einer weiteren wesentlichen Entwicklung für die Organisation, die auch für die Stabilität in Südosteuropa von beträchtlicher Bedeutung ist, nämlich die Aufstockung der Mission in Kroatien in Anbetracht des ablaufenden Mandats der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES). Aufgabe der erweiterten Mission ist die Unterstützung und Überwachung der Durchführung der kroatischen Gesetze sowie der von der kroatischen Regierung eingegangenen Vereinbarungen und Verpflichtungen über die Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und über den Schutz ihrer Rechte als auch den Schutz Angehöriger nationaler Minderheiten.

Die erfolgreiche Durchführung dieser Mission, die in Kürze die größte aller jemals eingerichteten OSZE-Missionen sein wird, wird ohne Zweifel nach dem Erfolg in Albanien erneut beispielgebend für die Kooperation zwischen internationalen Organisationen sein. Besonders bemerkenswert war 1997 die verstärkte Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen Gremien. Zusätzlich zu den Konsultationen auf höchster Ebene (insbesondere den trilateralen Treffen mit den Vereinten Nationen und dem Europarat, den 2+2-Gesprächen zwischen den Amtierenden Vorsitzenden und Generalsekretären von OSZE und Europarat, der Rede des Generalsekretärs der OSZE vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie der Rede des Generalsekretärs des Europarats vor dem Ständigen Rat) wurden der Informationsaustausch und die Koordination vor Ort gefördert, die in den meisten Missionen (insbesondere in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien und Tadschikistan) heute zur täglichen Routine gehören.

Die Kooperationspartner und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum bekundeten im abgelaufenen Jahr ihr anhaltendes Interesse an der Arbeit der OSZE. Auch die Kontakte mit nichtstaatlichen Organisationen sind nach wie vor ein wesentlicher Teil der Aktivitäten der OSZE-Institutionen und -Missionen.

Eine weitere Initiative, die im Verlauf des Jahres gesetzt wurde, war die Einrichtung einer Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus, die den Behörden bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung ihrer sonstigen OSZE-Verpflichtungen hilfreich zur Seite stehen soll. Leider konnte die Gruppe ihre Arbeit noch nicht aufnehmen, da sich die Verhand-

lungen über ein technisches Abkommen mit den Behörden von Belarus in die Länge ziehen.

Hervorzuheben war in diesem Jahr auch die beträchtliche Ausweitung der OSZE-Aktivitäten in Zentralasien über ihr Verbindungsbüro, die von den Ländern der Region insbesondere anlässlich der Besuche des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und des Direktors des BDIMR gewünscht worden war. Es steht zu hoffen, daß es durch die Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan, dessen Durchführung von der OSZE-Mission unterstützt wird, möglich sein wird, dieses vom Krieg heimgesuchte Land in die Langzeitaktivitäten einzubinden.

Allgemein trugen alle OSZE-Missionen - ob groß oder klein - nach wie vor wesentlich zu Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet bei. Trotz beachtlicher Leistungen hat noch keine Mission bisher ihr Mandat zur Gänze erfüllt, so daß noch keine von ihnen beendet wurde. Das Beispiel des Abbaus von Mitarbeitern der OSZE-Präsenz in Albanien im Gefolge der Wahlen könnte sich bei anderen Vor-Ort-Einsätzen fortsetzen, sobald es zu einer spürbaren Verbesserung kommt.

Im Bereich der Frühwarnung und Konfliktverhütung äußerten die Teilnehmerstaaten erneut Dank und Anerkennung für den Beitrag des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Der Hohe Kommissar stattete den Ländern, in denen er Schwierigkeiten festgestellt hatte, zahlreiche Folgebesuche ab und setzte seinen Dialog mit den Behörden sowie mit Vertretern von politischen Parteien und Volksgruppen fort.

Zur weiteren Stärkung der Fähigkeit der Organisation, potentielle Krisen und Fälle der Nichteinhaltung von OSZE-Prinzipien auf dem Gebiet der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit zu erkennen, beschlossen die Teilnehmerstaaten, einen Beauftragten für Medienfreiheit einzusetzen. Sie richteten ferner im Sekretariat den Dienstposten eines Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ein. Damit werden die Aktivitäten im Bereich der menschlichen und wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit zunehmen.

Der Generalsekretär setzte seinerseits einen Prozeß zur Umstrukturierung des Sekretariats in Gang, um es in die Lage zu versetzen, mit dem zunehmenden Arbeitsumfang Schritt zu halten, seine operativen Fähigkeiten zu stärken und den neuen Erwartungen der Teilnehmerstaaten gerecht zu werden.

Dazu zählt die Sicherheitskooperation, ein Bereich, in dem im vergangenen Jahr die erste Folgekonferenz zum OSZE-Verhaltenskodex über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit, das Jährliche Treffen zur Überprüfung der Durchführung und die Erstüberprüfung des Wiener Dokuments 1994 als Erfolg zu verzeichnen waren.

Im Einklang mit der Erklärung von Lissabon und im Hinblick auf das Sechste Treffen des Ministerrats in Kopenhagen widmeten die Teilnehmerstaaten unter der Leitung des Amtierenden Vorsitzenden 1997 einen Großteil ihrer

politischen Beratungen in Wien der intensiven Arbeit an einem gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert.

II. Aktivitäten der OSZE

1. Politische Konsultationen und Verhandlungen

Das herausragende Ereignis des Berichtszeitraums (November 1996 bis November 1997) war das Gipfeltreffen in Lissabon im Dezember 1996. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten eine Gipfelerklärung und eine Erklärung über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert. Außerdem wurde auf dem Gipfeltreffen ein Rahmen für Rüstungskontrolle angenommen und die Rolle des Forums für Sicherheitskooperation gestärkt.

Der Ständige Rat (PC) ist nach wie vor zentrales Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlußfassung. Er gab den Missionen vor Ort politische Leitlinien vor und reagierte auf sich rasch ändernde Gegebenheiten durch neue Initiativen zur Förderung der operativen Stärke der Organisation. Im Berichtszeitraum wurden vom PC 60 Beschlüsse verabschiedet.

Im Jahr 1997 fand kein Treffen des Hohen Rates statt.

Der Sicherheitsmodell-Ausschuß setzte seine Debatte über das gemeinsame und umfassende Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert fort. In diesem Rahmen wurden in Wien zwei Seminare abgehalten - das eine zu "Spezifischen Risiken und Herausforderungen" und das andere zur "Regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit". Die erweiterte PC-Sitzung im November leistete einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheitsmodell-Debatte.

2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, Normalisierung der Lage nach Konflikten

Langzeitmissionen und andere Aktivitäten der OSZE vor Ort waren nach wie vor ein wirksames Instrument der Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Normalisierung der Lage nach Konflikten. Die Einrichtung einer OSZE-Präsenz in Albanien sowie einer Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus vergrößerte im Berichtszeitraum die Zahl der OSZE-Operationen vor Ort. Im Rahmen ihrer von den Teilnehmerstaaten ausgearbeiteten Mandate nahmen die OSZE-Einsätze vor Ort ihre vielfältigen Aufgaben wahr, von der Förderung von Verhandlungen zwischen Konfliktparteien und der Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte bis hin zur Hilfestellung bei der Schaffung demokratischer Institutionen. Frühwarnungen seitens der Langzeitmissionen oder durch andere Aktivitäten vor Ort stärkten die Fä-

higkeit der Organisation, entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung von Konflikten beziehungsweise ihrer Ausbreitung zu treffen.

2.1 OSZE-Langzeitmissionen

2.1.1 Langzeitmissionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina

Bei den Missionen gab es 1997 keine Änderungen. Sie sind nach wie vor nicht operativ, da die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ihre Wiedereinsetzung weiterhin von der Teilnahme des Landes an der OSZE abhängig macht.

Ein nützliches Instrument zur Überwachung der Lage in der Region ist eine Ad-hoc-Gruppe, die nach wie vor regelmäßig in Wien zusammentritt, um die von den OSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegten Analysen zu beurteilen. Die der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zugehenden Informationen werden wöchentlich an den PC weitergeleitet.

Im Februar wurde Herr Max van der Stoel zum Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Kosovo bestellt, mit dem Auftrag, die Lage in dem Gebiet zu prüfen und darüber hinaus zu erkunden, wie bestehende Spannungen abgebaut und neue Spannungen verhindert werden können. Er wurde auch beauftragt, die Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs zu diesen Fragen zwischen den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und Vertretern der albanischen Gemeinschaft in Kosovo zu erkunden. Leider wurde Herr van der Stoel an der Ausübung seines Mandats vor Ort gehindert, da ihm die BRJ-Behörden ein Einreisevisum verweigerten. Im Oktober führte der Persönliche Vertreter in Österreich Beratungen mit serbischen Experten aus Belgrad und albanischen Experten und Politikern aus Priština, bei denen die Zunahme der Spannungen im Kosovo, die Möglichkeiten einer Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen sowie verschiedene Lösungsmodelle für den künftigen Status von Kosovo erörtert wurden.

2.1.2 "Spillover"-Überwachungsmission in Skopje

Die Mission setzte die Beobachtung der Lage im Hinblick auf regionale Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit fort. Unruhen in drei Nachbarländern sorgten im Laufe des letzten Jahres dafür, daß sich die Arbeit der Mission weiterhin zu einem guten Teil auf das nach wie vor bestehende Risiko eines Übergreifens (*spillover*) konzentrierte, wofür sie 1992 ins Leben gerufen worden war.

Dennoch mußte die Mission infolge der Verschlechterung des Klimas zwischen den Volksgruppen im Land einen Teil ihrer Bemühungen und Mittel der innenpolitischen Dimension widmen. In dem Bestreben, eine Entschärfung der Spannungen herbeizuführen, hat die Mission den Dialog mit der Regierung und den Minderheiten fortgesetzt. Besondere Bemühungen galten dem wirtschaftlichen Bereich, mit dem ein Mitglied der Mission betraut wurde, um damit das für Stabilität und Sicherheit insgesamt so wichtige Wirtschaftswachstum zu fördern. Die Mission war bemüht, potentielle Geber auf Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten aufmerksam zu machen, die Bandbreite und Qualität ihrer wirtschaftlichen Berichterstattung zu verbessern und als Katalysator mit Hilfsorganisationen und anderen internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen entwicklungsfähige Wirtschaftszweige zu ermitteln.

In dem Bestreben, den Gaststaat bei der Entwicklung der demokratischen Strukturen besser zu unterstützen, intensivierte die Mission ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Die Mission spielte eine zentrale Rolle bei der Planung und Abwicklung der internationalen Beobachtung der landesweiten Kommunalwahlen Ende 1996, die aufgrund von Schwierigkeiten in einer Gemeinde (Tetovo) erst im Februar 1997 abgeschlossen werden konnten. Mit maßgeblicher Unterstützung durch die Botschaften vor Ort verteilter Teilnehmerstaaten rekrutierte die Mission 54 internationale Beobachter und stellte den Rahmen für die Beteiligung von 12 Beobachtern des Europarats. Die Beobachtung trug entscheidend zur Stabilisierung des Wahlvorgangs bei, der durch erhebliche Mängel bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse beeinträchtigt wurde.

Die Mission unterstützte auch weiterhin die Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und trug aktiv zur Profilierung der OSZE bei. Im Mai 1997 organisierte sie den zweiten nationalen Staffellauf zwischen den Städten Skopje und Tetovo, an dem Teams aus allen Teilen der Gemeinschaft teilnahmen.

2.1.3 *Mission in Georgien*

Im abgelaufenen Jahr stand Georgien im Brennpunkt des OSZE-Interesses. Ende August absolvierte der dänische Außenminister, Herr Niels Helveg Petersen, in seiner Eigenschaft als Amtierender Vorsitzender der OSZE einen Besuch in Tiflis, bei dem er die Arbeit der Mission in bezug auf den Konflikt in Südossetien und Abchasien sowie Möglichkeiten einer regionalen Zusammenarbeit im Kaukasus erörterte. Ende Juni war der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten in Tiflis, um sich ein Bild vom Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und von der Lage der nationalen Minderheiten zu machen. Der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung und Sonderberichterstatte für Abchasien, Prof. Lamentowicz, stattete Georgien im Zuge der Vorarbeiten zu seinem Bericht an die Parlamentarische Versammlung zwei Besuche ab. Im April besuchte der Generalsekretär die Mission; er führte Gespräche mit der georgischen Regierung und eröffnete im südossetischen Zchinwali ein Büro der Mission.

In Südossetien wurde die Arbeit der Mission seit dem Sommer durch die Entsendung eines aus zwei Missionsmitgliedern bestehenden ständigen Teams in die Außenstelle in Zchinwali erleichtert, die dort turnusmäßig im Einsatz sind. Die Gefahr des Wiederaufflammens ethnisch oder politisch motivierter Gewalt hat weiter abgenommen, doch herrscht nach wie vor Gesetzlosigkeit, und viel wird nun von der engen Zusammenarbeit der Vollziehungsbehörden auf beiden Seiten abhängen. Mit der so wichtigen Hilfe seitens des UNHCR, der jederzeit mit der Unterstützung der Mission rechnen kann, ist die Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen angelaufen, und sie sollte sich im Verlauf des nächsten Jahres verstärkt fortsetzen, vor allem dann, wenn es gelingt, die Frage der Rückgabe von zurückgelassenem Besitz beziehungsweise einer entsprechenden Entschädigung im Einklang mit internationalen Standards zu regeln. Das von der Mission geförderte zunehmende Engagement internationaler Geberorganisationen zugunsten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Konfliktgebiet wird ein wichtiger Beitrag zur politischen Regelung sein. Die Verhandlungen über eine solche Regelung werden sicherlich langwierig und kompliziert sein. Die Mission wird die Parteien daran erinnern, daß sie bereits vor drei Jahren ein Modell für die Autonomie Südossetiens erstellt hatte, das nach wie vor als Diskussionsgrundlage dienen könnte.

Die Entwicklungen im Konflikt in Abchasien waren von intensiven Vermittlungsbemühungen seitens der Russischen Föderation und verstärkten bilateralen Kontakten zwischen der politischen Führung Georgiens und Abchasiens auf verschiedenen Ebenen geprägt, etwa durch Treffen des Präsidenten Georgiens mit dem Führer Abchasiens. Auch die Rolle der Vereinten Nationen als federführende Organisation im Verhandlungsprozeß zwischen den beiden Parteien kam erneut ins Spiel, als in Genf die Friedensgespräche, an denen auch die OSZE teilnimmt, einberufen wurden. Ein neues Element in

diesen Gesprächen ist die stärkere Einbindung der am Sitz der Vereinten Nationen in New York angesiedelten Gruppe der "Freunde des Generalsekretärs" (FoSG), die allerdings bei der abchasischen Seite auf Widerspruch stößt. Ein Durchbruch, insbesondere in der Frage des zukünftigen Status Abchasiens und der Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, ist jedoch noch nicht in Sicht. Die OSZE tut alles in ihren Kräften stehende zur Unterstützung der Vereinten Nationen in deren Bemühungen, Fortschritte zu fördern. Besonders wünschenswert wäre eine Zwischenlösung für den Distrikt Gali. Als weiteres Beispiel für Synergie hat die OSZE einen Mitarbeiter zum Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Suchumi abgestellt, wodurch eine Grundlage geschaffen ist, die gegebenenfalls verstärkt und ausgebaut werden kann.

Zum Thema Menschenrechte und Demokratisierung in ganz Georgien ist festzustellen, daß die Mission weiterhin Einzelfälle von allgemeiner Bedeutung verfolgt und den Fortschritt bei den Rechtsreformen und die Lage in den verschiedenen Regionen des Landes überwacht. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Mission derzeit der Umsetzung eines Erlasses von Präsident Schewardnadse über den Schutz der Menschenrechte und Menschenrechtserziehung in den Schulen. Daneben bedarf auch die Frage eines Minderheitengesetzes und von Gesetzen betreffend die Rechte dieser Minderheiten großer Aufmerksamkeit, da sie auch für die Lösung der Konflikte in Georgien und die Verhütung zukünftiger Konflikte von Bedeutung sind. Die Mission strebt eine engere vierseitige Kooperation und Koordination mit dem BDIMR, dem Europarat und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) an, wobei sie die Rolle einer ständigen Verbindungs- und Überwachungsstelle für Menschenrechtsprojekte in Georgien übernehmen könnte.

2.1.4 Mission in Estland

Das ganze Jahr 1997 hindurch überwachte die Mission die Ausstellung von Fremdenpässen. Die alten sowjetischen Inlandsreisepässe liefen Ende Mai 1997 ab, und die Ausstellung von Fremdenpässen ist nun soweit fortgeschritten, daß der größte Teil ausgestellt ist; Neuanträge langen nur noch vereinzelt ein.

Die Mission verfolgt den Einbürgerungsprozeß und vermerkt insbesondere die Standardisierung des Sprachtests im Rahmen der Staatsbürgerschaftsprüfung.

Die Mission befaßte sich wie bisher mit Fragen im Zusammenhang mit dem Estnischunterricht für Personen mit russischer oder einer anderen nichtestnischen Muttersprache, da eine solche Ausbildung eine der Hauptvoraussetzungen für eine echte Integration ist; sie half mit, den Sprachkursen ausländische Unterstützung zukommen zu lassen. Großen Erfolg verzeichnete ein Sommerprogramm, bei dem russischsprachige Kinder ihre Ferien bei estni-

schen Familien verbrachten, ein Projekt, das die Mission 1998 wiederholen möchte.

1997 befaßte sich die Mission verstärkt mit der Entwicklung und Unterstützung des NGO-Sektors. Sie beteiligte sich an der Veranstaltung von Seminaren, insbesondere im Nordosten, aber auch in Tallinn. Ferner beschäftigte sie sich mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Gebiet um den Peipussee. Die Mission leistete Hilfestellung bei der Planung und Durchführung des Forums in Narwa (30. Oktober bis 1. November), auf dem allgemeine Probleme des Zugangs über die Grenze hinweg, Umweltfragen, die das Gebiet betreffen, sowie einige Einzelfälle erörtert wurden.

2.1.5 Mission in Moldau

1997 fand ein für den Prozeß einer Gesamtregelung des transnistrischen Problems in Moldau wesentliches Ereignis statt, als am 8. Mai die Präsidenten Moldaus, Rußlands und der Ukraine gemeinsam mit dem transnistrischen Führer Igor Smirnow in Moskau das "Memorandum über die Grundsätze für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Transnistrien" im Beisein des Amtierenden Vorsitzenden unterzeichneten, der ebenfalls seine Unterschrift unter das Dokument setzte. In diesem Dokument kamen die beiden Konfliktparteien überein, mit der Herstellung ihrer "staatsrechtlichen" Beziehungen fortzufahren und unverzüglich daranzugehen, diese Beziehungen und den Status Transnistriens, einschließlich der Aufteilung und Abtretung der Zuständigkeiten, zu definieren. Darüber hinaus unterzeichneten die Präsidenten Rußlands und der Ukraine als Garanten einer zukünftigen Regelung eine Gemeinsame Erklärung, die die Möglichkeit ausschließt, daß das Memorandum in einer Weise ausgelegt wird, die den OSZE-Prinzipien zuwiderläuft, oder daß die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau in Zweifel gezogen werden kann. Der Amtierende Vorsitzende unterzeichnete auch diese Erklärung.

Im Sommer wurden Fortschritte in Richtung einer Gesamtregelung gemacht, wobei die Mission in Moldau sowie die russischen und ukrainischen Vermittler federführend mit der Ausarbeitung eines Dokuments befaßt waren, in dem der Status Transnistriens und die Aufteilung der Zuständigkeiten festgelegt wurden. Dies gab Anlaß zur Hoffnung, daß zum Zeitpunkt des Gipfeltreffens der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, das am 23. Oktober in Chisinau stattfand, ein weiteres Dokument unterzeichnet werden könnte; die politischen Verhältnisse ließen die Vereinbarung eines solchen Dokuments jedoch nicht zu. Die Gespräche werden unter voller Beteiligung der OSZE-Mission fortgesetzt.

Im September wurde die Vereinbarung der Mission mit der Gemeinsamen Kontrollkommission erneuert, die für die Überwachung der Sicherheitszone zwischen Transnistrien und dem restlichen Moldau zuständig ist. Ebenfalls im September verließ eine Zugladung nichtkampffähiger militärischer Aus-

rüstung der Operativen Gruppe der russischen Streitkräfte (OGRF) Transnistrien; es war dies der erste Transport dieser Art seit über einem Jahr. Bis Mitte 1997 hatte die OGRF ihre Stärke um rund 40 Prozent auf etwa 3000 Mann verringert.

Die Mission führte Ermittlungen zu behaupteten Problemen im Bereich der Menschenrechte und der menschlichen Dimension im allgemeinen. Sie behandelte insbesondere mit beiden Seiten die Frage des Unterrichts in Lateinschrift in Transnistrien, und der Schulanfang 1997/98 war von weniger Spannungen begleitet als in den Jahren zuvor.

Während des Besuchs einer OSZE-Troika-Delegation im Oktober wurde die Arbeit der Mission von beiden Seiten mit lobenden Worten gewürdigt, und es wurde allgemein die Hoffnung geäußert, daß die OSZE ihr Engagement fortsetzen werde.

2.1.6 Mission in Lettland

Die wichtigste Aufgabe der Mission das ganze Jahr 1997 hindurch war wie bisher die Überwachung der Umsetzung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1994 und des Gesetzes über Nichtstaatsbürger aus dem Jahr 1995. Die Mission vertiefte ihre bereits vorhandenen engen Kontakte mit den wichtigsten, für Einbürgerungsfragen zuständigen lettischen Institutionen, nämlich der Abteilung für Staatsbürgerschaft und Zuwanderung, dem Einbürgerungsrat und dem Menschenrechtsbüro. Mitglieder der Mission setzten die Überwachung des Durchführungsmodus der Einbürgerungsprüfungen fort, die ihrer Ansicht nach in fairer Weise durchgeführt werden. Die Mission stellte allerdings fest, daß die Einbürgerungen schleppend vor sich gingen und die Gründe hierfür durchleuchtet und Möglichkeiten zur Verbesserung gefunden werden müßten.

Hinsichtlich der Abkommen über den Truppenabzug aus dem Jahre 1994 fungierte die Mission weiter als unparteiischer Vermittler in bezug auf Fragen, die die in Lettland gebliebenen pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation betreffen.

2.1.7 *Mission in Tadschikistan*

Im Juni 1997 wurde in Moskau das Allgemeine Abkommen über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan unterzeichnet. Die OSZE-Mission in Tadschikistan hatte allen intertadschikischen Verhandlungen als Beobachter beigewohnt und wurde Mitunterzeichner des im Mai 1997 in Teheran unterzeichneten Protokolls über die Garantien zur Umsetzung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan. Als Vorbedingung für dieses Protokoll wurde die OSZE über ihre Mission in Duschanbe beauftragt, die Umsetzung des Allgemeinen Abkommens in Bereichen mit Bezug zu den Menschenrechten und die Schaffung von politischen und Rechtsinstitutionen und -prozessen auf demokratischer Basis zu erleichtern. Die Garantiestaaten und -organisationen kamen überein, eine Kontaktgruppe in Duschanbe einzurichten, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung des Allgemeinen Abkommens zu überwachen und den Parteien sachverständige Berater und andere gute Dienste zur Verfügung zu stellen. Die Mission nimmt regelmäßig an Sitzungen dieser Gruppe teil.

Seit die Kommission für nationale Aussöhnung (CNR) im September 1997 ihre Arbeit aufnahm, unterstützte und beriet die Mission die CNR bei der Prüfung von Verfassungsänderungen und der Novellierung von Gesetzen betreffend politische Parteien, Wahlen und Massenmedien. Im Oktober 1997 fand unter der Schirmherrschaft der OSZE der erste Runde Tisch zu Verfassungsänderungen statt, an dem Mitglieder der CNR, der Regierung und verschiedener politischer Kräfte teilnahmen. In naher Zukunft sind weitere gemeinsame Runde Tische mit der CNR und der OSZE geplant. Zur Förderung der Entwicklung politischer Prozesse organisierte die Mission verschiedene Konferenzen und Seminare zu Themen wie dem Friedens- und Versöhnungsprozeß in Tadschikistan sowie zu Fragen der Konsolidierung der tadschikischen Nation und der Rolle der Jugend im zukünftigen Tadschikistan. Die Mission war bemüht, die OSZE-Prinzipien verstärkt im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern, und richtete zu diesem Zweck eine Diskussionsgruppe ein, in der Personen unterschiedlicher politischer Herkunft und verschiedenster Berufe regelmäßig zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen zusammenkommen.

In Durchführung ihres Mandats in enger Zusammenarbeit mit der Regierung gelang es der Mission, Verbindung zu regionalen und politischen Kräften des Landes aufzunehmen und damit den Dialog zu erleichtern und eine Vertrauensbasis herzustellen. Missionsmitglieder besuchen regelmäßig alle Regionen Tadschikistans, um ein realistisches Bild vom politischen Umfeld im ganzen Land zu gewinnen. Die Mission setzt sich außerdem für Kontakte zwischen Gruppierungen ein, die im politischen Leben Tadschikistans eine maßgebliche Rolle spielen könnten.

Die Mission setzt ihre enge Verbindung und Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen in allen Bereichen ihrer Tätigkeit fort.

2.1.8 Mission in der Ukraine

Mit dem deutlichen Nachlassen der Spannungen auf der Krim im letzten Jahr befaßte sich die Mission vorrangig mit den ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Problemen, unter denen die Halbinsel nach wie vor leidet. Damit traten erneut die Fragen in den Vordergrund der Bemühungen, die mit der Rückkehr von mehr als 250.000 Zwangsverschickten, in der Mehrzahl Krimtataren, zusammenhängen. Diese Bemühungen der Mission erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem HKNM und internationalen Organisationen wie dem UNDP, dem UNHCR und der IOM, so daß Aufrufe an die Gebergemeinschaft um eine Erhöhung der Beiträge zur Wiedereingliederung der ehemaligen Zwangsverschickten gut vorgebracht und begründet werden können. Für Anfang 1998 ist eine internationale Konferenz geplant, auf der endgültige Zusagen der Geber erwartet werden.

Die Mission bemühte sich ferner aktiv darum, auf die kürzlich gelockerten Staatsbürgerschaftsbestimmungen aufmerksam zu machen, die den rund 100.000 derzeit auf der Krim befindlichen Krimtataren, die noch immer Staatsbürger einer anderen ehemaligen Sowjetrepublik sind, den Erwerb der ukrainischen Staatsbürgerschaft ermöglichen sollen. Diesbezüglich arbeitet die Mission eng mit dem UNHCR mit dem Ziel zusammen, die auf der Halbinsel verstreuten Gemeinden der Zwangsverschickten über das neue Staatsbürgerschaftsgesetz zu informieren.

Der rechtliche Rahmen für die Autonome Republik Krim innerhalb des ukrainischen Staates, in erster Linie die Verfassung der Krim, ist noch nicht vollständig. Mit sachverständigem Rat aus OSZE-Quellen setzt die Mission ihre Beratung der Behörden der Ukraine und der Krim fort und macht Vorschläge für die noch ausstehenden Bestimmungen.

2.1.9 Mission in Bosnien und Herzegowina

Wahlen

1997 baute die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina die bei ihrer Überwachung der landesweiten Wahlen 1996 gewonnenen Erfahrungen weiter aus. Mit der Abhaltung der Kommunalwahlen wollte die OSZE in erster Linie ein größeres Maß an Verantwortlichkeit und Transparenz erreichen. Für die Erreichung dieses Ziels waren drei Hauptelemente maßgebend:

1. die weitere Ausarbeitung von Regeln und Vorschriften, um endgültige Kriterien für die Wahlberechtigung sowie die Verfahren für die Eintragung von Parteien, Koalitionen und Kandidaten, die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung formulieren zu können;

2. die Eintragung aller Wähler;
3. die vollständige und umfassende internationale Überwachung der Wählereintragungsstellen und Wahllokale.

Im Lauf der achtwöchigen Kampagne, die zu Beginn des Frühjahrs innerhalb Bosnien und Herzegowinas, in den Eintragungsstellen der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und Kroatiens sowie, auf dem Postweg, in der restlichen Welt durchgeführt wurde, wurden 2,5 Millionen Wähler eingetragen. Den Wählern stand es frei, sich für ihre Heimatgemeinde vor dem Krieg oder ihren nunmehrigen Wohnort zu entscheiden, wenn dabei vorgegebene Kriterien erfüllt wurden. Dann wurden endgültige Wählerlisten erstellt, in denen jedem Wähler ein bestimmtes Wahllokal zugewiesen wurde. Während der Kommunalwahlen 1997 vom 13. und 14. September lag die Wahlbeteiligung bei 88 Prozent der eingetragenen Wähler. Zur Überwachung des Ablaufs in den Wahllokalen und Auszählstellen wurden über 2.300 internationale Überwacher herangezogen, geschult und eingesetzt. Der SFOR kam während der Wahlen eine wichtige Rolle zu, indem sie für ein sicheres Umfeld und die logistische Unterstützung der Mission sorgte. Es wurden insgesamt 142 Gemeinderäte gewählt, wobei die Wahlen in vielen Gemeinden eine Entwicklung zu politischem Pluralismus und neuen Trends aufwiesen.

Es stand schon vorher fest, daß die Umsetzung der Ergebnisse angesichts der von Spannungen zwischen den Volksgruppen geprägten Nachkriegssituation einer genauen Überwachung bedarf. Die OSZE war ermächtigt, dafür zu sorgen, daß die neugewählten Gemeinderäte und -versammlungen sich noch vor der endgültigen Bestätigung der Wahlergebnisse konstituierten und ihre Arbeit aufnahmen.

Unmittelbar nach den Kommunalwahlen und als Ergebnis der Verfassungskrise in der Republika Srpska und der Auflösung der Nationalversammlung wurde die OSZE federführend mit der Überwachung eines unvorhergesehenen Wahlgangs betraut. Mit den Beschlüssen Nr. 186 und 190 vom 18. beziehungsweise 26. September beauftragte der PC die OSZE mit der Überwachung der Wahlen zur Nationalversammlung der Republika Srpska, die am 22. und 23. November 1997 stattfanden. Annähernd 70 Prozent der im Lande befindlichen Wähler gaben in diesem Wahlgang ihre Stimme ab, bei dem 83 Abgeordnete zur Nationalversammlung der RS gewählt wurden.

Menschenrechte

Die Menschenrechtsabteilung setzte wie bisher ihr umfangreiches Netz an Menschenrechtsbeamten (HROs) zur genauen Überwachung der Menschenrechtslage, zur Berichterstattung über Zwischenfälle mit Bezug zu Menschenrechten sowie zu Ermittlungen und zum Eingreifen in Fällen konkreter Menschenrechtsverletzungen ein. Dieses Jahr konzentrierten sich die HROs insbesondere auf die menschenrechtlichen Aspekte von Fällen, in denen es um Eigentumsfragen, Zwangsräumungen und die Rückkehr Vertriebener, die Rechtsstaatlichkeit, illegale Festnahmen und die Einhaltung des Übereinkommens von Rom über die Verhaftung von Kriegsverbrechern, Minderheitenschutz und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ging. In der Wahlphase 1997 kam es bei der Überwachung und Erleichterung der Wahlen und der Umsetzung der Wahlergebnisse zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Menschenrechtsabteilung und den Gruppen zur Koordinierung der Überwachung (MCGs) und den Kommissionen zur Umsetzung der Wahlergebnisse (ERICs).

Die Menschenrechtsabteilung pflegte ferner enge Zusammenarbeit in Fragen der Menschenrechtspolitik und -umsetzung mit dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) und anderen Parteien (Internationale Polizeieinsatztruppe, Stabilisierungstruppe, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge usw.), insbesondere über das Menschenrechts-Koordinierungszentrum (HRCC).

Regionale Stabilisierung

Die Durchführung der im Allgemeinen Rahmenübereinkommen für Frieden in Bosnien und Herzegowina vorgesehenen konkreten Rüstungskontrollvereinbarungen machte 1997 gute Fortschritte. Das Abkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen führte zu einer schrittweisen Beschleunigung der Mitarbeit der Parteien. Anhang 1-B Artikel IV des Dayton-Übereinkommens - das Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle - machte sichtlich bessere Fortschritte als erwartet, und die Parteien sind dabei, ein ausgewogenes und stabiles Niveau der Streitkräfte auf möglichst niedriger Ebene im Einklang mit ihren Verteidigungsbedürfnissen zu erreichen.

Die Parteien in Bosnien und Herzegowina haben in einem Prozeß, der zu tiefen Zerwürfnissen hätte führen können, Zurückhaltung und Mäßigung gezeigt. Das Klima größerer Offenheit, von mehr Vertrauen und Transparenz sowie die Fortschritte in Richtung eines Kräftegleichgewichts der Streitkräfte in der Subregion sind den Bemühungen und der Entschlossenheit der Vertreter der Parteien zu verdanken - eine beachtliche Leistung, für die ihnen Anerkennung gebührt.

Die Parteien haben die Rolle der OSZE anerkannt, was sich darin äußert, daß sie die Organisation ersucht haben, auch im Jahr 1998 an wichtigen Aktivitäten mitzuwirken, für die die Parteien Ende 1997 die Zuständigkeit hätten übernehmen sollen. Ungelöste Schwierigkeiten sind hauptsächlich auf man-

gelnde Erfahrung und unzureichende Kenntnis der Verfahren zurückzuführen - und nicht auf passiven Widerstand oder Nichteinhaltung. Die regionalen Stabilisierungsbehörden stehen nach wie vor in engen Arbeitsbeziehungen mit den wichtigsten zivilen und militärischen Durchführungsstellen.

Demokratisierung

Die Abteilung für Demokratisierung, die ursprünglich zur Menschenrechtsabteilung gehörte, wurde im November 1996 als eigene Einheit etabliert und mit folgenden Aufgaben betraut: Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft, Abhaltung demokratischer Wahlen zur Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, sowie der Vereinigungs- und Bewegungsfreiheit, Schaffung der Grundlagen einer repräsentativen Regierung und schrittweise Verwirklichung demokratischer Ziele in ganz Bosnien und Herzegowina.

1997 wurden Programme in drei Hauptbereichen durchgeführt. Der *Vertrauensbildung* dienten Aktivitäten zu dem Zweck, den Dialog zwischen den Volksgruppen über die Grenzlinie zwischen den Gebietseinheiten hinweg zu fördern. Programme zur *Entwicklung der Zivilgesellschaft* waren dazu bestimmt, die Bürger verstärkt einzubinden, die unabhängigen Medien zu stärken, eine vielfältigere Parteienlandschaft zu fördern und die auf Bestand ausgerichtete Arbeit örtlicher nichtstaatlicher Organisationen zu unterstützen. Projekte zum *Aufbau demokratischer Institutionen* konzentrierten sich schließlich auf die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und Lehrkräften bei der Vermittlung demokratischer Werte sowie auf die Förderung einer unabhängigen Rechtsprechung durch Schulung für Rechtsberufe und das Eintreten für Gesetze, die den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Ferner wurde ein Programm zur Hilfe in Rechtsangelegenheiten gestartet, das landesweit Rechtsberatung anbietet und gleichzeitig einem starken und demokratischen Rechtssystem förderlich ist.

Im Dokument des Gipfeltreffens von Lissabon vom Dezember 1996 heißt es, daß die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina durch konkrete Programme zum Aufbau der Demokratie beitragen soll. Die Abteilung für Demokratisierung kommt dieser Verpflichtung nach, indem sie schrittweise Projekte durchführt, die die erforderlichen Voraussetzungen für Wahlen fördern und, im Einklang mit der Erklärung von Sintra vom Mai 1997, die Entwicklung demokratischer Institutionen beschleunigen sollen. Die Demokratisierungsaktivitäten tragen ihrerseits zur Schaffung des für die erfolgreiche Umsetzung der Wahlergebnisse erforderlichen Umfelds und für das wirksame Funktionieren der Gemeinderäte bei.

Büro für Medienentwicklung

Das Büro für Medienentwicklung (MDO) ist ein eigenes Büro innerhalb der Abteilung für Demokratisierung. In diesem Jahr führte und sponserte das MDO fünf Gemeinschaftsprogramme für die Gebietseinheiten mit dem Ziel, den Dialog, die Interaktion und das Verständnis über die Grenzen der Gebietseinheiten hinweg zu verbessern. Auf der letzten Konferenz für Journalisten aus den Gebietseinheiten im Oktober erörterten über 100 Journalisten aus allen Teilen Bosnien und Herzegowinas gemeinsame Anliegen und Probleme ihres Berufs. Diese Journalistenkonferenzen sind für Medienvertreter aus allen Landesteilen die einzige Gelegenheit zur Begegnung und zum Meinungsaustausch. Das Büro für Medienentwicklung setzt außerdem sein Presseverteilungsprogramm fort, das Journalisten und anderen einflußreichen Personen Zeitungen und Zeitschriften über die Grenzen der einzelnen Gebietseinheiten hinweg zustellt.

Die Ombudsleute der Föderation

Die derzeitigen Ombudsleute der Föderation, Frau Branka Raguz, Frau Vera Jovanovic und Herr Esad Muhibic wurden im Einklang mit der Verfassung der Föderation am 31. Dezember 1994 von der KSZE (nunmehr OSZE) für eine Amtszeit von mindestens drei Jahren bestellt. Die Bestellungsvollmacht geht erst nach Verabschiedung eines eigenen Ombudsmann-Gesetzes auf das Parlament der Föderation über; dieses Gesetz kann frühestens drei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung (d.h. dem 31. Mai 1997) erlassen werden. Die OSZE-Mission und die Ombudsleute haben mit Genehmigung der Regierung um fachliche Unterstützung bei der Abfassung eines solchen Gesetzes durch den Europarat ersucht. Das Gesetz wird international anerkannte Kriterien für die Auswahl und die Bestellung festlegen. Die gegenwärtigen Ombudsleute haben den Wunsch geäußert, ihr Amt weiter auszuüben. Die Gespräche zwischen der OSZE-Mission, den Ombudsleuten und der Föderation zum Thema Bestellung werden fortgesetzt.

Die im Amt befindlichen ersten Ombudsleute genießen breite Unterstützung und große Achtung in örtlichen und internationalen Menschenrechtskreisen, in diplomatischen Kreisen und in der Bevölkerung.

2.1.10 Mission in Kroatien

In Wahrnehmung ihres Auftrags setzte die Mission die Überwachung der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen anhand einzelner Fälle und die eingehende Prüfung der bestehenden Eigentums Gesetze fort. Diese Tätigkeit mündete in einem detaillierten Grundlagenbericht über den "Schutz der Eigentumsrechte in der Republik Kroatien". Dieser Bericht findet bei internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen wie auch bei den wichtigsten Kooperationspartnern große Anerkennung. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR beteiligte sich die Mission darüber hinaus an der Überwa-

chung der Wahlen im April 1997 zur zweiten Kammer und zu den Bezirks- und Kommunalversammlungen sowie der Präsidentschaftswahlen im Juni 1997. Der Sonderkoordinator für die OSZE-Beobachtermission, Senator Paul Simon (USA), bezeichnete die zuletzt genannten Wahlen, deren Durchführung effizient war, als "frei, jedoch nicht fair", da die Kandidaten sich zwar ungehindert äußern konnten, aber der Prozeß im Vorfeld der Wahlen seiner Ansicht nach insgesamt mit Mängeln behaftet war.

Die Mission wurde im Hinblick auf das bevorstehende Ende der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) durch den PC-Beschluß Nr. 176 (26. Juni 1997) verstärkt, der eine schrittweise Aufstockung des Personals bis zu höchstens 250 internationalen Mitarbeitern bewilligte. Die Mission wurde auch ermächtigt, an der Ausarbeitung kroatischer Gesetze und an der Überwachung der Umsetzung nicht nur dieser Gesetze, sondern auch der von der kroatischen Regierung eingegangenen Übereinkünfte und Verpflichtungen in folgenden Bereichen mitzuarbeiten:

- (i) Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und Schutz ihrer Rechte;
- (ii) Schutz der Angehörigen nationaler Minderheiten.

Die Mission wurde ferner ermächtigt, den kroatischen Behörden konkrete Empfehlungen zu unterbreiten und dringende Fragen nötigenfalls an den Ständigen Rat zu verweisen.

Die kroatischen Behörden und der Amtierende Vorsitzende kamen überein, daß der Beschluß Nr. 176 eine Abänderung des am 29. August 1996 zwischen der Regierung Kroatiens und der OSZE vereinbarten *Memorandum of Understanding* darstellt, womit das Mandat der OSZE-Mission in der Republik Kroatien nunmehr aus den zwei Beschlüssen des Ständigen Rats Nr. 112 (18. April 1996) und Nr. 176 (26. Juni 1997) besteht, die beide bis 31. Dezember 1998 verlängert wurden.

Im Anschluß an die Verstärkung der Mission wird das Hauptquartier in Zagreb nun durch Koordinierungsstellen in Vukovar, Knin, Sisak und Daruvar sowie durch Außenstellen an 16 weiteren Standorten und das Bereichsbüro Zagreb unterstützt. Eine enge Zusammenarbeit wurde mit der Überwachungsmission der Europäischen Kommission (ECMM) und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) eingerichtet, die an der Koordinierung der Einsätze vor Ort und dem Informationsaustausch über vom OSZE-Hauptquartier aus tätige Verbindungsbeamte teilnehmen. Die Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, dem Europarat, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sowie mit einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen ist nach wie vor aufrecht. Eine besonders enge Zusammenarbeit entstand mit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Ostslawonien im Hinblick auf deren bevorstehenden Rückzug aus der Region.

2.2 *Sonstige Aktivitäten der OSZE vor Ort*

2.2.1 *Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt*

Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden und sein Assistententeam haben ihre Überwachung der militärischen Lage in der Konfliktregion fortgesetzt. Diese Aktivitäten machen deutlich, welch hohen Stellenwert die fortgesetzte Überwachung der geltenden Waffenruhe für die gesamte OSZE hat.

Der Persönliche Vertreter unterstützte ferner die Bemühungen der Kovorsitzenden der Minsker Konferenz um die Herbeiführung einer Regelung des Konflikts in der Region, indem er den Anstoß zu einem Friedensplan gab. Er traf regelmäßig mit den Behörden Aserbaidschans und Armeniens sowie mit der politischen und militärischen Führung von Berg-Karabach zusammen, um eine Regelung auf der Grundlage des Vorschlags der Kovorsitzenden voranzubringen. Der Persönliche Vertreter unterstützte außerdem die Hochrangige Planungsgruppe und bereitete einen Besuch ihrer Vertreter in der Region vor, der einer Aktualisierung ihres Plans für eine friedenserhaltende Operation der OSZE, wie sie auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 ins Auge gefaßt wurde, dienen sollte.

2.2.2 *OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien*

Am 27. Januar wurden in Tschetschenien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten. Die OSZE leistete bei der Abhaltung und Überwachung dieser Wahlen Hilfestellung. Sie brachten den freien Willen der Wahlberechtigten zum Ausdruck. Der zweite Wahlgang der Parlamentswahlen fand am 15. Februar statt. Seit damals konzentrierte die Unterstützungsgruppe ihre Aufmerksamkeit auf andere Punkte ihres Mandats: in erster Linie die Lage der Menschenrechte, die Situation der nationalen Minderheiten in Tschetschenien sowie Fragen im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe und Unterstützung durch die in Tschetschenien oder außerhalb tätigen NGOs.

Neben der Überwachung der Menschenrechtslage hält die Gruppe Verbindung mit wichtigen Kreisen des politischen und gesellschaftlichen Lebens Tschetscheniens. Sie hält auch die Wirtschaftslage und die Gespräche über ein Ölabkommen unter Beobachtung (Transport des Erdöls aus Aserbaidshan durch Tschetschenien), die mit den politischen Verhandlungen über die Zukunft Tschetscheniens eng verknüpft sind.

Die Tätigkeit der Gruppe besteht zu einem wesentlichen Teil darin, beim Entminungsprojekt und der Exhumierung und Identifizierung der Toten Hilfestellung zu leisten. Die Gruppe unterstützt auch ein Waisenhaus mit 47 Kindern und hilft bei der Beschaffung von Ausrüstung für das Krankenhaus für Kinderchirurgie.

Die Gruppe ist ebenso wie ausländische Vertreter (NGOs und andere) mit dem Problem der explosionsartig zunehmenden Kriminalität in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken konfrontiert - hauptsächlich Entführungen zur Erpressung von Lösegeld und Überfälle von Banditen. Dieses Problem hat sich rasch zu einem politischen Faktor in den Beziehungen zwischen Grosny und Moskau entwickelt und beeinträchtigt den Ruf Tschetscheniens in der Weltöffentlichkeit erheblich. Eine äußerst negative Konsequenz ist darüber hinaus der drastische Rückgang der Tätigkeit nahezu aller internationalen mit humanitärer Hilfeleistung befaßten NGOs.

Die Lage bezüglich der Geiselnahmen ist alarmierend und die Sicherheitslage allgemein äußerst angespannt. Die Unterstützungsgruppe versuchte in diesen Fällen nach besten Kräften zu helfen und erwartet von den tschetschenischen Behörden volle Kooperation.

2.2.3 OSZE-Präsenz in Albanien

Als Reaktion auf die schwere politische Krise im Februar 1997 bestellte der Amtierende Vorsitzende der OSZE am 4. März den österreichischen Altbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky zu seinem Persönlichen Vertreter für Albanien. Am 27. März richtete der Ständige Rat die OSZE-Präsenz ein, um Albanien bei der Demokratisierung, der Einrichtung unabhängiger Medien und dem Schutz der Menschenrechte sowie bei der Vorbereitung und Überwachung von Wahlen zu beraten und zu unterstützen. Ferner sollte die OSZE als Koordinierungsstelle für die Arbeit anderer internationaler Organisationen und für verbesserten Schutz der Menschenrechte und die Schaffung der Grundelemente für eine Zivilgesellschaft fungieren.

Im Juni und Juli fanden Parlamentswahlen statt. Die OSZE half über das BDIMR bei ihrer Durchführung in Form von technischer Unterstützung und internationaler Überwachung mit. Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Dr. Franz Vranitzky, spielte eine entscheidende Rolle, als es darum ging sicherzustellen, daß die politischen Parteien in vollem Umfang teilnehmen können und die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Internationale Beobachter unter der Führung der OSZE-Sonderkoordinatorin und Abgeordneten zum Europäischen Parlament, Frau Catherine Lalumière, dem Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Sir Russel Johnston, und des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Herrn Javier Rupérez, erklärten diese Wahlen für "zureichend und annehmbar" und betonten, daß die internationale Gemeinschaft "nach den Wahlen eine erhebliche Anstrengung zur nationalen Aussöhnung" erwarte, ohne die "eine Festlegung der Bedingungen für internationale Hilfe in Ermangelung einer Basis" nicht möglich wäre. Gemeinsam mit einem von der neuen Koalitionsregierung beschlossenen Programm für nationale Versöhnung und wirtschaftlichen Wiederaufbau eröffneten diese Wahlen den Weg für umfangreiche

internationale Hilfsmaßnahmen, die im Juli beziehungsweise im Oktober 1997 auf den internationalen Konferenzen in Rom und Brüssel vereinbart wurden. Die Ministerkonferenz in Rom vom 17. Oktober "begrüßte die Absicht der OSZE, weiterhin als flexibler Koordinationsrahmen für die internationale Albanienhilfe in Abstimmung mit der albanischen Regierung zu dienen".

Nach Abschluß der Vorbereitung und Überwachung der Wahlen wurde die Zahl der internationalen Mitarbeiter der Präsenz reduziert. Gleichzeitig eröffnete die OSZE-Präsenz im Oktober 1997 zwei Außenstellen zur Unterstützung des Hauptbüros in Tirana. Die drei Büros sind in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und Bürgerrechte, Wahlhilfe, Überwachung der Medien und institutioneller Aufbau tätig. Erwähnenswert ist das Verwaltungszentrum zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und Mitwirkung der Öffentlichkeit (ACCAPP), das von der OSZE gesponserte Büro, das die in- und ausländische Hilfe und die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs koordiniert. Die OSZE leistete über das BDIMR außerdem Hilfestellung bei der Eintragung der Wähler und Bürger, stand den Gerichten mit fachlicher Unterstützung zur Seite, half bei der Errichtung nationaler Menschenrechtsinstitutionen wie dem Ombudsmann, erhob das Ausmaß der Medienfreiheit und vollendete die ersten beiden Phasen eines NGO-Netzes.

Die Präsenz arbeitete in enger Abstimmung mit den albanischen Behörden, mit Botschaften und bilateralen Hilfsmissionen, mit anderen internationalen Organisationen wie dem Europarat, der WEU (Multinationaler Beirat für politische Maßnahmen) und der EU/EK, insbesondere der Beratenden Mission für Zollfragen und der Überwachungsmission der Europäischen Gemeinschaft (ECMM), die ihre Überwachung vor Ort mit der OSZE koordinierte.

2.2.4 Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus

Der Ständige Rat (PC) befaßte sich wiederholt mit der Einhaltung international anerkannter demokratischer und verfassungsmäßiger Prinzipien und Praktiken und anderer OSZE-Verpflichtungen wie Pressefreiheit und Freizügigkeit durch Belarus.

Der Amtierende Vorsitzende bestellte Botschafter Thorning-Petersen zu seinem Persönlichen Vertreter, um sich ein Bild von der Lage im Land zu machen und festzustellen, wie die OSZE den belarussischen Behörden am besten dabei helfen kann, mit der Schaffung eines geeigneten demokratischen Rahmens voranzukommen. Botschafter Thorning-Petersen besuchte Belarus im Zuge einer Erkundungsmission vom 15. bis 18. April 1997. In seinem anschließenden Bericht an den PC empfahl er die Einrichtung einer OSZE-Präsenz.

Im Sommer 1997 fanden Verhandlungen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden und seinem neuen Persönlichen Vertreter, Botschafter Bierring, und

Vertretern von Belarus über Form und Mandat einer OSZE-Präsenz statt. Als Ergebnis dieser Verhandlungen beschloß der PC am 18. September 1997, eine OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe einzurichten. Aufgabe der Gruppe ist es, den belarussischen Behörden bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung anderer OSZE-Verpflichtungen zur Seite zu stehen. Ferner wird sie diesen Prozeß überwachen und über ihn berichten. Diese Aufgaben werden in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden und einschlägigen internationalen Organisationen wahrgenommen. Da die Erörterung zwischen der OSZE und den belarussischen Behörden über die technischen Modalitäten für die Beratungs- und Überwachungsgruppe noch andauern, hat die Gruppe ihre Arbeit noch nicht aufgenommen.

2.3 Mission des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden in Belgrad

Unzufriedenheit über die Annullierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom November führte im Winter 1996 in der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) zu Protesten und zunehmenden Spannungen. Auf die Einladung des Außenministers der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) an die OSZE, sich aus erster Hand über die Wahlen zu informieren, bestellte der damalige Amtierende Vorsitzende am 17. Dezember den ehemaligen Ministerpräsidenten Spaniens, Herrn Felipe González, zu seinem Persönlichen Vertreter. Herr González stattete Belgrad am 20. und 21. Dezember einen Besuch ab und führte ausführliche Gespräche, unter anderem mit Regierungsbeamten, Oppositionsführern und Vertretern der Medien, in denen er seinen Gesprächspartnern die in der Charta von Paris enthaltenen Verpflichtungen wie demokratische Wahlen, politische Redefreiheit und Achtung der Menschenrechte in Erinnerung rief. Der Persönliche Vertreter kam zu dem Schluß, daß die Wahlen den Willen der Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) zum Ausdruck bringen und daß die Behörden die Wahlergebnisse akzeptieren und sich daran halten müssen. In Anbetracht dieser Feststellungen und Empfehlungen und auf Grund des zunehmenden Druckes im In- und Ausland erklärten sich die Belgrader Behörden schließlich am 4. Februar bereit, im Einklang mit den im González-Bericht gezogenen Schlußfolgerungen die Wahlergebnisse anzuerkennen. Herr González war auch zu dem Schluß gekommen, daß eine möglichst rasche Verbesserung des derzeitigen Wahlsystems und, ganz allgemein, Maßnahmen in Richtung einer demokratischen Reform in höchstem Maße wünschenswert seien.

2.4 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen

2.4.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Die Gemeinsame lettisch-russische Kommission für pensionierte Militärangehörige trat auch 1997 regelmäßig zusammen, und es gelang ihr, das Hauptaugenmerk von unbedeutenden technischen Details auf allgemeinere Fragen zu lenken. In einer kooperativen Atmosphäre ging es darum, die Probleme in einer beide Seiten zufriedenstellenden Weise zu lösen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Privatisierung von Wohnungen, in denen pensionierte Militärangehörige wohnen, die Instandhaltung von Gedenkstätten in Lettland und Rußland und auf eine Reihe anderer sozialer Fragen, die pensionierte Militärangehörige betreffen.

2.4.2 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige

Die estnische Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige setzte 1997 die Prüfung von Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigung von ehemaligen russischen Militärangehörigen fort. Nach Erledigung eines Großteils der Anträge, etwa 16.000, müssen noch mehrere tausend weniger eindeutige Fälle geprüft werden. Bisher wurden nur wenige Anträge abgelehnt, und einige negative Bescheide wurden dank einer OSZE-Intervention aus humanitären Gründen widerrufen. Bei der Beurteilung von Antragstellern, bei denen Sicherheitsfragen im Spiel waren, wurden auch Bedenken der OSZE berücksichtigt.

Die Gemeinsame estnisch-russische Kommission für die Durchführung der Übereinkunft von 1994 über Sozialgarantien trat nur sporadisch zusammen. Die estnische Seite stimmte schließlich der Teilnahme des OSZE-Vertreters in Fällen zu, in denen ihn betreffende Fragen zur Sprache kommen.

Nur wenige Fortschritte gab es bezüglich der Regelung des Problems illegaler Ausländer, unter ihnen auch ehemalige Soldaten. Ein Appell der Regierung, illegale Ausländer mögen der Meldepflicht nachkommen, fand bisher wenig Echo. Der OSZE-Vertreter setzte sich mit Nachdruck für eine positivere Einstellung zu einer Amnestie ein, mit der Zusicherung der Straffreiheit und einer eventuellen Einbeziehung der OSZE, die zum Abbau von Mißtrauen beitragen könnte.

Das Amt des OSZE-Vertreters setzte seine Aktivitäten zur Integration und Repatriierung geschiedener und verwitweter ehemaliger Angehöriger, die nach dem Rückzug der russischen Truppen zurückgelassen worden waren, mit ermutigendem Erfolg fort. Diese Art der Sozialarbeit, die in Zusammenarbeit mit der IOM, den Regierungen und örtlichen Behörden durchgeführt wird, hat eine wichtige menschliche Dimension und wird auch entsprechend gewürdigt. Nach Abschluß eines zu Beginn dieses Jahres versuchsweise durchgeführten Integrationskurses für rund 20 Frauen fand im November/Dezember 1997 ein sechswöchiger Anschlußkurs für etwa 40 Frauen

statt. Eine Reihe von Frauen konnten mit finanzieller Unterstützung aus nordischen Ländern nach Rußland zurückkehren.

2.4.3 *Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunđa*

Wie bisher hielt die Gemeinsame Kommission unter dem Vorsitz des OSZE-Vertreters auch 1997 monatliche Sitzungen ab. Im April und Oktober fand die fünfte beziehungsweise sechste reguläre Inspektion der Radarstation statt. Es wurde bestätigt, daß sich beide Parteien an das Abkommen halten.

Gemäß dem Abkommen endet die Betriebsphase der Radarstation am 31. August 1998. Die Parteien kamen im Zuge der im Sommer 1997 - in der Gemeinsamen Kommission und informell - geführten Erörterungen überein, daß die OSZE grundsätzlich auch in der Demontage-Phase wie bisher involviert sein sollte; das bedeutet, daß auch in Zukunft jährlich zwei reguläre Inspektionen sowie regelmäßige Sitzungen der Gemeinsamen Kommission stattfinden werden. Die Vorbereitungen für die Demontage stehen nun auf der Tagesordnung der Gemeinsamen Kommission.

3. *Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)**

Der Hohe Kommissar befaßte sich mit einer Reihe von Fragen, die nationale Minderheiten in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten betreffen. Diese Fragen erfaßten ein breites Themenspektrum, darunter die Schwierigkeiten bei der Erlangung einer Staatsbürgerschaft, die Zukunftsaussichten von Angehörigen nationaler Minderheiten, die in ihre angestammten Wohngebiete zurückkehren, Probleme im Zusammenhang mit dem Bildungswesen, der Gebrauch der Sprachen nationaler Minderheiten und die Teilnahme nationaler Minderheiten am sozialen und politischen Leben ihres Landes.

3.1 *Kroatien*

Vom 24. bis 28. September 1996 stattete der Hohe Kommissar Kroatien einen Besuch ab. Am 26. und 27. September leitete er in Bizovac in der Nähe von Osijek einen Runden Tisch über "praktische Lösungen auf lange Sicht für die Stabilität in Ostslawonien, der Baranja und Westsirmien in der Zeit nach der UNTAES". Zu den Teilnehmern am Runden Tisch zählten mehr als 40 Vertreter der Regierung der Republik Kroatien, des Parlaments, kroatischer Kommunalverwaltungen, serbischer Behörden aus der Region Ostslawonien, der Baranja und Westsirmien und der serbischen Minderheit in Kroatien. Vom 11. bis 13. Oktober führte der Hohe Kommissar den Vorsitz

* In diesem Abschnitt sind auch Aktivitäten enthalten, die nicht in den Berichtszeitraum fallen, im letzten Jahresbericht jedoch nicht enthalten waren.

bei einem weiteren Runden Tisch in Trakoscan. Der Teilnehmerkreis umfaßte Vertreter der Regierung Kroatiens und aus der Region, die derzeit unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen steht. Der stellvertretende Übergangsverwalter und andere Funktionäre der UNTAES nahmen als Beobachter teil. Die Tagung, der auch der Leiter der OSZE-Mission in Kroatien beiwohnte, war als Reaktion auf ein Ersuchen beider Delegationen des letzten Runden Tisches in Bizovac einberufen worden.

Vom 26. bis 30. Januar 1997 besuchte der Hohe Kommissar erneut Kroatien. Er stattete Zagreb und der Region Ostslawonien, der Baranja und Sirmien einen Besuch ab, die sich unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UNTAES) befindet. Vom 19. bis 21. März reiste der Hohe Kommissar in Begleitung des Leiters der OSZE-Mission in Kroatien nach Knin (ehemaliger Sektor Süd), wo er mit dem Regierungskommissar und örtlichen Vollziehungsbeamten zusammentraf. Die Vertreter verschiedener internationaler Organisationen unterrichteten ihn über die Lage in dem Gebiet. Im Zentrum der Diskussionen standen die Lage der Angehörigen der serbischen Gemeinschaft, die in die Krajina zurückkehren und sich dort niederlassen wollten, und die Schwierigkeiten, die sie dabei antrafen (samt angeblichen Schikanen), sowie ihre Behauptung, daß sie von den örtlichen Behörden nur unzureichend Schutz erhielten. Vom 29. Juni bis 2. Juli führte der Hohe Kommissar Gespräche in Zagreb und Ostslawonien. Vom 14. bis 17. September besuchte er neuerlich Zagreb und bereiste den ehemaligen Sektor Süd, wo er mit dem Bürgermeister von Knin und den Befehlshabern der örtlichen Polizeikräfte zusammentraf. Der Hohe Kommissar sprach auch mit Vertretern internationaler Organisationen in Knin. Bei diesen Treffen erörterte er die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in beiden Richtungen, die Eigentumsrechte der Rückkehrer und die gesamte Sicherheitslage in der Region. Er besuchte auch ein Gebiet, in dem man bereits mit der Rückkehr serbischer Familien begonnen hatte. Die serbischen Rückkehrer berichteten dem Hohen Kommissar über die großen Probleme, mit denen sie Tag für Tag konfrontiert sind.

3.2 Lettland

Vom 7. bis 9. Oktober 1996 und vom 6. bis 7. April 1997 besuchte der Hohe Kommissar Riga, wo er unter anderem mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister zusammentraf. Die Besuche des Hohen Kommissars dienten in erster Linie dem Zweck, sich über die Einbürgerungsverfahren des Landes und das lettische Sprachprogramm zu informieren, durch das die lettische Sprache größere Verbreitung erhalten soll. Weitere Diskussionsthemen waren Entwicklungen im Zusammenhang mit dem jüngst vom Präsidenten ins Leben gerufenen Nationalitätenbeirat und die Tätigkeit des lettischen Menschenrechtsbüros. Vom 28. bis 30. Oktober begab sich der Hohe Kommissar erneut nach Riga. Bei dieser Gelegenheit nahm er zu den

Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfs über eine Staatssprache in Lettland Stellung, die als zu restriktiv und nicht den internationalen Standards entsprechend kritisiert worden waren.

3.3 *Estland*

Der Hohe Kommissar besuchte vom 9. bis 11. Oktober 1996 und vom 8. bis 9. April 1997 Tallinn. Er traf mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Bildungsminister zusammen. Ferner führte er Gespräche mit dem Präsidenten des estnischen Parlaments (*Riigikogu*) und mehreren Beamten des Innenministeriums, des Amtes für Staatsbürgerschaft und Migration und des Sprachenamtes. Diese Besuche dienten hauptsächlich dem Zweck, dem Hohen Kommissar eine Beurteilung der Entwicklung der Einbürgerungsverfahren und des Standes bezüglich der Ausstellung von Fremdenpässen und deren Ausgabe an Nichtstaatsbürger zu ermöglichen. Zur Erörterung gelangten neben anderen Themen die Bemühungen, den Runden Tisch des Präsidenten über die Beziehungen zwischen den Volksgruppen wirksamer zu gestalten, bis hin zu neuen Sprachausbildungsprogrammen, die den Unterricht des Estnischen für Nichtestnen verbessern sollen.

Am 6. und 7. Dezember 1996 führte der Hohe Kommissar in Lund, Schweden, den Kovorsitz bei einem Runden Tisch über "Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Estland". Der Runde Tisch war auf Ersuchen des Hohen Kommissars von der in Den Haag ansässigen Stiftung für interethnische Beziehungen gemeinsam mit dem Raoul-Wallenberg-Institut in Schweden veranstaltet worden. Der Teilnehmerkreis umfaßte hohe Vertreter der estnischen Präsidentschaftskanzlei und Regierungsministerien sowie mehrere Parlamentsabgeordnete und Forscher und Wissenschaftler aus nichtstaatlichen Organisationen und estnischen Hochschuleinrichtungen. Auch einige internationale Experten nahmen daran teil.

3.4 *Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*

Vom 16. bis 18. Oktober und vom 16. bis 18. Dezember 1996 bereiste der Hohe Kommissar die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Er führte Gespräche mit dem Präsidenten, dem Außenminister und dem Minister für Erziehung und Sport. Ferner traf er mit den Führern dreier albanischer politischer Parteien zusammen: der PDP (die der regierenden Koalition angehört), der NDP und der PDPA. Am 17. und 18. Dezember führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem Runden Tisch über den "Aufbau harmonischer Beziehungen zwischen Volksgruppen", der auf sein Ersuchen von der Stiftung für interethnische Beziehungen veranstaltet worden war. An dem Runden Tisch nahmen unter anderem der Außenminister, der Minister für Erziehung und Sport, der Justizminister, der Wissenschaftsminister, der Vorsitzende der Partei für demokratisches Wohlergehen (PDP) und der

Vorsitzende der Liberalen Partei teil. Neben einer Reihe internationaler Vertreter wohnten auch mehrere Parlamentsabgeordnete, Vertreter nationaler Minderheiten (insbesondere der Albaner) und Fachleute aus dem Universitätsbereich des Landes der Veranstaltung bei.

Vom 6. bis 8. März besuchte der Hohe Kommissar erneut Skopje, um sich einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Land zu verschaffen, insbesondere diejenigen, die direkt mit den Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu tun haben, darunter vor allem die Demonstrationen mazedonischer Studenten und die albanischen Feierlichkeiten in Tetovo. Zu Studentendemonstrationen war es im Zusammenhang mit der kurz zuvor beschlossenen rechtswissenschaftlichen und pädagogischen Fakultät gekommen. Die albanischen Feierlichkeiten in Tetovo hatten dem Sieg der PDPA bei den Kommunalwahlen gegolten. Der Hohe Kommissar zeigte sich besorgt über die zunehmenden Spannungen zwischen den Volksgruppen und im höchsten Maß beunruhigt über Äußerungen der Intoleranz, zu denen es bei beiden Ereignissen gekommen war, und begrüßte die wiederholten Zusicherungen der Regierung, die Minderheitenrechte, zu denen sie sich im Rahmen der OSZE verpflichtet hatten, in vollem Umfang achten zu wollen.

Nach einem weiteren Besuch vom 24. bis 27. März in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien begab sich der Hohe Kommissar vom 10. bis 13. Juli erneut dorthin, um die Ereignisse aus erster Hand zu beurteilen, unter anderem die mit unmittelbarem Bezug zu den Beziehungen zwischen den Volksgruppen und insbesondere die Vorkommnisse anlässlich der Demonstrationen in der vorwiegend albanischen Stadt Gostivar am 9. Juli, bei der drei Menschen ums Leben gekommen waren. Er traf mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, Beamten des Innenministeriums und den Führern der PDP und der PDPA zusammen, zweier politischer Parteien, die die albanische Minderheit im Land vertreten. Die Behörden gestatteten dem Hohen Kommissar auch ein Zusammentreffen mit dem Bürgermeister von Gostivar (der sich im Gefängnis befand) und dem Bürgermeister von Tetovo. Im Anschluß an seine Gespräche gab der Hohe Kommissar eine Erklärung ab, in der er sein Bedauern über die Todesopfer zum Ausdruck brachte und an alle Volksgruppen im Staat den eindringlichen Appell richtete, sich um Lösungen zur Beilegung des Konflikts zwischen den Volksgruppen zu bemühen, auf beiden Seiten Haß und Intoleranz abzulegen und einen konstruktiven und beständigen Dialog anzustreben, der sich am Prinzip gleicher Rechte für alle Volksgruppen orientiert. Vom 28. September bis 1. Oktober absolvierte der Hohe Kommissar einen Folgebesuch.

3.5 *Ungarn*

Am 5. November 1996 begab sich der Hohe Kommissar zu einem Besuch nach Budapest, wo er mit dem Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, dem Staatssekretär im Außenministerium und mehreren Vertretern der

slowakischen Minderheit zusammentraf, deren Lage er erörtern wollte. Die Hauptthemen waren unter anderem die Rechte von Minderheiten, Bestimmungen für ihre Vertretung im nationalen Parlament, Fragen des Erziehungswesens sowie der Sprachunterricht für Minderheiten. Am 20. Februar 1997 hielt sich der Hohe Kommissar erneut in Ungarn auf. Bei dieser Gelegenheit wurden hauptsächlich folgende drei Themen erörtert: die parlamentarische Vertretung der Minderheiten, Sendezeit in Fernsehen und Rundfunk für Minderheitensprachen und das Recht der Angehörigen der slowakischen Volksgruppe, zu entscheiden, in welcher Sprache ihre Kinder in der Schule unterrichtet werden sollen. Am 17. und 18. September 1997 besuchte der Hohe Kommissar Budapest; bei diesem Besuch wurden unter anderem die jüngsten Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik erörtert, insbesondere im Hinblick auf Minderheitenfragen, die Vertretung der Minderheiten im ungarischen Parlament, die Frage der Sendezeit für Minderheitensprachen im ungarischen Fernsehen und Rundfunk und der Schulunterricht in slowakischer Sprache.

3.6 Slowakische Republik

Am 11. und 12. November 1996 besuchte der Hohe Kommissar Bratislava. Er traf dabei mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter, dem Außenminister, dem slowakischen Parlamentspräsidenten und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Parlament zusammen. Ferner führte er Gespräche mit verschiedenen Mitgliedern der im Parlament vertretenen Oppositionsparteien und mit Vertretern ungarischer Parteien in der Slowakischen Republik. Die Erörterungen hatten hauptsächlich die Lage der ungarischen Minderheit in der Slowakischen Republik und die diesbezügliche Haltung der slowakischen Regierung zum Thema. Bei diesen Treffen wurden auch andere Themen angesprochen, unter anderem Minderheitenrechte, der Unterricht und Bestimmungen in bezug auf Minderheitensprachen, die Umsetzung des Staatssprachengesetzes, Entwicklungen auf dem Gebiet der Minderheitenkultur und deren Finanzierung sowie Fragen im Zusammenhang mit der landesweiten Reform der Verwaltung und der Gebietskörperschaften. Vom 15. bis 17. April besuchte der Hohe Kommissar erneut Bratislava. Die Gespräche konzentrierten sich vor allem auf Fragen des Bildungswesens und der Kultursubventionen für Minderheiten aus staatlichen Mitteln. Der Hohe Kommissar informierte sich auch darüber, inwieweit sich das Staatssprachengesetz und die gesetzlichen Regelungen für den Gebrauch von Minderheitensprachen gegenseitig ergänzen. Im Mittelpunkt seines Besuches vom 13. bis 15. Oktober standen Fragen wie der Gebrauch der Sprache von Minderheiten im amtlichen Schriftverkehr, die Ausstellung zweisprachiger Schulzeugnisse und die Grundsätze für die Vergabe von Kultursubventionen. Als weiteres wichtiges Thema erörterte der Hohe Kommissar die Lage der slowakischen Minderheit in Ungarn.

3.7 Georgien

Vom 23. bis 25. Juni stattete der Hohe Kommissar Georgien einen Besuch ab, wo er vom Präsidenten empfangen wurde. Er traf auch mit dem Parlamentspräsidenten, dem Außenminister, dem Minister für Flüchtlinge und die Ansiedlung (von Flüchtlingen) und dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Menschenrechts- und nationale Minderheitenfragen zusammen. Der Besuch verfolgte den Zweck, sich über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Georgien zu informieren.

3.8 Griechenland

Am 8. September besuchte der Hohe Kommissar Athen, wo er mit dem Außenminister, dem Stellvertretenden Minister und dem Staatsminister zusammentraf. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Lage auf dem Balkan. Der Hohe Kommissar erörterte auch die besondere Frage der religiösen Minderheit in Thrakien und die Lage der in der Türkei lebenden Griechen.

3.9 Kasachstan

Am 8. und 9. Dezember 1996 führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem Runden Tisch zum Thema Kasachstan, der auf Einladung der schweizerischen Regierung in Locarno (Schweiz) stattfand. Am Runden Tisch unter dem Titel "Kasachstan: Aufbau einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft an der Schwelle zum XXI. Jahrhundert" nahmen hochrangige Vertreter der kasachischen Präsidentschaftskanzlei, des Parlaments, des Ministerkabinetts und verschiedener Ministerien und Regierungsstellen teil. Der Teilnehmerkreis umfaßte außerdem Vertreter von Gebietskörperschaften, der Völkerversammlung Kasachstans (APK), Führer regionaler APK-Versammlungen, Vertreter nationaler Kulturzentren und öffentlicher Vereinigungen sowie eine Reihe internationaler Sachverständiger. Der Runde Tisch konzentrierte sich im wesentlichen auf die Frage der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Kasachstan und erwog Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung der Lage auf diesem Gebiet.

Vom 3. bis 5. Juni begab sich der Hohe Kommissar nach Almaty, um sich über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Kasachstan zu informieren. Neben anderen Themen wurde der Aufbau eines an die APK angeschlossenen Forschungs- und Informationszentrums erörtert, das bei der Durchführung von Erhebungen und Meinungsumfragen bei den verschiedenen Volksgruppen in Kasachstan mithelfen könnte, sich ein besseres Bild von den Einstellungen und Problemen in diesem Bereich zu verschaffen. Der Hohe Kommissar erörterte ferner die Möglichkeit, über die in Den Haag ansässige Stiftung für interethnische Beziehungen bei der Veranstaltung von Schulungskursen über internationale Minderheitenstandards für stellvertretende Gouverneure, die für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen in den einzelnen Bezirken (*oblast*) des Landes zuständig sind, Hilfeleistung zu bieten. Der Hohe Kommissar traf auch mit Vertretern verschiedener Minderheitengruppierungen zusammen.

3.10 Kirgisistan

Vom 6. bis 8. Juni besuchte der Hohe Kommissar Kirgisistan, wo er mit Mitgliedern der Regierung zusammentraf und einen Workshop über Toleranz zwischen Volksgruppen in der Region Oš besuchte; dieser Workshop war von der Völkerversammlung von Kirgisistan mit Hilfe der Stiftung für interethnische Beziehungen und mit Finanzierung durch die niederländische Regierung veranstaltet worden. Bei getrennten Treffen wurde der Hohe Kommissar über den jüngsten Stand des Forschungs- und Überwachungsprojekts in der südlichen Region des Landes unterrichtet, das von Experten des Friedensforschungsinstituts in Bischkek durchgeführt wird. Neben anderen Projekten wurde auch die Idee erörtert, für die in ihrem jeweiligen Bezirk für die

Beziehungen zwischen den Volksgruppen verantwortlichen stellvertretenden Gouverneure Schulungskurse über Minderheitenstandards abzuhalten.

3.11 Ukraine

Vom 18. bis 21. Dezember 1996 begab sich der Hohe Kommissar zu einem Besuch in die Ukraine, um sich im Zuge von Gesprächen in Kiew und Simferopol eingehend über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in der Ukraine und insbesondere auf der Krim zu informieren. Seine Gespräche boten ihm die Möglichkeit, die jüngsten Bemühungen zur Bewältigung der noch ungelösten Auffassungsunterschiede zwischen Kiew und Simferopol in Verfassungsfragen kennenzulernen. Vom 11. bis 14. Mai 1997 besuchte der Hohe Kommissar erneut die Ukraine, um die Lage der Krimtataren, beziehungsweise die Beschaffung von Wohnraum für Angehörige dieser Gemeinschaft und andere Deportierte zu erörtern, die in die Autonome Republik Krim (ARC) repatriert wurden. Er wurde vom Außenminister über die Bemühungen der ukrainischen Regierung in dieser Hinsicht unterrichtet, der auch hervorhob, wie wichtig für die Lösung des Problems die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft sei. Ein weiterer Punkt der Erörterungen war die Entwicklung der Beziehungen der Ukraine zu ihren Nachbarn Rumänien und Moldau.

3.12 Rumänien

Vom 1. bis 3. April 1997 reiste der Hohe Kommissar zu einem Besuch nach Rumänien, wo er mit dem Ministerpräsidenten und Mitgliedern der neuen Regierung zusammentraf, die ihn über das umfangreiche Reformprogramm und insbesondere die Aufnahme von Minderheitenvertretern in die Regierung informierten. Der Hohe Kommissar begrüßte diese Entwicklung als einen Schritt in Richtung einer stufenweisen Aufgabe des Prinzips der Volkszugehörigkeit zugunsten des Bürgerprinzips, was als eindeutiges Zeichen einer demokratischen Gesellschaft zu werten sei. Des Weiteren wurde er über die derzeit in Ausarbeitung stehenden Novellen zum Unterrichtsgesetz informiert. Erörtert wurden ferner der Gebrauch von Minderheitensprachen im Unterricht an Universitäten, die Möglichkeiten einer Rückkehr der nach 1989 ausgewanderten Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die Rückgabe des ehemaligen Eigentums religiöser Gemeinschaften sowie Bildungs- und soziale Fragen, vor allem die Roma-Minderheit betreffend.

3.13 Seminar über Schulunterricht für Minderheiten

Am 22. und 23. November 1996 führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem von der Stiftung für interethnische Beziehungen veranstalteten Seminar über Schulunterricht für Minderheiten. Das Seminar fand in Wien statt und versammelte die Bildungsminister aus Albanien, Kirgisistan, Litauen und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie Regierungsvertreter aus Estland, Kanada, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Rumänien, der Russischen Föderation, der Slowakischen Republik und der Ukraine um einen Tisch. Vertreter verschiedener nationaler Minderheiten nahmen ebenfalls an dem Treffen teil. Ausgehend von den Empfehlungen von Den Haag über die Rechte nationaler Minderheiten auf Ausbildung (die von einer Gruppe unabhängiger Fachleute ausgearbeitet worden waren) befaßte sich das Seminar mit folgenden konkreten Themen: Schulunterricht für Minderheiten im Grundschul- und Sekundarbereich, Unterricht für Minderheiten an Berufsschulen, Unterricht für Minderheiten auf Hochschulebene und in öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie die Entwicklung von Lehrplänen.

3.14 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo

Vom 8. bis 12. Oktober 1997 fanden in Dürnstein, Österreich, Konsultationen zwischen dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Kosovo, Herrn Max van der Stoel, serbischen Fachleuten aus Belgrad und albanischen Fachleuten und Politikern aus Kosovo statt. Die Konsultationen waren als informelles und vertrauliches Forum gedacht. Die Gespräche mit den Teilnehmern aus Belgrad und Priština fanden getrennt statt. Bei den Erörterungen wurde ein breites Fragenspektrum behandelt, unter anderem die Zunahme der Spannungen in Kosovo und die Möglichkeiten für eine Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen, die einer endgültigen Lösung des Kosovo-Problems den Weg bereiten könnten. Darüber hinaus wurden verschiedene Alternativen für den künftigen Status von Kosovo geprüft.

4. Die menschliche Dimension: Aktivitäten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

1997 war ein Jahr des Wandels und der Herausforderungen für das BDIMR. Es wurde ein neues Konzept erstellt, gefolgt von der Schaffung neuer Strukturen, die eine beträchtliche Erhöhung des Personalstandes mit sich brachte. Im wesentlichen war das Büro jedoch vor Ort aktiv. Im vergangenen Jahr war die größte Herausforderung für das BDIMR die Unterstützung und Beobachtung der eminent wichtigen Parlamentswahlen in Albanien im Juni und Juli unter äußerst schwierigen Bedingungen. Das Büro setzte sich ferner ver-

stärkt für die Förderung demokratischer Strukturen und der Menschenrechte ein. In diesem Zusammenhang war einer der wichtigsten Erfolge die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* mit der Regierung Usbekistans im Oktober. Im Einklang mit seinem Mandat betreffend die Umsetzung von Verpflichtungen unterstützte das Büro das Treffen zur Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen zur menschlichen Dimension, das im November in Warschau stattfand. Bei diesem Treffen wurden neue Vorstellungen darüber entwickelt, wie die Prüfung der Durchführung dieser Verpflichtungen durch die OSZE wirksamer gestaltet werden kann.

Dank dieser neuen Entwicklungen konnten die operativen Fähigkeiten des Büros gesteigert und damit die Grundlage für noch intensivere Bemühungen im kommenden Jahr geschaffen werden. 1998 werden mehrere wichtige Urnengänge stattfinden. Außerdem ist die Weiterentwicklung von Projekten zum Demokratieaufbau in verschiedenen Regionen, einschließlich Kaukasus und Zentralasien, geplant.

4.1 Umstrukturierung des BDIMR

Der Direktor legte nach seiner Ernennung ein Konzept über die künftige Tätigkeit des BDIMR vor, das einen Plan zur Umwandlung des BDIMR in ein operatives Instrument der OSZE enthielt. Laut diesem Plan, der vom Ständigen Rat positiv aufgenommen wurde, soll das BDIMR innerhalb seines weitgefaßten Mandats konkrete Schwerpunkte setzen, sich stärker auf operative Aktivitäten konzentrieren und Mitarbeiterstab und Struktur entsprechend anpassen. Diese Schwerpunkte beziehen sich auf drei Bereiche: die Förderung von Wahlen, die im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen abgehalten werden, die Förderung einer Zivilgesellschaft und demokratischer Institutionen und eine praktische Beteiligung an der Überwachung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen zur menschlichen Dimension.

Der Vorschlag in bezug auf eine neue Organisationsstruktur für das BDIMR wurde weitgehend umgesetzt. Die vorhandenen BDIMR-Einheiten wurden in zwei Abteilungen, Wahlen und Menschliche Dimension, zusammengefaßt, und es wurde der Posten eines Stellvertretenden Direktors geschaffen. Durch die Aufteilung der Bereiche Administration und Finanzen auf zwei ranghohe Mitarbeiter war das BDIMR in der Lage, seine Arbeit enger mit dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Ständigen Rat, den OSZE-Institutionen und anderen internationalen Gremien und Beratern abzustimmen. Die Stärkung des Büros wird leichter zu verwirklichen sein, sobald der Gaststaat geeignetere Büroräume zur Verfügung stellt.

4.2 Wahlen

Nachdem in den letzten Jahren immer häufiger Wahlbeobachtermissionen zur Wahlüberwachung entsandt wurden, hat sich mehr und mehr gezeigt, daß eine informierte Beurteilung eines Wahlprozesses sich nicht nur auf die Beobachtungen am Wahltag selbst stützen kann. Ein Wahlprozeß ist keine eintägige Veranstaltung. Seit dem Gipfeltreffen von Budapest im Dezember 1994 ist das Mandat des Büros umfangreicher und auf die langfristige Beobachtung des gesamten Wahlprozesses ausgerichtet. Um das zu ermöglichen, hat das BDIMR seinen Aktivitäten eine neue Richtung gegeben. Diese umfassendere Vorgehensweise wurde 1997 bei mehreren Wahlen erfolgreich angewandt: in Kroatien (13. April), Bulgarien (19. April), erneut Kroatien (15. Juni), Albanien (29. Juni - 6. Juli), Bosnien und Herzegowina (13. und 14. September), Republik Serbien - Bundesrepublik Jugoslawien (21. September - 5. Oktober), Republik Srpska - Bosnien und Herzegowina (22. und 23. November) und Montenegro - Bundesrepublik Jugoslawien (5. - 19. Oktober). Das BDIMR organisierte außerdem eine Mission zur technischen Beurteilung - eine Mission zur Wahlüberwachung in kleinerem Maßstab, die sich hauptsächlich mit Fragen der Wahlorganisation befaßt, - für die Wiederholung der Präsidentschaftswahlen in der Republik Serbien, die am 7. Dezember stattfinden sollen.

Die Wahlen in Albanien waren angesichts der im Land herrschenden Verhältnisse und in Anbetracht dessen, daß sie im Rahmen einer grundsätzlichen Konfliktlösung stattfanden, eine besondere Herausforderung für die OSZE und das BDIMR. Das BDIMR entsandte eine außerordentlich große Wahlbeobachtungsmission, zusätzlich zu einer kompakten Technischen Beratungsgruppe (TAG), die den Auftrag hatte, die albanischen Behörden in praktischen Fragen der Wahlorganisation (Wählereintragung, das Wahlgesetz und seine Durchführung, die Medien, Wählerinformation) zu beraten und im Rahmen des Mandats der OSZE-Präsenz in Albanien Hilfestellung zu leisten. Alle Wahlbeobachtungsmissionen im Jahr 1997 bezogen sich in ihren Beobachtungsberichten auf den gesamten Wahlprozeß unter Berücksichtigung der verschiedenen Phasen des Wahlablaufs, wie die Durchführung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung, die Wirksamkeit und Unparteilichkeit der Vorkehrungen vor dem eigentlichen Wahlgang, die Unabhängigkeit der Medien, die Art des Wahlkampfes und des politischen Umfelds in der Zeit bis zum Wahltag, der Wahltag selbst, die Auszählung der Stimmen, die Bekanntgabe der Ergebnisse sowie die Behandlung von Anfechtungen und Beschwerden. Langzeit-Beobachter sind für die Vorwahlphase zuständig und geben den Kurzzeit-Beobachtern damit die Möglichkeit, ihre Beobachtungen am Wahltag in einen Gesamtzusammenhang zu bringen.

Die Abwicklung und Beobachtung von Wahlen war Thema eines BDIMR-Seminars zur menschlichen Dimension vom 8. bis 11. April 1997, an dem Vertreter aus 45 Teilnehmerstaaten und aus Ägypten als Kooperationspartner

im Mittelmeerraum sowie von vier internationalen Organisationen teilnehmen. Auf dem Seminar bestand ein weitgehender Konsens bezüglich des vom BDIMR gewählten Konzepts eines längeren Beobachtungszeitraums und der Standardmethoden, wie sie im OSZE/BDIMR-Handbuch für Wahlbeobachtung aufgeführt sind. Es wurde empfohlen, dem BDIMR drei Monate vor dem Wahltermin eine Einladung zur Wahlbeobachtung zugehen zu lassen, und die Teilnehmerstaaten wurden dazu ermutigt, bei der Durchführung der Empfehlungen die Hilfe des BDIMR in Anspruch zu nehmen. Ein weiteres Anliegen war die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Vertretern der verschiedenen vor Ort tätigen internationalen Organisationen.

Seinem Mandat entsprechend ist das BDIMR nun in der Lage, einen Rahmen für Zusammenarbeit zu bieten, in den auch Wahlbeobachter anderer internationaler Organisationen, etwa des Europarats und des Europäischen Parlaments und einschlägiger nichtstaatlicher Organisationen, auf Wunsch eingebunden werden können. Das BDIMR bietet allen internationalen Beobachtern am Beginn eine gemeinsame Unterweisung, einen Einsatzplan, Formulare für den Beobachtungsbericht oder Checklisten für statistische Erhebungen und ein Forum für die Nachbesprechung und Berichterstattung. Das am 9. September zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und dem BDIMR geschlossene Kooperationsabkommen schafft einen Rahmen für gemeinsame Beobachtungsmissionen und eine gemeinsame Erklärung nach dem Abschluß der Wahlen. Dieser politisch bedeutsame Schritt ist insofern wichtig, als die OSZE von nun an mit einer Stimme sprechen wird und die gemeinsamen Empfehlungen der Beobachtungsmissionen durch die Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung noch mehr Gewicht erhalten.

Die Wahlbeobachtungsmissionen sind Teil der normalen Unterstützung, die das BDIMR Ländern beim Aufbau demokratischer Institutionen im Einklang mit vereinbarten OSZE-Verpflichtungen anbietet. Kritische Schlußberichte der Missionen sind nicht als Verurteilung, sondern als ausgewogene Beurteilung des gesamten Wahlprozesses gedacht, die auch Empfehlungen für Reformen enthält. Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, bei der Umsetzung von Empfehlungen aus dem Schlußbericht einer BDIMR-Wahlbeobachtungsmission die Hilfestellung des BDIMR in Anspruch zu nehmen.

Durch die Umstrukturierung des BDIMR ist die Abteilung Wahlen nun in der Lage, erweiterte Programme für technische Unterstützung anzubieten, wie dies bereits in Albanien (Programm zur Wählereintragung) und in Montenegro (Überprüfung des Wahlgesetzes) geschehen ist. Für Zentralasien wird außerdem eine langfristige Strategie für technische Unterstützung entwickelt. Diese Missionen können dazu eingesetzt werden, Maßnahmen im Anschluß an BDIMR-Empfehlungen oder Hilfestellung auf sehr lange Sicht bei der Vorbereitung von Wahlen zu leisten.

4.3 Menschliche Dimension/Demokratieaufbau

Im Bereich der menschlichen Dimension/des Demokratieaufbaus hat das BDIMR damit begonnen, formale und integrierte Arbeitspläne zu erstellen. Die in diesem Rahmen konzipierten Projekte konzentrieren sich auf praktische Fragen. Als Beispiel dafür sei das am 16. Oktober mit der Regierung Usbekistans unterzeichnete *Memorandum of Understanding* angeführt, das die Verpflichtung zur Durchführung mehrerer Projekte im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte enthält. Ähnliche BDIMR-Projekte sind für andere zentralasiatische Staaten geplant. Außerdem wurden Vorschläge für Armenien, Aserbaidschan und Georgien ausgearbeitet, die auf die spezifischen Probleme dieser Länder beim Demokratieaufbau eingehen.

Die Aktivitäten der Abteilung für *Rechtsstaatlichkeit* im Jahre 1997 lassen sich mit drei Schlagworten zusammenfassen: Expertenmissionen zur Beurteilung und Überprüfung, technische Hilfsprojekte und Sonderinitiativen. Missionen von Rechtsexperten zur Beurteilung und Überprüfung wurden nach Albanien, Armenien, Belarus, Kroatien, Moldau, in die Ukraine und nach Usbekistan zur Unterstützung der OSZE-Einsätze in diesen Ländern entsandt. Jede Mission hatte ihr eigenes Mandat und erstellte einen Bericht zur Unterstützung der Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden und zur Vorbereitung weiterführender BDIMR-Hilfsprojekte. Auch eine Reihe von Teilnehmerstaaten erhielt technische Unterstützung, unter ihnen Albanien, Armenien, Georgien, Kroatien, Moldau, die Russische Föderation, die Ukraine und Usbekistan, und zwar in sehr unterschiedlichen Bereichen, wie Fachanalyse und -unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzen, praktisches Managementtraining für Verfassungsgerichte und mehrteilige Schulungsprojekte für Strafvollziehungsbeamte. Gemeinsam mit dem Friedensinstitut der Vereinigten Staaten und dem Europarat veranstaltete die Abteilung einen Runden Tisch über Gerechtigkeit und Aussöhnung in Bosnien und Herzegowina, dessen Ziel es war, eine Reihe von Empfehlungen als Beitrag zur nationalen Aussöhnung auszuarbeiten.

Die Abteilung für die menschliche Dimension unterstützte mehrere Teilnehmerstaaten bei der Schaffung nationaler Gremien zum Schutz der Menschenrechte (*Ombudsmann-Einrichtungen*). In dieser Hinsicht stellte das BDIMR ausgezeichnete Arbeitsbeziehungen mit den usbekischen, kirgisischen, georgischen, polnischen und albanischen Behörden her; Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit mehreren anderen Ländern werden geprüft. In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen trat das BDIMR als Mitveranstalter beziehungsweise Teilnehmer an internationalen/regionalen Konsultationen in diesem Bereich auf.

Die Empfehlung des OSZE/BDIMR-Seminars von 1996 über verfassungsmäßige, rechtliche und administrative Aspekte der *Religionsfreiheit*, insbesondere für die Einrichtung einer *Expertengruppe* durch das BDIMR zur Behandlung dieser Frage, wurde 1997 umgesetzt. Die Arbeit dieser Gruppe kam zur richtigen Zeit, war fachlich kompetent (siehe die einzelnen Beiträge der Experten und ihren gemeinsamen Bericht), einzigartig (keine andere zwischenstaatliche Organisation hat sich so umfassend mit dem Thema auseinandergesetzt) und engagiert (die Arbeit war ehrenamtlich). Die Frage der Religionsfreiheit ist noch immer sehr wichtig, man betrachte nur das Konfliktpotential, das sie innerhalb und zwischen einer Reihe von Teilnehmerstaaten darstellt.

4.4 *Ausbildung/Schulung in der menschlichen Dimension*

Die Ausbildung/Schulung in der menschlichen Dimension ist einer der Kernpunkte im Mandat des BDIMR. Neben NGO-spezifischen Projekten, Ausbildungsprojekten von OSZE-Missionen und den alle zwei Jahre stattfindenden OSZE-Seminaren zur menschlichen Dimension führt das BDIMR immer häufiger Ausbildungsprojekte zum Thema Menschenrechte durch. Es fanden regionale und subregionale Workshops statt. Im Rahmen der Ausbildung in der menschlichen Dimension wurden im abgelaufenen Jahr zahlreiche Schulungsveranstaltungen abgehalten, etwa fachspezifische Projekte für die Medien, Lehrer, NGOs, Ombudsleute, Vertreter der Rechtsberufe, Vertreter von Flüchtlingen beziehungsweise Roma u.a. Bei vielen seiner Ausbildungsaktivitäten arbeitete das BDIMR mit Organisationen der Vereinten Nationen, dem Europarat, internationalen und lokalen NGOs und nationalen Menschenrechtsinstitutionen und -instituten zusammen. Dank eines dänischen Sonderbeitrags führt das BDIMR derzeit in den fünf zentralasiatischen Ländern ein dreiteiliges Schulungsprogramm für Menschenrechte durch.

Zur *Förderung* der Einbeziehung *der Frauen* in die Gesellschaft hielt die OSZE über das BDIMR ein Seminar zur menschlichen Dimension ab (14. bis 17. Oktober 1997). Dieses Seminar appellierte in seinen Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten, sich stärker um die Förderung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen - Besetzung von Posten, Aktivitäten, Projekte - zu bemühen. Das BDIMR plant für 1998 regionale Konsultationen zu diesem Thema in Taschkent.

1997 nahm die *NGO-Abteilung* eine Reihe neuer Aktivitäten in Angriff, um die Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen NGOs zu verstärken und um die Entwicklung eines Beratungsmechanismus zwischen nichtstaatlichen und staatlichen Gremien anzuregen. Im Herbst 1997 begannen zwei derartige Programme in Albanien beziehungsweise Usbekistan. In Albanien kam es zu zwei Tagungen des NGO-Netzes, einmal in Form eines örtlichen Treffens in Tirana, auf das ein größeres, landesweites Treffen unter Beteiligung regionaler NGO-Vertreter folgte. Auf letzterem wurde eine

schwerpunktmäßig gegliederte Übersicht zu Fragen, Problemen und Lösungsempfehlungen zusammengestellt und der albanischen Regierung sowie der vom Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Dr. Vranitzky, eingesetzten Arbeitsgruppe zugeleitet. In Usbekistan begann die NGO-Abteilung in Zusammenarbeit mit dem nationalen Menschenrechtszentrum und dem OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien mit der Durchführung einer Reihe von Zusammenkünften zwischen NGOs und Regierungsbeamten, was ein absolutes Novum darstellt. Jedes dieser Treffen ist konkreten aktuellen Fragen der Menschenrechte gewidmet. Gleichzeitig hat die Abteilung mit der Umstrukturierung der NGO-Datenbank begonnen, um ihre Nutzung durch BDIMR-Abteilungen, die NGOs und die Teilnehmerstaaten zu erleichtern, sowie mit der Verstärkung ihrer Vorfeldaktivitäten und der Erleichterung der Einbindung der NGOs in die tagtägliche Arbeit der OSZE-Institutionen.

Die Aktivitäten des BDIMR im Migrationsbereich konzentrierten sich auf *Maßnahmen im Gefolge der GUS-Migrationskonferenz*. Ihr Hauptziel ist es, die kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten der OSZE bei der Einhaltung ihrer OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen zu unterstützen, die unmittelbar mit der Vertriebenenproblematik in Zusammenhang stehen. Es wurde ein Projekt entwickelt, anhand dessen in den GUS-Staaten der Übergang vom System der Meldepflicht in Form einer Paßeintragung (*propiska*) zu einem Wohnsitz-Meldesystem geprüft werden soll, das den OSZE-Verpflichtungen und den internationalen Standards der Freizügigkeit entspricht. Ferner arbeitete das BDIMR in Migrationsfragen eng mit den OSZE-Langzeitmissionen zusammen. In Georgien etwa bemüht sich das BDIMR gemeinsam mit der OSZE-Mission, der georgischen Regierung und einschlägigen internationalen Organisationen um die Lösung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Rückkehr von im Gefolge des georgisch-südossetischen Konflikts Vertriebenen. Für 1998 plant das BDIMR, durch eine Schulung der zuständigen Beamten und durch Projekte zur Hebung der Toleranz in den Rückkehrgebieten Hilfestellung bei der Rückkehr Vertriebener zu leisten.

Abgesehen von der verstärkten Zusammenarbeit mit den OSZE-Missionen arbeitet das BDIMR auch enger mit interessierten Teilnehmerstaaten und anderen OSZE-Institutionen zusammen. So wurden etwa die Kontakte mit internationalen Organisationen ausgeweitet, um Ressourcen gemeinsam zu nutzen und gegenseitig verstärkende Programme zu entwickeln. Derzeit sind gemeinsame Projekte in Albanien, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und in den Zentralasiatischen Ländern im Gange.

4.5 *Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension*

Nach wie vor befaßt sich das BDIMR mit der Sammlung und Verbreitung von Fakten, Zahlen und Stellungnahmen zum Stand der Durchführung im Bereich der menschlichen Dimension. Es nimmt wie bisher seine Frühwarnfunktion wahr, indem es den Amtierenden Vorsitzenden über Fälle informiert, in denen der Verdacht besteht, daß Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension nicht umgesetzt werden. Das BDIMR ist bereit, als beratendes Organ des Ständigen Rates und des Amtierenden Vorsitzenden stärker in Erscheinung zu treten, wenn dies gewünscht wird. Es dient auch weiterhin als Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti.

In Ausübung seines Auftrags, an der Überprüfung der Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension mitzuwirken, stellte das BDIMR dem Implementierungstreffen der OSZE zu Fragen der menschlichen Dimension Material und organisatorische Unterstützung zur Verfügung. Dieses Treffen, das im November in Warschau stattfand, gab den Teilnehmerstaaten, NGOs und internationalen Organisationen Gelegenheit zu einer eingehenden Überprüfung der Umsetzung aller OSZE-Verpflichtungen in diesem Bereich. Es wurden Vorschläge zur Verbesserung des künftigen Überprüfungsprozesses gemacht. Nun liegt es beim Amtierenden Vorsitzenden und den Teilnehmerstaaten, eine Formel zu finden, die eine wirksamere und zielgerichtetere Überprüfung der Durchführung ermöglicht.

4.6 Zusammenfassung

Die größte Herausforderung an das BDIMR wird in den kommenden Jahren darin bestehen, wie es seine Aufgaben im Bereich der Wahlhilfe und der Förderung der menschlichen Dimension in praktische Aktivitäten umsetzt. Dazu wird eine stärker projektorientierte Vorgehensweise nötig sein, die eine neue Einstellung sowohl seitens des BDIMR und seiner Mitarbeiter als auch seitens der gesamten OSZE-Gemeinde erforderlich macht. Das Ziel ist es, aus dem BDIMR ein flexibles Instrument der menschlichen Dimension zu machen, das der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten ständig zur Verfügung steht und damit dazu beiträgt, die menschliche Dimension der OSZE in all ihren Aspekten zu festigen und zu stärken.

Das BDIMR hat mit einer Kombination struktureller, administrativer und inhaltlicher Änderungen im letzten Jahr begonnen, sich relativ rasch in ein flexibles, integriertes und voll einsatzfähiges Instrument der OSZE umzuwandeln. Es ist nun gut dafür gerüstet, die Teilnehmerstaaten bei der Konsolidierung und Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der menschlichen Dimension noch besser zu unterstützen.

5. Sicherheitskooperation

5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung

Das siebte Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD 97) des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) fand vom 3. bis 5. März 1997 in Wien statt. Die Teilnahme zahlreicher Experten aus den Hauptstädten sowie die Erörterung von Vorschlägen zur Verbesserung des bestehenden Wiener Dokuments 1994 und anderer FSK-Vereinbarungen waren ein Beweis dafür, wie wichtig dieses Treffen für die Beurteilung der Durchführung und die Erörterung der Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ist.

Bis 19. November 1997 wurden folgende Beschlüsse zur Verbesserung/ Weiterentwicklung bestehender VSBM gefaßt:

- Es wurde vereinbart, Evaluierungsbesuche durch multinationale Evaluierungsteams durchzuführen zu lassen.
- Die Bestimmungen betreffend höhere Gewalt als Verhinderungsgrund bei der Erfüllung von Verpflichtungen wurden näher definiert.

Es wurde ein einheitliches Format für Null-Berichte erstellt.

5.2 Verhaltenskodex

Die erste Folgekonferenz zum Verhaltenskodex der OSZE über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit fand vom 22. bis 24. September 1997 in Wien statt. Die Teilnahme hochrangiger Persönlichkeiten aus den Hauptstädten ist ein Beweis für die Bedeutung des Dokuments selbst und des ersten Treffens zur Überprüfung des Verhaltenskodex. Die Konferenz verdankte ihren Erfolg einem ausgesprochen intensiven Informationsaustausch über die Fortschritte bei der Umsetzung sowie zahlreichen Vorschlägen, wie die Durchführung und die Weiterentwicklung des Dokuments verbessert werden können. Sämtliche Anregungen werden vom FSK aufgegriffen werden. Es finden bereits erste Diskussionen darüber statt, einen Fragebogen zum Kodex als Grundlage für einen regelmäßigen Informationsaustausch heranzuziehen, und man erwartet in naher Zukunft den Beschluß über zukünftige Treffen zur Beurteilung und über eine ständige Kontaktstelle.

Die Delegationen schlugen vor, daß das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) die Durchführung des Kodex durch die Veranstaltung und Durchführung zusätzlicher Schulungsseminare für Ausbildner unterstützen sollte. Auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten hielt das KVZ im September 1997 zwei Seminare (Chisinau in Moldau und Kiew in der Ukraine) zur Durchführung des Verhaltenskodex ab.

5.3 Weltweiter Austausch militärischer Information

Nach einem Workshop über automatisierten Datenaustausch zwischen einer wachsenden Zahl von Teilnehmern wurde am 30. April 1997 der weltweite Austausch militärischer Information erfolgreich durchgeführt.

5.4 *Sonstige Aktivitäten*

Das FSK führte unter anderem folgende weitere Aktivitäten durch:

Im Hinblick auf die Konferenz von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen beschloß das FSK einen Fragebogen, der als Grundlage für einen jährlichen Informationsaustausch zu diesem Thema herangezogen werden soll.

Es hat beschlossen, vom 26. bis 28. Januar 1998 in Wien ein drittes Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen abzuhalten.

Die erste Überprüfung des Wiener Dokuments 1994 ist abgeschlossen. Der Bericht des Vorsitzenden des FSK über die Überprüfung wird dem Ministerrat in Kopenhagen zugeleitet.

Die Arbeitsgruppe A widmete eine Sitzung pro Monat ausschließlich der Erörterung von Durchführungsfragen (basierend auf schriftlichen und mündlichen Berichten des KVZ).

Bisher haben Teilnehmerstaaten mit folgenden praktischen Maßnahmen einen Beitrag zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung geleistet:

- 3 Besuche von Militärflugplätzen
- 68 Überprüfungsbesuche
- 32 Inspektionen
- 2 Vorführungen neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät
- 3 Besuche bei militärischen Einrichtungen

6. *Sonstige Aktivitäten*

6.1 *Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten*

Die OSZE setzte ihre Unterstützung für die kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten (RAPS) mittels Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten der OSZE-Institutionen fort, insbesondere in den Bereichen Demokratieaufbau und Rechtsstaatlichkeit. Wie schon in der Vergangenheit erwies sich der Freiwillige Fonds zur Förderung der Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten erneut als wirksames Instrument der OSZE. Durch Beiträge einiger Teilnehmerstaaten wurde mehreren RAPS-Vertretern die Teilnahme an OSZE/BDIMR-Seminaren und sonstigen Aktivitäten ermöglicht. Besonderes Augenmerk galt den zentralasiatischen Staaten. Die OSZE intensivierte merklich ihre Bemühungen, diese Länder beim Übergang zu Demokratie und Marktreformen zu unterstützen, indem sie ihnen bei der Entwicklung demokratischer Strukturen, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zur Seite stand, um in der Region die Stabilität aufrechtzuerhalten und Konflikte zu verhindern. Um zu ermitteln, wie diese Ziele am besten verwirklicht werden können, besuchten einige der ranghöchsten OSZE-Beamten, darunter der Amtierende Vorsitzende, der Generalsekretär und der Direktor des BDIMR, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan, wo sie mit den Staatspräsidenten und anderen Regierungsvertretern zusammentrafen.

Die wichtigste Botschaft, die die OSZE-Beamten ihren Gesprächspartnern vermittelten, lautete, daß Zentralasien fester Bestandteil der OSZE-Gemeinde ist, und daß der Beitrag dieser Länder große Anerkennung findet. Sie unterstrichen die Bereitschaft der OSZE, den zentralasiatischen Staaten bei der Entwicklung ihrer demokratischen Institutionen und der menschlichen Dimension sowie bei der Festigung ihrer Stabilität im allgemeinen zu helfen. Die OSZE bot außerdem an, der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Mitgliedstaaten einen Anstoß zu geben, da es sich dabei um ein wichtiges Element der Bemühungen zur Stärkung der regionalen Sicherheit handelt. Für die zentralasiatischen Staaten ihrerseits stellt die OSZE einen Vermittler von unschätzbarem Wert dar, über den sie ihren festen Platz in einem weitergefaßten Sicherheitsgefüge finden, und ein Forum, in dem sie ihre Sicherheitsanliegen einschließlich der militärischen sowie wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekte einbringen können. Die OSZE ist zwar keine Wirtschaftsorganisation, bekräftigte aber erneut ihre Bereitschaft, die internationalen Finanzinstitutionen auf die Probleme Zentralasiens aufmerksam zu machen.

Die OSZE-Aktivitäten in Zentralasien verlagern sich derzeit in Richtung praxisorientierter Projekte. Im Mai wurde in Taschkent unter der Schirmherrschaft des BDIMR ein Kurs über die philosophischen und rechtlichen Grundlagen des Menschenrechtskonzepts veranstaltet. Der Teilnehmerkreis dieses

Kurses, der erste seiner Art, der von einer internationalen Organisation in Usbekistan organisiert wurde, bestand unter anderem aus Personen, die von mit der Umsetzung der Menschenrechte befaßten Ministerien und Regierungsstellen entsandt wurden, Menschenrechts-NGOs und Wissenschaftlern aus dem Bereich der Menschenrechte. Andere zentralasiatische Staaten haben von offizieller Seite um Abhaltung dieses Kurses auch in ihren Ländern ersucht.

Die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen der Regierung Usbekistans und dem BDIMR im Oktober über die Durchführung einer Reihe von Projekten in den Bereichen der Demokratisierung und Menschenrechte in Usbekistan ist ein weiteres Beispiel für dieses praxisorientierte Vorgehen. Ähnliche Projekte zu konkreten Fragen sind auch für die anderen zentralasiatischen Staaten geplant.

Das OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien (CAO) spielte weiterhin eine wichtige Rolle bei der stärkeren Einbindung der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten in die OSZE. Es half bei der Organisation der Besuche von OSZE-Delegationen in der Region sowie bei der Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Runden Tischen. Es förderte den Informationsaustausch zwischen OSZE-Institutionen und den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und sorgte für Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten zu örtlichen Universitäten, Forschungsinstitutionen und NGOs. Das CAO förderte darüber hinaus die Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region im Rahmen der OSZE.

Im Anschluß an Erörterungen mit zentralasiatischen Amtsträgern im Verlauf der hochrangigen OSZE-Besuche im Jahr 1997 wurde ein Konzept für die zukünftigen Aktivitäten des Verbindungsbüros erarbeitet. Darin ist vorgesehen, daß in Zukunft thematisch enger gefaßte Projekte wie Schulungskurse und Workshops durchgeführt werden, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen zur menschlichen und wirtschaftlichen Dimension befassen.

6.2 Die wirtschaftliche Dimension

Das *Gipfeltreffen von Lissabon* forderte fortwährende Bemühungen um die Durchführung der OSZE-Verpflichtungen in der wirtschaftlichen Dimension und eine angemessene Entwicklung der OSZE-Aktivitäten mit Bezug zu sicherheitsrelevanten, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen. Es beauftragte den Ständigen Rat "die Rolle des OSZE-Sekretariats in Fragen der wirtschaftlichen Dimension einer Prüfung zu unterziehen und ein Mandat für einen Koordinator innerhalb des OSZE-Sekretariats für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE auszuarbeiten, das spätestens auf dem Treffen des Ministerrats 1997 vorzulegen ist". Während des Überprüfungsprozesses versorgte die Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten die Teilnehmerstaaten mit Informationen und Unterlagen über ihre Tätigkeit im wirt-

schaftlichen Bereich. Das Mandat des Koordinators wurde vom Ständigen Rat mit Beschluß Nr. 194 vom 5. November 1997 verabschiedet.

Das *Fünfte Treffen des Wirtschaftsforums* fand vom 11. bis 13. Juni in Prag statt. Es stand unter dem Motto "Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit". Die Diskussion konzentrierte sich auf zwei wesentliche Aspekte der Rechtsstaatlichkeit in Wirtschaftsangelegenheiten, nämlich den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung und ihre Auswirkung für Sicherheit und Stabilität. Neben Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten umfaßte der Teilnehmerkreis Vertreter der Kooperationspartner, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum, von NGOs und aus wissenschaftlichen Kreisen. Im Rahmen des Forums lud der Amtierende Vorsitzende die Delegationsleiter internationaler Organisationen zu einem Arbeitessen, bei dem der Generalsekretär eine Rede hielt. Auf dem Forum wurde ferner die Liste der Seminare für 1997/98 und der Termin für das Sechste Treffen festgelegt, das demnach vom 3. bis 5. Juni 1998 stattfinden wird.

In Taschkent fand vom 30. Oktober bis 1. November 1996 ein Seminar zum Thema "*Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung im Gebiet des Aralsees*" statt. Das Seminar war als Folgeveranstaltung zum Vorjahrsseminar "Wiederherstellung der Umwelt" in Taschkent/Urgench gedacht und zur Förderung des wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmens für eine umweltverträgliche Entwicklung des Aralsees und zur Mobilisierung diesbezüglicher internationaler Aktivitäten bestimmt.

In Almaty, Kasachstan, fand vom 22. bis 24. Oktober 1997 ein Seminar zum Thema "*Stabile und transparente wirtschaftliche Rechtsvorschriften für den wirtschaftlichen und sozialen Übergang*" statt. Das Seminar konzentrierte sich auf die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Volkswirtschaften der Reformländer notwendig sind, und befaßte sich in einzelnen Sitzungen mit der Rolle der Gesetze für Wirtschaftsbeziehungen, den Gesetzen, die diese Volkswirtschaften in konkreten Bereichen brauchen, und dem zu schaffenden institutionellen Gefüge.

6.3 *Medien und Öffentlichkeitsarbeit*

6.3.1 *Medien*

1997 war die OSZE in den internationalen Medien sehr präsent. Die OSZE-Sprecherin unterhielt nicht nur regelmäßige Kontakte mit den Medien, sondern baute auch ihre Aktivitäten in diesem Bereich aus.

Der Bericht von Herrn Felipe González, dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) erhielt im Januar und Februar in den Medienberichten große Aufmerksamkeit.

Im Zusammenhang mit der Krise in Albanien und der Arbeit des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden, Dr. Franz Vranitzky, schien die OSZE von März bis Juli ständig in den Medien auf.

Großes Medienecho fanden auch die Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina im September und die Parlamentswahlen in der Republika Srpska im November, die beide von der OSZE überwacht wurden. Die Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in Serbien und Montenegro durch die OSZE erntete ebenfalls großes Interesse.

In enger Zusammenarbeit mit dem dänischen Vorsitz sorgte die OSZE-Sprecherin dafür, daß die Aktivitäten der Organisation weiterhin in den Medien und der Öffentlichkeit ihren Niederschlag finden.

In den meisten Fällen berichteten die Medien positiv über OSZE-Operationen, insbesondere über die Arbeit der OSZE in Albanien.

6.3.2 Öffentlichkeitsarbeit

Die Organisation legte größeren Nachdruck auf ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die Auflage des monatlichen *OSCE Newsletter* schnellte von 1.500 auf 5.500 Exemplare empor. Die erhöhte Auflage ging Hand in Hand mit einer verbesserten Qualität. Der *Newsletter* enthält nun auch Bilder. Das Format wurde vereinheitlicht, und die Zahl der Artikel nahm zu. Als Ausgleich für die Einstellung des BDIMR-Bulletin erhielt das BDIMR mehr Platz im *Newsletter*.

Auf Ersuchen einiger Teilnehmerstaaten prüfte das Sekretariat die Möglichkeit und die finanziellen Auswirkungen einer Veröffentlichung des *OSCE Newsletter* in allen sechs offiziellen OSZE-Sprachen. Ein Vorschlag wurde in den konsolidierten Haushaltsentwurf 1998 aufgenommen.

Die OSZE-Website, die im Laufe der letzten Jahre mehr als 20.000mal besucht wurde - ein Zeichen für das große Interesse an den Aktivitäten der Organisation - wurde durch neue Features, etwa eine interaktive Landkarte und einen Abschnitt über "die OSZE im Netz miteinander verflochtener Institutionen", ergänzt. Die spürbare Zunahme von Anfragen und Besuchen von Studenten und Interessensgruppen bei der OSZE bestätigen ebenfalls diese Entwicklung.

Es wurde ein System von Referenzbibliotheken eingerichtet, in dessen letzter Ausbaustufe in mindestens einer Bibliothek in jedem OSZE-Teilnehmerstaat eine umfangreiche Sammlung an maßgeblichen KSZE/OSZE-Konferenzdokumenten und Informationsmaterial zu finden sein wird.

1997 verlagerte sich der Schwerpunkt des Prager Büros von den Konferenzdiensten zur Öffentlichkeitsarbeit. Das Prager Büro befaßt sich mit zahlreichen Projekten, einschließlich der technischen Betreuung der OSZE-Website, der meisten Versandlisten, der Erstellung einer CD-ROM und der Aktualisierung der Kontakt-Datenbank.

Eine Serie von "Informationsblättern" wurde herausgebracht. Das erste dieser Blätter befaßt sich mit Anhang 1-B Artikel IV des Allgemeinen Rahmen-

übereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina und der subregionalen Rüstungskontrolle. Weitere Veröffentlichungen werden 1998 folgen. Die Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten begann mit der Aktualisierung des OSZE-Handbuchs und wird im Frühjahr 1998 eine neue Fassung herausbringen.

Es wurden Maßnahmen getroffen, um die Verbindung und den Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen zu verbessern.

6.3.3 *OSZE On-line*

1997 suchte das Sekretariat nach neuen Wegen, um den Zugang der Teilnehmerstaaten zu Informationen und den Informationsfluß zwischen der OSZE und anderen internationalen Institutionen und Organisationen zu verbessern. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung eines On-line-Dienstes unter der Bezeichnung "*OSCE Online*" der neben einem für die Teilnehmerstaaten bestimmten Kernbereich an Daten jeweils ein Kapitel über die menschliche Dimension, die wirtschaftliche Dimension und eine Übersicht über alle Operationen enthält, die über die Mandate und Einsätze der OSZE und der Institutionen und Organisationen Auskunft geben soll, mit denen die Organisation operativ zusammenarbeitet.

III. Die Parlamentarische Versammlung

Die in der Charta von Paris als eine OSZE-Institution der ersten Stunde eingerichtete Parlamentarische Versammlung (PA) hat ihre Rolle innerhalb der Organisation weiter ausgebaut und erweitert. Das internationale Sekretariat der OSZE PA mit Sitz in Kopenhagen arbeitet eng mit dem Generalsekretär der OSZE und den anderen OSZE-Institutionen zusammen. Der Präsident der PA nimmt regelmäßig an den Treffen der Troika teil und gibt die Erklärungen der Versammlung auf OSZE-Gipfeltreffen und -Ministertreffen ab. Mehr als 300 OSZE-Parlamentarier kamen im Juli in Warschau zu ihrer Jahrestagung zusammen, um OSZE-Fragen und -Aktivitäten zu diskutieren. Die parlamentarische Dimension der OSZE hat in großem Maße dazu beigetragen, daß die Organisation von den nationalen Parlamenten, politischen Kreisen und den Regierungen der Teilnehmerstaaten mehr Unterstützung erhält.

1. Jahrestagung

Traditionsgemäß hielten der Amtierende Vorsitzende der OSZE sowie der OSZE-Generalsekretär und die Leiter verschiedener OSZE-Institutionen und OSZE-Missionen auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Warschau eine Ansprache. Zentrales Thema der Tagung war eine Über-

prüfung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen durch die Unterzeichnerstaaten der OSZE. Die Versammlung verabschiedete eine Erklärung, in der sie zur Durchführung in den Bereichen politische und Sicherheitsangelegenheiten, wirtschaftliche und ökologische Fragen und der menschlichen Dimension Stellung nahm.

2. Jährliche Informationstagung in Wien

Der Ständige Ausschuß der Delegationsleiter der OSZE PA tagte im Januar in Wien, wo er vom Amtierenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär und von Leitern der OSZE-Institutionen informiert wurde. Diese jährlichen Informationstagungen sorgen dafür, daß die Versammlung und ihre Führung zeitgerecht über die OSZE-Aktivitäten informiert werden und daß ein regelmäßiger Dialog zwischen der Regierungs- und der parlamentarischen Seite der OSZE stattfindet.

Unmittelbar vor der Tagung des Ständigen Ausschusses organisierte die Parlamentarische Versammlung in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament ein dreitägiges Seminar für mehr als 40 Parlamentarier aus Zentralasien und dem Transkaukasus. Kernstück des Seminars waren Vorträge von Experten sowie Erörterungen zum Thema parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Seminarteilnehmer nahmen auch an der jährlichen Informationstagung und der Tagung des Ständigen Ausschusses teil.

3. Wahlbeobachtung

Die Parlamentarische Versammlung leistete auch in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Wahlüberwachung. Die Versammlung entsandte umfangreiche Parlamentarierabordnungen zur Überwachung der Wahlen in Kroatien, Bulgarien, Albanien, Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Parlamentarier als gewählte Mandatäre verleihen der OSZE bei ihren Wahlprojekten hinsichtlich Wirkung und Glaubwürdigkeit größeres Gewicht und stellen darüber hinaus ihre Führungsqualitäten in den Dienst von OSZE-Teams für Kurzzeitbeobachtung. Anlässlich des Troika-Treffens im September in Kopenhagen unterzeichneten der Amtierende Vorsitzende und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung ein Kooperationsabkommen zwischen der Versammlung und dem BDIMR, durch das die kooperativen und einander ergänzenden Arbeitsbeziehungen zwischen diesen beiden wichtigen OSZE-Institutionen weiter ausgebaut werden sollen.

4. Besuche und Missionen des Präsidenten

Der Präsident und andere Mandatäre der Parlamentarischen Versammlung unternahmen in Unterstützung der laufenden Arbeit der Organisation ver-

mehrt offizielle Besuche und Missionen im OSZE-Gebiet, insbesondere dort, wo Langzeitmissionen im Einsatz sind. 1997 besuchte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung unter anderem die OSZE-Missionen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Usbekistan, und stand darüber hinaus an der Spitze einer hochrangigen OSZE-Parlamentarierdelegation in die Türkei, um insbesondere die Menschenrechtslage in diesem Land zur Sprache zu bringen. Der Präsident stattete ferner den Parlamenten Polens und der Russischen Föderation offizielle Besuche ab, während einer der Vizepräsidenten der Versammlung einem gemeinsamen Ersuchen des Parlaments und des Präsidenten Georgiens nachkam und eine Mission nach Georgien und Abchasien unternahm, um in seiner Eigenschaft als Sonderberichterstatter über die dortige Lage zu berichten.

5. Seminare, Konferenzen und Treffen

Mitglieder und Vertreter der Versammlung nahmen an Tagungen teil, die von anderen OSZE-Institutionen organisiert wurden, darunter dem Wirtschaftsforum in Prag, dem vom BDIMR in Warschau veranstalteten Seminar über Wahlüberwachung und dem Überprüfungstreffen zur menschlichen Dimension. Darüber hinaus baute die Parlamentarische Versammlung ihre eigenen Aktivitäten beträchtlich aus und organisierte im September in Taschkent ein Seminar über Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte sowie im Oktober in Monaco eine Konferenz über subregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Über 50 Parlamentarier aus Zentralasien und dem Transkaukasus und ebenso viele Parlamentarier aus anderen OSZE-Staaten nahmen an dem in Verbindung mit einer Sitzung des erweiterten Präsidiums der OSZE PA organisierten Seminar in Taschkent teil. Es wurde beschlossen, nächstes Jahr eine Tagung dieser Art in Tiflis abzuhalten. Die Konferenz in Monaco war eine gemeinsame Veranstaltung mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und wurde von über 200 Parlamentariern und offiziellen Vertretern aus dem gesamten OSZE-Gebiet besucht. Der Generalsekretär der OSZE und ein hochrangiger Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden sowie führende Vertreter verschiedener regionaler Wirtschaftsorganisationen richteten das Wort an die Konferenz.

6. Sonstige Aktivitäten

Die Parlamentarische Versammlung verlieh zum zweiten Mal den jährlich zu vergebenden Preis für Journalismus und Demokratie, diesmal an die Organisation *Reporters sans frontières* mit Sitz in Frankreich, die die Arbeit von Journalisten unterstützt, die sich um die internationale Berichterstattung in Gebieten bemühen, in denen die Pressefreiheit eingeschränkt oder stark beschnitten ist.

Das vom internationalen Sekretariat der OSZE PA in Kopenhagen unterhaltene Stipendienprogramm wurde erweitert; nun stehen Forschungsstipendien für über 15 Bewerber aus verschiedenen OSZE-Ländern zur Verfügung. Für die Informationsunterlagen der Kurzzeit-Wahlbeobachter der OSZE zeichnen in erster Linie die Stipendiaten der OSZE PA verantwortlich. Die Dauer der Stipendien beträgt sechs Monate und kann bis zu einem Jahr verlängert werden.

IV. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen

Die OSZE baute ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen beträchtlich aus. In zahlreichen Zusammenkünften mit ranghohen offiziellen Vertretern und Experten in den Zentralen oder vor Ort wurden Möglichkeiten für eine verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf der Grundlage der jeweiligen Stärken ermittelt, mit dem Ziel, Doppelgleisigkeit und Mittelvergeudung zu verhindern und Synergien und Wertschöpfung zu erzielen.

Die Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und den *Vereinten Nationen* wurden durch vermehrte Kontakte auf hoher Ebene und eine bessere Koordinierung und engere Zusammenarbeit vor Ort weiter verstärkt.

Am 12. Dezember 1996 ergriff der Generalsekretär auf der 51. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen während der üblichen Debatte zur Resolution über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE das Wort. Er unterrichtete die Generalversammlung über die verschiedenen OSZE-Aktivitäten und führte Gespräche mit dem Generalsekretär und anderen hochrangigen UNO-Beamten über die Interaktion zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE in verschiedenen Bereichen.

Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen sowie anderen internationalen Organisationen erhielt zusätzliche Impulse vom jährlichen trilateralen Treffen auf hoher Ebene, das dieses Jahr am 24. Januar in Genf unter Beteiligung von Vertretern von UNO-Institutionen, des Europarats, der OSZE sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) abgehalten wurde. Die Teilnehmer prüften Möglichkeiten zur Erzielung von operativen Synergien in ihren Tätigkeitsbereichen, etwa durch die elektronische Weitergabe von Informationen, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien, im Kaukasus und in Zentralasien. Diskutiert wurden ferner Anschlußaktivitäten an die im Mai 1996 in Genf abgehaltene Internationale Konferenz über Flüchtlinge und Vertriebene in der GUS.

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen vor Ort hat sich erheblich verstärkt. Die Kontakte zwischen den OSZE-Missionen und den Vertretern der Vereinten Nationen in Ländern wie Georgien, Moldau oder Tadschikistan nahmen zu. In manchen Gebieten führte dies zu

einer de-facto-Arbeitsteilung, bei Wahrung der autonomen Entscheidungsfindung und der Eigenart jeder Organisation. Die Zuteilung eines Mitglieds der OSZE-Mission zum UNO-Menschenrechtsbüro in Suchumi, Abchasien, Georgien, der eng mit dem Direktor dieses Büros und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Georgien zusammenarbeitet, trug auf innovative und wirksame Weise zur Festigung der Zusammenarbeit vor Ort bei.

Die engeren Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen zeigten sich auf der 52. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, auf der wie üblich der Generalsekretär der OSZE das Wort ergriff. Die von der Generalversammlung am 25. November 1997 verabschiedete Resolution über "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" betont den Beitrag der OSZE zur Sicherheit in Europa, begrüßt die verbesserte Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beiden Organisationen und die Fortschritte in der gemeinsamen Arbeit vor Ort und ersucht den Generalsekretär der Vereinten Nationen, mit dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Generalsekretär der OSZE nach Möglichkeiten zu suchen, um diese Interaktion weiter zu stärken.

Die OSZE verstärkte ihre engen Arbeitsbeziehungen mit dem *Europarat* auch durch verschiedene Zusammenkünfte am Sitz und auf Expertenebene.

Abgesehen von dem genannten trilateralen Treffen auf hoher Ebene fand am 4. Februar in Oslo ein "2+2-Treffen" zwischen den Amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretären der OSZE und des Europarats statt. Das Treffen erhob den Stand der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen, untersuchte Möglichkeiten zur Verbesserung des Informationsaustauschs, prüfte die Lage in Bosnien und Herzegowina, insbesondere in bezug auf die zukünftigen Pläne der beiden Organisationen, und erörterte Projekte im Zusammenhang mit der Freiheit der Medien.

Am 10. März kam es zu einem OSZE/Europarat-Treffen in Straßburg zwischen Experten aus verschiedenen Ländern und Mitgliedern der Ständigen Delegationen aus Straßburg und Wien, die einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Mechanismen, über die die beiden Organisationen zur Überwachung der Durchführung von Verpflichtungen verfügen, abhielten.

Die umfangreichen Kooperations- und Konsultationsmechanismen zwischen OSZE und Europarat lassen sich unter anderem an den Besuchen des Generalsekretärs des Europarats bei der OSZE am 13. Februar und 23. Oktober ablesen. In seiner Rede im Ständigen Rat informierte er über das zweite Gipfeltreffen des Europarats, den Stand der Beitrittsverfahren einiger Länder zum Europarat und die verschiedenen Programme des Europarats in Regionen, in denen auch die OSZE aktiv ist, etwa Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und der Kaukasus. Er wies vor allem auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten, pragmatischen, aktionsorientierten und

gegenseitig verstärkenden Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE auf der Grundlage von Unabhängigkeit und gegenseitiger Ergänzung hin und sprach sich besonders nachdrücklich dafür aus, die jeweiligen Stärken beider Organisationen im Interesse einer besseren Konfliktverhütung gemeinsam zu nutzen.

Im Rahmen der regelmäßigen trilateralen Treffen auf hoher Ebene zwischen Europarat, OSZE und Vereinten Nationen fand am 4. November in Wien unter dem Vorsitz der OSZE ein zielorientiertes Treffen zum Thema Kaukasus statt, an dem Vertreter des Europarats und verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen sowie offizielle Vertreter des IKRK, der IOM und der Europäischen Kommission teilnahmen. Der informelle und pragmatische Rahmen bot den Teilnehmern die Möglichkeit, sich über die Aktivitäten der anderen in der Region zu informieren und die Aussichten auf eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort abzuschätzen.

Die Kooperation und Koordination zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen wurde durch zwei Treffen erheblich verstärkt, die die OSZE anlässlich des *Besuchs des Generalsekretärs* im April in Georgien und im Juli in Usbekistan organisierte. Diese Treffen vor Ort waren insofern von großem Nutzen, als sie - in manchen Fällen zum ersten Mal - die in den beiden Ländern tätigen internationalen Organisationen und NGOs zusammenführten und ihnen Gelegenheit gaben, einander kennenzulernen und Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Es gelang, Tätigkeitsbereiche, in denen es Überschneidungen gab, sowie Lösungen ausfindig zu machen, um Doppelgleisigkeit durch Ergänzung zu ersetzen.

Auf dem Treffen der Missionsleiter im Juni in Wien, zu dem die OSZE internationale Organisationen eingeladen hatte, die in Ländern tätig sind, in denen sich OSZE-Missionen befinden, wurde auch der Umfang der weiteren Zusammenarbeit vor Ort fixiert.

Da der Informationsaustausch eine wesentliche Voraussetzung für die Koordination ist, fanden am 23. Januar und 3. Oktober zwei Treffen von EDV-Experten der wichtigsten, im OSZE-Gebiet tätigen internationalen Organisationen statt. Diese Treffen verfolgten das Ziel, konkrete Vorschläge zur Erleichterung des Informationsflusses durch den Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel auszuarbeiten und dem trilateralen Treffen auf hoher Ebene zu unterbreiten.

Am 29. und 30. September fand in Portoroz, Slowenien, ein Seminar über "Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und Institutionen: Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina" statt. Dieses Seminar war auf Anregung der Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten vom OSZE-Sekretariat organisiert worden und gab der internationalen Gemeinschaft Gelegenheit, ihre Erkenntnisse bezüglich der verschiedenen Verpflichtungen in Bosnien und Herzegowina in Bezug auf Sicherheit, wirtschaftliche Angelegenheiten, Menschenrechte und andere Bereiche zu vergleichen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. An dem Seminar nahmen hochrangige Vertreter aus

30 Teilnehmerstaaten teil, darunter hochrangige Vertreter der Präsidentschaft Bosniens und Herzegowinas, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Ergänzt wurde der Teilnehmerkreis durch Vertreter Japans, Koreas, Ägyptens, Israels und einer großen Anzahl in Bosnien und Herzegowina engagierter internationaler Organisationen und Institutionen.

V. Beziehungen zu den Kooperationspartnern

Die OSZE setzte ihre Arbeit mit ihren Kooperationspartnern Japan und Republik Korea sowie ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, Ägypten, Algerien, Israel, Marokko und Tunesien fort.

Japan und die Republik Korea leisteten einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina. Japan entsandte darüber hinaus Überwacher für diese Wahlen und Personal für die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.

Auf dem Gipfeltreffen von Lissabon im Dezember 1996 fand ein Ministertreffen der OSZE-Troika mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum statt, um den Zustand der Zusammenarbeit zwischen ihnen zu beurteilen, das Sicherheitsmodell zu erörtern und einen Meinungsaustausch zu anderen Fragen von gemeinsamem Interesse abzuhalten.

Vom 3. bis 5. September fand in Kairo, Ägypten, ein weiteres Mittelmeerseminar statt. Sein Thema lautete: "Das Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert: Auswirkungen auf den Mittelmeerraum". Neben Vertretern aus 33 OSZE-Teilnehmerstaaten wohnten dem Seminar Vertreter aus Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien bei. Zu den teilnehmenden internationalen Organisationen zählten die Arabische Liga und die Organisation für afrikanische Einheit.

Auf dem Seminar wurde das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit in der OSZE-Region und im Mittelmeerraum erneut unterstrichen. Viele Teilnehmer wiesen auf die Notwendigkeit hin, im zukünftigen OSZE-Sicherheitsmodell den Mittelmeerraum als wesentliche Komponente zu berücksichtigen. Es wurde festgestellt, daß die OSZE im Mittelmeerraum eine wichtige Rolle spielen könnte, insbesondere durch Hilfe bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen für die Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und durch ein Konzept für kooperative Strategien zur Auseinandersetzung mit gemeinsamen Anliegen, wie etwa dem Terrorismus.

Die regelmäßigen Tagungen der Mittelmeer-Kontaktgruppe in Wien stellten einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum dar. Auf diesen Tagungen informierten hochrangige OSZE-Vertreter über die Bestrebungen der OSZE in verschiedenen Bereichen, wie etwa Förderung vertrauensbildender Maßnahmen, Schutz nationaler Minderheiten,

Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Umsetzung von Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Streitbeilegung. Gemeinsam mit Vertretern der Kooperationspartner im Mittelmeerraum erörterten sie Möglichkeiten, wie sich die Erfahrung und Prinzipien der OSZE auf den Mittelmeerraum übertragen ließen.

VI. Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)

Die Organisation befaßt sich mit Mitteln und Wegen zur weiteren Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen.

Bei der Verbindung zu den NGOs kam neben dem Sekretariat auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) eine wichtige Rolle zu. Dessen NGO-Abteilung gab den Anstoß zu einer Reihe von Aktivitäten, die die Zusammenarbeit zwischen den NGOs stärken und deren Kontakte mit Regierungsstellen verbessern sollen. In Albanien war die NGO-Abteilung am Aufbau eines Netzwerks der örtlichen NGOs beteiligt, und in Usbekistan begann sie gemeinsam mit dem nationalen usbekischen Menschenrechtszentrum und dem OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien, eine Reihe von NGO-Treffen zu Menschenrechtsfragen zu veranstalten. Es sind dies die ersten Treffen dieser Art, die je in Usbekistan abgehalten wurden. Auch am alle zwei Jahre vom BDIMR veranstalteten Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension beteiligten sich NGO-Vertreter aktiv. Sie erhielten bei dem Treffen Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension.

Kontakte mit den NGOs sind nach wie vor ein wichtiger Teil der Aktivitäten des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, der bei seinen Missionen in OSZE-Staaten im Sinne vorbeugender Diplomatie besonders auf NGOs als mögliche Informationsquellen zurückgriff.

Die OSZE-Missionen pflegten den Kontakt zu den NGOs, die in den für ihr jeweiliges Mandat maßgeblichen Gebieten tätig sind. In vielen Fällen wurden konstruktive Arbeitsbeziehungen aufgebaut. Informationsaustausch und Koordinierungstätigkeit erwiesen sich als wirksame Instrumente, um in Gebieten gemeinsamen Interesses rasch zu Ergebnissen zu kommen.

Wie in der Vergangenheit angeregt, wurden einige NGOs zum jährlichen Schulungsseminar für Missionsmitglieder eingeladen, wo sie künftige und bereits im Einsatz befindliche Missionsmitglieder über ihre Arbeit in den verschiedenen Gastländern der OSZE-Missionen informierten.

Im Juni nahmen mehrere NGOs an der Tagung der Missionsleiter in Wien teil, auf der ein Überblick über ihre Aktivitäten vorgestellt und neue Kanäle zur Zusammenarbeit erkundet wurden. Auf der Tagung der Missionsleiter im November in Warschau äußerte das BDIMR die Anregung, bei jeder Mission

ein Mitglied zu bestellen, das für Aspekte der menschlichen Dimension und für Kontakte mit dem BDIMR und den NGOs zuständig ist.

VII. Verwaltung und Finanzen

1. Finanzen

1.1 Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan für 1997 wurde am 19. Dezember 1996 vom Ständigen Rat genehmigt (PC.DEC/150). Ursprünglich belief er sich auf insgesamt 309,5 Millionen ATS. Für die Aufgaben der OSZE in Bosnien und Herzegowina genehmigte der Ständige Rat kurz danach einen Haushalt in Höhe von 248,9 Millionen ATS (PC.DEC/152). Der Haushaltsplan 1997 wurde noch einmal erhöht, um zusätzliche Mittel für den Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt (1,3 Millionen ATS) und für die Wahlbeobachtungsaktivitäten des BDIMR (3,1 Millionen ATS) vorzusehen und Rückstellungen für das "Konzept für BDIMR-Aktivitäten" (2,4 Millionen ATS) vorzunehmen.

Der Ständige Rat genehmigte am 18. September für die Aktivitäten der OSZE in Albanien für den Zeitraum vom 22. April bis 31. Dezember einen Haushaltsplan in Höhe von 24,2 Millionen ATS und am 20. November einen revidierten Haushaltsplan für die OSZE-Mission in Kroatien in Höhe von 79,5 Millionen ATS.

Der Gesamthaushaltsplan für das Jahr 1997 beträgt nun (mit Stichtag 27. November) 656,4 Millionen ATS, was gegenüber 1996 eine Erhöhung um 120,5 Millionen ATS, das sind 22,49 Prozent, darstellt. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die verstärkten Aktivitäten des BDIMR, die Aufstockung der Mission in Kroatien und die neuen Aktivitäten in Albanien zurückzuführen.

1.2 Rechnungswesen

Der Abschluß 1996 wurde den externen Prüfern am 26. März 1997 vorgelegt. Ihr Bericht enthielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, der bescheinigt, daß

- der Jahresabschluß die finanzielle Lage der OSZE zum 31. Dezember 1996 und die Ergebnisse der bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Transaktionen korrekt ausweist,
- der Jahresabschluß nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Rechnungswesen erstellt wurde,
- die Buchungen im Einklang mit den genehmigten Finanzverfahren und gesetzlichen Bestimmungen erfolgten.

Der geprüfte Jahresabschluß 1996 wurde den Delegationen der Teilnehmerstaaten am 5. Juni 1997 vorgelegt und vom Ständigen Rat am 10. Juli 1997 angenommen (PC.DEC/180).

1.3 Cash Management

Aufgrund der Zunahme der aus freiwilligen Beiträgen finanzierten Aktivitäten nahm der Kapitalfluß der OSZE 1997 weiter zu. Im Durchschnitt lag der monatliche Barsaldo insgesamt 20 Prozent über den Zahlen des Vorjahrs. Zur Maximierung der Kapitalerträge wurden das ganze Jahr hindurch kurzfristige Bareinlagen vorgenommen, die am 21. November 1997 einen Stand von 8,2 Millionen ATS auswiesen.

Im Einklang mit dem PC-Beschluß Nr. 182 vom 17. Juli 1997 wurde ein Fonds für unvorhergesehene Ausgaben in Höhe von 30 Millionen ATS eingerichtet. Der Fonds soll es der OSZE ermöglichen, nach einem Beschluß des Ständigen Rates über eine neue OSZE-Aktivität umgehend tätig zu werden und den entsprechenden Finanzbedarf noch vor der Genehmigung des entsprechenden Zusatzhaushaltsplans bereitzustellen, wodurch die flüssigen Mittel der OSZE weiter gestärkt werden.

2. Personal

2.1 Personalstatut

Das Personalstatut wurde vom Ständigen Rat genehmigt und trat am 1. Januar 1997 in Kraft. Die entsprechenden Dienstvorschriften für das Personal wurden vom Generalsekretär herausgegeben.

2.2 Interne Verfahren

Bis zum Vorliegen eines Systems für die gesamte Personalverwaltung und -einstellung wurde ein vorläufiger Dienstplan für die Einstellung des Personals ausgearbeitet.

2.3 Einstellung von Personal

Da die im Sekretariat neugeschaffenen Dienstposten zur Unterstützung der Missionen in Kroatien beziehungsweise in Bosnien und Herzegowina besetzt werden mußten, verdoppelten sich die Einstellungsaktivitäten im Vergleich zu 1996. Darüber hinaus wurde für mehrere Schlüsselpositionen in den beiden genannten Missionen die Direktbesetzung (anstelle einer Dienstzuteilung) genehmigt. Den vierundzwanzig (24) Stellenausschreibungen im Jahr 1996 standen bis November 1997 dreiundvierzig (43) Stellenausschreibungen

gen für befristete Dienstposten gegenüber, daneben fiel ein erhebliches Arbeitsvolumen für die Einstellung von Kurzzeitpersonal an.

3. *Abteilung für Informationstechnologie*

3.1 *Sekretariat*

Neben der Unterstützung für die gesamte Software und Computerausrüstung (etwa 500 Großteile) und deren Beschaffung und zusätzlich zur Hilfestellung bei der laufenden Evaluierung und Erprobung neuer Technologien (z.B. WinNT und Office 97) wurden 1997 im Sekretariat die folgenden entscheidenden Verbesserungen an der Infrastruktur der Informationssysteme vorgenommen:

- die gesamte Netzverkabelung am Kärntner Ring wurde für das derzeitige Arbeitsvolumen und den mittelfristig erwarteten zusätzlichen Arbeitsanfall aufgerüstet;
- es wurde eine zentrale und sichere Einrichtung zur Unterbringung aller Server und der gesamten Netzausrüstung am Kärntner Ring installiert (die Klimatisierung soll 1998 folgen);
- Alle Netzbenutzer erhielten E-mail-Zugriff zum Internet (einige technische Probleme müssen noch gelöst werden);
- die Kapazität der Datenverbindung zwischen dem Kärntner Ring und den Räumlichkeiten in der Hofburg wurde verstärkt (und soll zu Beginn des Jahres 1998 fertiggestellt sein).

3.2 *Missionen*

Die IT-Abteilung lieferte auch 1997 allgemeine Betreuung und Hilfe für eine Reihe konkreter IT-relevanter Projekte.

- Sie war der Abteilung für Missionsunterstützung (MSS) bei der Festlegung des Umfangs, der Ausschreibung und Auswahl ihres BPR-Projekts (Business Process Re-engineering) behilflich.
- Sie lieferte allgemeine EDV-Beratung und -Betreuung (z.B. Maßnahmen zur Verhinderung von Computerviren) einschließlich der Hilfestellung bei der Beschaffung von EDV-Ausrüstung und Software.
- Sie rüstete alle Missionen mit Internet-Anschluß aus.
- Sie gab 580 Notebooks aus, die in der Folge zurückgeholt, aufgerüstet und erneut ausgegeben wurden (Ende 1997 zur Hälfte abgeschlossen).
- Sie beriet und half bei der laufenden Betreuung aller wichtigen Computerkomponenten.

3.3 *IT-Strategieplan*

Es wurde ein Modellkonzept für eine OSZE-weite Informationssystem-Strategie ausgearbeitet und an zahlreiche OSZE-Benutzer mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Nach der Bestellung eines neuen Leiters für die IT-Abteilung wird die Strategiearbeit ausgeweitet, und 1998 werden entsprechende Vorschläge vorgelegt werden.

3.4 Statistische Zusammenfassung für 1997

Das Jahr 1997 war gekennzeichnet durch eine rasche Zunahme beim Ankauf und der Indienstellung von Computerausrüstung und einem entsprechenden Servicebedarf.

- Die Anzahl der im Sekretariat und in der Abteilung für Konferenzdienste unterstützten PCs nahm um 27 Prozent zu (gegenüber einer Zunahme von 26 Prozent im Jahr 1996).
- Die Anzahl der in Betrieb befindlichen Server nahm um 71 Prozent zu (gegenüber einer Zunahme von 75 Prozent im Jahr 1996).
- Die auf den Servern gespeicherte Datenmenge stieg um mehr als 100 Prozent.
- Der Umfang der elektronischen Post via Internet stieg exponentiell von 120 auf mehr als 1000 Nachrichten pro Tag.
- Die Anzahl der in den Missionen eingesetzten PCs erhöhte sich auf mehr als das Doppelte und beträgt nun etwa 1.200.

4. Rechtliche Angelegenheiten

Die Institutionen und Missionen erhielten laufend Beratung und Hilfe in Rechtsfragen. Dabei ging es hauptsächlich um die Aushandlung und den Abschluß von Verträgen und internationalen Vereinbarungen, Vorrechte und Immunitäten in den Gastländern der OSZE-Institutionen sowie Angelegenheiten betreffend den Status und die Aktivitäten von Missionen und deren Personal, Personalfragen, die Umsetzung des Personalstatuts samt Dienstvorschriften einschließlich der Ausarbeitung eines Mandats für das Schiedsgremium sowie Versicherungsangelegenheiten.

5. Sonstige Verwaltungsaufgaben

Die Abteilung für Verwaltung (DAB) stellte auch den OSZE-Missionen wie bisher eine Reihe von Dienstleistungen zur Verfügung, etwa einen Postdienst, ausreichenden Nachschub zur Aufrechterhaltung der täglichen Einsätze, Reise- und Unterbringungsvokehrungen für Mitarbeiter des Sekretariats und der Missionen und die ordnungsgemäße Anmeldung des Personals bei den österreichischen Behörden und die Anerkennung der dem Personal zustehenden Behandlung. Die DAB bewältigte die zunehmend schwierige

Aufgabe, die Inhaber zusätzlicher Dienstposten und das Zusatzpersonal der Missionen in den relativ knappen Büroräumlichkeiten unterzubringen. Das Anwachsen der Organisation brachte eine beträchtliche Ausweitung des Dokumentenvolumens und der Aktenführung in der Archivabteilung mit sich. Als Beispiel sei der Fax-Verkehr angeführt, der im Vergleich zu 1995 und trotz des zunehmenden Einsatzes der elektronischen Post um etwa 75 Prozent zunahm.

Kooperationsformen und -foren im OSZE-Bereich

G-7/G-8 (Gipfel der Sieben/Acht)

Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)

Europarat (EuR)

North Atlantic Treaty Organization (NATO)¹

Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPR)

EAPR-Beobachter

Partnerschaft für den Frieden (PfP)

NATO-Rußland-Grundakte

NATO-Ukraine-Charta

Europäische Union (EU)²

EU-Assoziierungsabkommen

European Free Trade Area (EFTA)

Westeuropäische Union (WEU)

Assoziierte WEU-Mitglieder³

Assoziierte WEU-Partner

WEU-Beobachter⁴

Eurokorps

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Baltischer Rat

Euro-arktischer Barentsrat

Nordischer Rat

Rat der Ostseestaaten

1 Auf dem NATO-Gipfel in Madrid am 8. und 9. Juli 1997 wurden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn zu Beitrittsverhandlungen eingeladen, die mit der Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle mit diesen drei Staaten am 16. Dezember 1997 abgeschlossen wurden.

2 Auf der Tagung des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember 1997 in Luxemburg wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern beschlossen.

3 Als assoziierte Mitglieder sind die NATO-Staaten Island, Norwegen und die Türkei der WEU am 6. März 1995 beigetreten. In der Praxis der WEU wird kein Unterschied zwischen Assoziierten und Vollmitgliedern gemacht.

4 Die EU-Länder Irland, Finnland, Österreich und Schweden, die nicht der NATO angehören, besitzen Beobachterstatus, der sich jedoch auf Informationsaustausch und Präsenzen in Sitzungen im Einzelfall und auf Einladung beschränkt.

Central European Free Trade Agreement/Area (CEFTA)
Zentraleuropäische Initiative (ZEI)

Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI)
Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

North American Free Trade Area (NAFTA)

Die 55 OSZE-Teilnehmerstaaten - Daten, Fakten, Kooperationsformen¹

1. Albanien

Beitrittsdatum: Juni 1991

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 28.748 km² (OSZE-Rang: 45)

Bevölkerung: 3.249.000² (OSZE-Rang: 41)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP³: k.A.

BIP-Wachstum: -7,0 Prozent⁴ (OSZE-Rang: 37)⁵

Streitkräfte (Aktive): keine verlässlichen Daten*

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, ZEI, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

* Geplant ist eine Umorganisierung der Armee sowie eine Reduzierung der Personalstärke auf 20.000 Mann. Vor den Unruhen 1997 betrug die Personalstärke zwischen 51.000 und 54.000 Mann.

2. Andorra

Beitrittsdatum: April 1996

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 467,76 km² (50)

Bevölkerung: 65.000 (1995) (51)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: k.A.

Streitkräfte (Aktive): Keine

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat

3. Armenien

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 29.800 km² (44)

Bevölkerung: 3.463.000 (40)

1 Erstellt von Claudia Eicher.

2 Vgl. Military Technology 1/1998: The World Defence Almanac 1997/98, sowie Fischer Weltalmanach 1998. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 1997. Die Zahlen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das Jahr 1996.

3 PPP: Purchasing Power Parity/Kaufkraftparität (Zahlen von 1995 in US \$); als PPP wird die Anzahl der Währungseinheiten eines Landes bezeichnet, die benötigt wird, eine identische Menge an Waren und Dienstleistungen auf dem einheimischen Markt zu kaufen, für die in den Vereinigten Staaten 1 US-\$ aufzuwenden wäre. Vgl. The World Bank, The World Bank Atlas 1997, Washington, D.C. 1996.

4 Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe 1998, No. 1, New York/Genf (United Nations) 1998, S. 24 (Table 2.2.1) und S. 83 (Table 3.3.1). Zahlen von 1997 (vorläufige Schätzungen).

5 Von 39 erfaßten Ländern.

*BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 2.260 (OSZE-Rang: 34)*⁶

BIP-Wachstum: 3,0 Prozent (23)

*Streitkräfte (Aktive): ca. 60.000*⁷ (26)⁸

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

4. Aserbaidshan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 86.600 km² (28)

Bevölkerung: 7.676.000 (26)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 1.460 (37)

BIP-Wachstum: 5,8 Prozent (12)

Streitkräfte (Aktive): 85.000 (17)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

5. Belarus

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,70 Prozent

Fläche: 207.595 km² (19)

Bevölkerung: 10.415.000 (18)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.220 (27)

BIP-Wachstum: 10,4 Prozent (3)

Streitkräfte (Aktive): 85.000 (17)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS, ZEI

6. Belgien

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 3,55 Prozent

Fläche: 30.528 km² (43)

Bevölkerung: 10.170.000 (20)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.660 (5)

BIP-Wachstum: 2,1 Prozent (27)

Streitkräfte (Aktive): 42.500 (29)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, Eurokorps

6 Von 40 erfaßten Ländern

7 Vgl. Military Technology 1/1998: The World Defence Almanac 1997/98, sowie International Institute for Strategic Studies (Hrsg.), The Military Balance 1997-98, London 1997.

8 Von 47 erfaßten Ländern.

7. Bosnien-Herzegowina

Beitrittsdatum: April 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 51.129 km² (36)

Bevölkerung: 2.656.000 (42)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 20-30 Prozent⁹ (1)

Streitkräfte (Aktive): ca. 90.000 (muslimisch-kroatische Föderation); ca. 50.000 (Republika Srpska) (13)¹⁰

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: ZEI, SECI

8. Bulgarien

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 110.994 km² (23)

Bevölkerung: 8.612.000 (24)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.480 (25)

BIP-Wachstum: -7,4 Prozent (38)

Streitkräfte (Aktive): 95.000 (15)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

9. Dänemark

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 2,05 Prozent

Fläche: 43.094 km² (39)

Bevölkerung: 5.275.121 (Januar 1997) (30)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.230 (7)

BIP-Wachstum: 3,0 Prozent (23)

Streitkräfte (Aktive): 25.308 (33)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU-Beobachter, Euro-arktischer Barentsrat, Nordischer Rat, Rat der Ostseestaaten

9 Erwartetes Wachstum, bislang existieren noch keine konkreten Zahlen; vgl. Mojmir Krizan, Der widerspenstige „Friedensprozeß“. Bosnien und Herzegowina zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton, in: Osteuropa 1/1998, S. 57-78, hier S. 66.

10 Der OSZE-Rang bezieht sich auf die muslimisch-kroatische Föderation und die Republika Srpska zusammen.

10. Deutschland

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 356.854 km² (12)

Bevölkerung: 83.536.000 (3)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 20.070 (11)

BIP-Wachstum: 2,2 Prozent (26)

Streitkräfte (Aktive): 340.000 (6)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, Eurokorps, Rat der Ostseestaaten

11. Estland

Beitrittsdatum: September 1991

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 45.227 km² (38)

Bevölkerung: 1.459.000 (46)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.220 (27)

BIP-Wachstum: 9,0 Prozent (4)

Streitkräfte (Aktive): 3.510 (43)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, Baltischer Rat, Rat der Ostseestaaten

12. Finnland

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 2,05 Prozent

Fläche: 338.139 km² (13)

Bevölkerung: 5.105.000 (32)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 17.760 (16)

BIP-Wachstum: 5,9 Prozent (11)

Streitkräfte (Aktive): 32.500 (32)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, EAPR-Beobachter, PfP, EU, WEU-Beobachter, Euro-arktischer Barentsrat, Nordischer Rat, Rat der Ostseestaaten

13. Frankreich

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 543.965 km² (7)

Bevölkerung: 58.040.000 (6)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.030 (9)

BIP-Wachstum: 2,4 Prozent (25)

Streitkräfte (Aktive): 398.984 (4)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, Eurokorps

14. Georgien

Beitrittsdatum: März 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 69.700 km² (32)

Bevölkerung: 5.219.000 (31)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 1.470 (36)

BIP-Wachstum: 11,3 Prozent (2)

Streitkräfte (Aktive): 33.200 (31)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

15. Griechenland

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,70 Prozent

Fläche: 131.957 km² (22)

Bevölkerung: 10.538.000 (17)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 11.710 (20)

BIP-Wachstum: 3,4 Prozent (20)

Streitkräfte (Aktive): 173.054 (12)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

16. Großbritannien und Nordirland

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 242.429 km² (17)

Bevölkerung: 58.489.000 (5)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 19.260 (14)

BIP-Wachstum: 3,5 Prozent (19)

Streitkräfte (Aktive): 220.000 (10)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU

17. Irland

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 70.283 km² (31)

Bevölkerung: 3.566.000 (39)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 15.680 (17)

BIP-Wachstum: 8,5 Prozent (5)

Streitkräfte (Aktive): 13.000 (36)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, EU, WEU-Beobachter

18. Island

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 103.000 km² (24)

Bevölkerung: 270.000 (50)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 20.460 (10)

BIP-Wachstum: 4,9 Prozent (15)

Streitkräfte (Aktive): Keine

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EFTA, assoziiertes WEU-Mitglied, Euro-arktischer Barentsrat, Nordischer Rat, Rat der Ostseestaaten

19. Italien

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 301.302 km² (16)

Bevölkerung: 57.332.966 (Dez. 1995) (7)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 19.870 (13)

BIP-Wachstum: 1,5 Prozent (31)

Streitkräfte (Aktive): 289.537 (7)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, ZEI

20. Jugoslawien (Serbien und Montenegro)*

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 102.173 km² (25)

Bevölkerung: 10.614.000 (16)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 7,4 Prozent (6)

Streitkräfte (Aktive): 92.000 (angestrebt) (16)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: suspendiert

* Die Bundesrepublik Jugoslawien ist seit dem 7. Juli 1992 von der Mitarbeit in der OSZE suspendiert.

21. Kanada

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 5,45 Prozent

Fläche: 9.958.319 km² (2)

Bevölkerung: 28.820.000 (11)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.130 (8)

BIP-Wachstum: 3,8 Prozent (17)

Streitkräfte (Aktive): 61.600 (21)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, NATO, EAPR, NAFTA

22. Kasachstan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 2.717.300 km² (4)

Bevölkerung: 16.916.000 (14)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 3.010 (31)

BIP-Wachstum: 2,0 Prozent (28)

Streitkräfte (Aktive): ca. 35.100 (25)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS

23. Kirgisistan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 198.500 km² (20)

Bevölkerung: 4.529.000 (34)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 1.800 (35)

BIP-Wachstum: 10,4 Prozent (3)

Streitkräfte (Aktive): 12.200 (37)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS

24. Kroatien

Beitrittsdatum: März 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 56.538 km² (35)

Bevölkerung: 5.004.000 (33)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 6,5 Prozent (8)

Streitkräfte (Aktive): ca. 64.000 (19)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, ZEI, SECI

25. Lettland

Beitrittsdatum: September 1991

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 64.589 km² (34)

Bevölkerung: 2.469.900 (43)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 3.370 (30)

BIP-Wachstum: 6,0 Prozent (10)

Streitkräfte (Aktive): ca. 4.500 (42)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, Baltischer Rat, Rat der Ostseestaaten

26. Liechtenstein

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 160 km² (52)

Bevölkerung: 31.000 (1995) (53)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: k.A.

Streitkräfte (Aktive): Keine

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EFTA, seit 1923 Rechts-, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft mit der Schweiz, seit 1995 Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Währungsraum

27. Litauen

Beitrittsdatum: September 1991

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 65.300 km² (33)

Bevölkerung: 3.756.000 (Juli 1997) (38)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.120 (28)

BIP-Wachstum: 5,0 Prozent (14)

Streitkräfte (Aktive): 8.000 (41)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, Baltischer Rat, Rat der Ostseestaaten

28. Luxemburg

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 2.586 km² (49)

Bevölkerung: 418.300 (48)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 37.930 (1)

BIP-Wachstum: 3,6 Prozent (18)

Streitkräfte (Aktive): 900 (46)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, Eurokorps

29. Malta

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 315,6 km² (51)

Bevölkerung: 373.958 (49)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 2,8 Prozent (24)

Streitkräfte (Aktive): 1.850 (45)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EU-Assoziierungsabkommen

30. Mazedonien

Beitrittsdatum: Oktober 1995

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 25.713 km² (46)

Bevölkerung: 2.104.000 (44)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 0,7 Prozent (1996) (33)

Streitkräfte (Aktive): 15.400 (35)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, ZEI, SECI

31. Moldau

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 33.700 km² (42)

Bevölkerung: 4.463.000 (35)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 1,3 Prozent (32)

Streitkräfte (Aktive): 11.030 (38)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, GUS, ZEI, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

32. Monaco

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 1,95 km² (54)

Bevölkerung: 34.000 (1995) (52)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 6,0 Prozent (1995)¹¹ (10)

Streitkräfte (Aktive): Keine

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: gehört über Sonderabkommen mit Frankreich dem Europäischen Wirtschafts- und Währungsraum an

33. Niederlande

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 3,55 Prozent

Fläche: 41.864 km² (40)

Bevölkerung: 15.568.000 (15)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 19.950 (12)

BIP-Wachstum: 3,2 Prozent (22)

Streitkräfte (Aktive): 63.100 (20)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU

34. Norwegen

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 2,05 Prozent

Fläche: 323.877 km² (14)

Bevölkerung: 4.404.149 (36)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.940 (4)

BIP-Wachstum: 3,5 Prozent (19)

Streitkräfte (Aktive): 33.700 (30)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EFTA, assoziiertes WEU-Mitglied, Euro-arktischer Barentsrat, Nordischer Rat, Rat der Ostseestaaten

35. Österreich

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 2,05 Prozent

Fläche: 83.858 km² (29)

Bevölkerung: 8.023.000 (25)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 21.250 (6)

BIP-Wachstum: 2,0 Prozent (28)

Streitkräfte (Aktive): 51.500 (24)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, EAPR-Beobachter, PfP, EU, WEU-Beobachter, ZEI

11 Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 7. Februar 1997.

36. Polen

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 1,40 Prozent

Fläche: 312.685 km² (15)

Bevölkerung: 38.642.000 (10)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 5.400 (24)

BIP-Wachstum: 6,9 Prozent (7)

Streitkräfte (Aktive): ca. 235.000 (8)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO-Beitrittsprotokoll, EAPR, PfP, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, Rat der Ostseestaaten, CEFTA, ZEI

37. Portugal

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 92.389 km² (27)

Bevölkerung: 9.865.000 (22)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 12.670 (19)

BIP-Wachstum: 3,4 Prozent (20)

Streitkräfte (Aktive): 56.000 (23)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU

38. Rumänien

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,70 Prozent

Fläche: 237.500 km² (18)

Bevölkerung: 22.651.000 (13)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.360 (26)

BIP-Wachstum: -6,6 Prozent (36)

Streitkräfte (Aktive): 228.460 (9)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

39. Russische Föderation*

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 17.075.400 km² (1)

Bevölkerung: 148.178.000 (2)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 4.480 (25)

BIP-Wachstum: 0,4 Prozent (34)

Streitkräfte (Aktive): 1.200.000 (2)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-8, Europarat, EAPR, PfP, NATO-Rußland-Grundakte, GUS, Euro-arktischer Barentsrat, Rat der Ostseestaaten, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

* Rußland übernahm als Rechtsnachfolger der UdSSR deren Platz in der KSZE.

40. San Marino

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 60,57 km² (53)

Bevölkerung: 25.058 (1995) (54)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: k.A.

Streitkräfte (Aktive): Keine

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat

41. Schweden

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 3,55 Prozent

Fläche: 449.964 km² (10)

Bevölkerung: 8.900.000 (23)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 18.540 (15)

BIP-Wachstum: 1,9 Prozent (29)

Streitkräfte (Aktive): 46.000 (27)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, EAPR-Beobachter, PfP, EU, WEU-Beobachter, Euro-arktischer Barentsrat, Nordischer Rat, Rat der Ostseestaaten

42. Schweiz

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 2,30 Prozent

Fläche: 41.284 km² (41)

Bevölkerung: 7.108.000 (27)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 25.860 (3)

BIP-Wachstum: 0,7 Prozent (33)

Streitkräfte (Aktive): 3.300 (44)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, PfP, EFTA

43. Slowakische Republik

Beitrittsdatum: Januar 1993

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,33 Prozent

Fläche: 49.035 km² (36)

Bevölkerung: 5.374.000 (29)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 3.610 (29)

BIP-Wachstum: 6,5 Prozent (8)

Streitkräfte (Aktive): 45.483 (28)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI

44. Slowenien

Beitrittsdatum: März 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 20.254 km² (47)

Bevölkerung: 1.951.000 (45)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 3,3 Prozent (21)

Streitkräfte (Aktive): 9.550 (40)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI, SECI

45. Spanien

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 3,65 Prozent

Fläche: 504.782 km² (8)

Bevölkerung: 39.181.000 (9)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 14.520 (18)

BIP-Wachstum: 3,4 Prozent (20)

Streitkräfte (Aktive): 197.500 (11)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU, WEU, Eurokorps

46. Tadschikistan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 143.100 km² (21)

Bevölkerung: 5.916.000 (28)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 920 (38)

BIP-Wachstum: 1,7 Prozent (30)

Streitkräfte (Aktive): ca. 7.000-9.000 (41)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, GUS

47. Tschechische Republik

Beitrittsdatum: Januar 1993

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,67 Prozent

Fläche: 78.864 km² (30)

Bevölkerung: 10.316.207 (19)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 9.770 (21)

BIP-Wachstum: 1,3 Prozent (32)

Streitkräfte (Aktive): 65.000 (18)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO-Beitrittsprotokoll, EAPR, PfP, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI

48. Türkei

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 1,00 Prozent

Fläche: 779.452 km² (5)

Bevölkerung: 63.000.000 (November 1997) (4)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 5.580 (23)

BIP-Wachstum: 6,3 Prozent (9)

Streitkräfte (Aktive): 614.000 (3)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO, EAPR, EU-Assoziierungsabkommen, assoziiertes WEU-Mitglied, SECI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

49. Turkmenistan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,185 Prozent

Fläche: 488.100 km² (9)

Bevölkerung: 4.149.000 (37)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: -20,0 Prozent (39)

Streitkräfte (Aktive): 16.000-18.000 (34)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS

50. Ukraine

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 1,75 Prozent

Fläche: 603.700 km² (6)

Bevölkerung: 50.864.000 (8)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 2.400 (32)

BIP-Wachstum: -3,0 Prozent (35)

Streitkräfte (Aktive): ca. 350.000 (5)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EAPR, PfP, NATO-Ukraine-Charta, GUS, ZEI, Schwarzmeer-Kooperationsabkommen

51. Ungarn

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,70 Prozent

Fläche: 93.030 km² (26)

Bevölkerung: 10.002.000 (21)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 6.410 (22)

BIP-Wachstum: 4,0 Prozent (16)

Streitkräfte (Aktive): ca. 60.000 (22)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: OECD, Europarat, NATO-Beitrittsprotokoll, EAPR, PfP, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen, Assoziierter WEU-Partner, CEFTA, ZEI, SECI

52. USA

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 9,00 Prozent

Fläche: 9.372.614 km² (3)

Bevölkerung: 266.476.000 (1)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 26.980 (2)

BIP-Wachstum: 3,8 Prozent (17)

Streitkräfte (Aktive): 1.432.445 (1)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: G-7/G-8, OECD, NATO, EAPR, SECI, NAFTA

53. Usbekistan

Beitrittsdatum: Januar 1992

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,55 Prozent

Fläche: 447.400 km² (11)

Bevölkerung: 23.418.000 (12)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: 2.370 (33)

BIP-Wachstum: 5,2 Prozent (13)

Streitkräfte (Aktive): 100.000 (Mai 1997) (14)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: EAPR, PfP, GUS

54. Vatikan

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,125 Prozent

Fläche: 0,44 km² (55)

Bevölkerung: 802 (55)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: k.A.

Streitkräfte (Aktive): Keine (94 Schweizer Gardisten) (47)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Keine

55. Zypern

Beitrittsdatum: November 1972

Kostenbeteiligung an der OSZE: 0,19 Prozent

Fläche: 9.251 km² (48)

Bevölkerung: 744.000 (47)

BIP pro Kopf in Dollar nach PPP: k.A.

BIP-Wachstum: 2,4 Prozent (25)

Streitkräfte (Aktive): 10.000 (39)

Mitgliedschaften und Kooperationsformen: Europarat, EU-Beitrittsverhandlungen, EU-Assoziierungsabkommen

Quellen: Der Fischer Weltalmanach 1998. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 1997; Werner Deutsch, Finanzierung und Finanzierbarkeit der OSZE (in diesem Band), Anhang 2, S. 439-440; Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe 1998, No. 1, New York/Genf (United Nations) 1998, S. 24 (Table 2.2.1) und S. 83 (Table 3.3.1); International Institute for Strategic Studies (Hrsg.), The Military Balance 1997-1998, London 1997; Military Technology 1/1998: The World Defence Almanac 1997/98; Mojmir Krizan, Der widerspenstige „Friedensprozeß“. Bosnien und Herzegowina zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton, in: Osteuropat 1/1998, S. 57-78, hier S. 66; SIPRI (Hrsg.), SIPRI Yearbook 1997: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford u.a. 1997, S. xxx-xxxiii; The World Bank, The World Bank Atlas 1997, Washington, D.C. 1996; Wolfgang Zellner/Pál Dunay, Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik, Baden-Baden 1998, Kap. III.6.

OSZE - Tagungen, Treffen und Termine 1997/1998

1997

5.-8. Juli	Sechste Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Warschau.
27. August	Die OSZE organisiert mit deutscher Unterstützung einen vierstündigen "Open Skies"-Probeflug über Bosnien und Herzegowina.
27.-30. August	Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Niels Helveg Petersen, besucht Usbekistan, Tadschikistan und Georgien.
2. September	Treffen der OSZE-Troika (Dänemark, Polen, Schweiz), Kopenhagen.
3.-5. September	Seminar über "Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert: Auswirkungen auf den Mittelmeerraum", Kairo.
3.-5. September	Tagung der Subregionalen Beratungskommission (des Abkommens über subregionale Rüstungskontrolle zwischen Bosnien und Herzegowina, der Föderation Bosnien und Herzegowina, der Republika Srpska, der Republik Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien), Wien.
18. September	Der Ständige Rat beschließt die Einrichtung einer Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus zur Förderung demokratischer Institutionen und Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen.
22.-24. September	Erste Folgekonferenz über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, Wien.
23.-24. September	Seminar über "Regionale Sicherheit und politische, wirtschaftliche, soziale und humanitäre Fragen in Zentralasien und im Kaukasus", Taschkent.
29.-30. September	Seminar über "Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und Institutionen: Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina", Portoroz (Slowenien).
29. Sept. - 1. Okt.	Eine Delegation der OSZE-Troika auf Botschafterebene besucht Kiew und Simferopol.
1.-3. Oktober	Eine Delegation der OSZE-Troika auf Botschafterebene besucht Chisinau und Tiraspol.
8.-10. Oktober	"Parlamentarische Konferenz über subregionale Kooperationsprozesse: Beiträge zur neuen europäischen Ar-

- chitektur" (Parlamentarische Versammlung der OSZE und Vertreter der verschiedenen subregionalen Organisationen in Europa), Monaco.
13. Oktober Die usbekische Regierung und das BDIMR unterzeichnen in Taschkent ein "Memorandum of Understanding".
- 14.-17. Oktober Seminar zur "Förderung der Einbeziehung der Frauen in der Gesellschaft", Warschau.
- 22.-24. Oktober Seminar im Rahmen der wirtschaftlichen Dimension der OSZE über "Stabile und transparente Rechtsvorschriften für den wirtschaftlichen und sozialen Übergang", Almaty.
31. Oktober Treffen der OSZE-Troika, Warschau.
31. Okt.-1. Nov. Tagung des von der OSZE initiierten Narva-Forums, das estnische und russische Regierungsbeamte zusammenbringen soll.
- 12.-28. November Drittes OSZE-Implementierungstreffen über Fragen der menschlichen Dimension, Warschau.
- 24.-25. November Besuch des OSZE-Generalsekretärs bei den Vereinten Nationen, Treffen mit VN-Generalsekretär Kofi Annan, New York.
- 1.-2. Dezember Seminar über "Staatsstrukturen in komplexen ethnischen Situationen: die europäische Erfahrung", veranstaltet von der OSZE-Mission in Georgien, Tbilisi.
- 9.-10. Dezember Friedensimplementierungskonferenz (Bosnien und Herzegowina), Bonn.
10. Dezember Einleitung der Revision des Wiener Dokuments zu VSBM durch das FSK.
11. Dezember Der Ständige Rat verlängert das Mandat der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina bis zum 31. Dezember 1998.
- 18.-19. Dezember Sechstes Treffen des OSZE-Ministerrates, Kopenhagen; Ernennung des deutschen Bundestagsabgeordneten Freimut Duve zum ersten OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.

1998

1. Januar Der polnische Außenminister Bronislaw Geremek löst den dänischen Außenminister Niels Helveg Petersen als Amtierenden Vorsitzenden ab.

- 12.-14. Januar Besuch von OSZE-Generalsekretär Giancarlo Aragona in Japan.
12. Jan.-5. Feb. Reise einer technischen Mission des BDIMR nach Montenegro zur Unterstützung der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes.
21. Januar Tagung der Gemeinsamen Beratungskommission (des Übereinkommens über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen), Banja Luka.
21. Januar Treffen der OSZE-Troika (Polen, Norwegen, Dänemark), Warschau.
- 22.-23. Januar Besuch einer Delegation der parlamentarischen Versammlungen von OSZE und Europarat sowie des Europäischen Parlaments in Albanien, um den Prozeß der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu unterstützen.
23. Januar Jährliches trilaterales Treffen auf hoher Ebene der OSZE, des Europarats und der in Genf ansässigen Organisationen der Vereinten Nationen, Genf.
- 26.-28. Januar Drittes OSZE-Seminar über "Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen", Wien.
10. Februar Tagung der BDIMR-Abteilung Wahlen über Wahlhilfestrategien in Zentralasien, Warschau.
- 12.-13. Februar Konferenz über "Die Rolle der Frauen bei der Aussöhnung in Tadschikistan" (mit OSZE-Unterstützung).
- 16.-20. Februar Erste Konferenz zur Überprüfung der Durchführung des Übereinkommens über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina, Wien.
- 17.-18. Februar Seminar über "Regionale Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit in Zentralasien", Aschhabad.
- 17.-18. Februar Treffen der Kovorsitzenden der Minsker Gruppe (Frankreich, Russische Föderation, Vereinigte Staaten), Paris.
27. Februar Besuch des Amtierenden Vorsitzenden Geremek in Minsk.
27. Februar Die OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus nimmt offiziell ihre Tätigkeit auf.
- März Veranstaltungsreihe zur Rolle der Frau in der bosnischen Gesellschaft, veranstaltet durch die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.
- 2.-4. März Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung, FSK, Wien.
3. März Treffen des Amtierenden Vorsitzenden Geremek mit den Kovorsitzenden der Minsker Gruppe, Warschau.

9. März Tagung der Außenminister der Balkan-Kontaktgruppe (USA, Rußland, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien), London.
11. März Beschluß des Ständigen Rates zur Aufstockung der OSZE-Präsenz in Albanien um drei auf 14 Personen sowie der "Spillover"-Überwachungsmission in Skopje (Mazedonien) um drei auf acht Personen.
12. März Jährliches 2+2-Treffen zwischen den Amtierenden Vorsitzenden und Generalsekretären der OSZE und des Europarates, London.
- 19.-20. März Besuch des Amtierenden Vorsitzenden Geremek in Skopje und Tirana.
25. März Tagung der Außenminister der Balkan-Kontaktgruppe, Bonn.
28. März Besuch des Amtierenden Vorsitzenden Geremek in Belgrad, Priština und Podgorica.
8. April Treffen der OSZE-Troika, Warschau.
- 14.-20. April Reise des Amtierenden Vorsitzenden Geremek nach Turkmenistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.
20. April Der Amtierende Vorsitzende Geremek übermittelt UNO-Generalsekretär Kofi Annan entsprechend der Resolution Nr. 1160 des VN-Sicherheitsrates einen Bericht "Über die Situation im Kosovo und Maßnahmen der OSZE".
23. April Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Freimut Duve, gibt eine erste Präsentation seiner Tätigkeit seit seinem Amtsantritt am 1. Januar 1998.
29. April Treffen der Balkan-Kontaktgruppe, Rom.
- 29.-30. April Konferenz über "Freie und gerechte Wahlen", veranstaltet von der Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus, Minsk.
- 13.-14. Mai Seminar über "Die Beziehungen zwischen Zentralregierung und Regionalverwaltung", Chisinau.
- 25.-28. Mai Seminar zur menschlichen Dimension, "Ombudsmann-Institutionen und einzelstaatliche Institutionen zum Schutz der Menschenrechte", Warschau.
- 25.-30. Mai Menschenrechtskurs für die zentralasiatischen Staaten, Taschkent.
- 1.-5. Juni Sechstes Wirtschaftsforum zum Thema "Sicherheitsaspekte der Entwicklungen auf dem Energiesektor im OSZE-Gebiet", Prag.

- 16.-18. Juni Regionale Konsultationen für Zentralasien und den Kaukasus zum Thema "Die Frau im öffentlichen Leben", Taschkent.
- 1.-2. Juli Seminar über "Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Zentralregierung und Gebietskörperschaften", Chisinau.
- 7.-10. Juli Siebte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Kopenhagen.

Gregor Dömling/Claudia Eicher

Literaturauswahl zur OSZE 1997/1998

Dokumentensammlungen und Bibliographien

The Foundation on Inter-Ethnic Relations (Hrsg.), Bibliography on the OSCE High Commissioner on National Minorities: Documents, Speeches, Related Publications, Den Haag 1997, 3. Auflage.

The Foundation on Inter-Ethnic Relations (Hrsg.), The Oslo Recommendations Regarding the Linguistic Rights of National Minorities and Explanatory Note, Den Haag 1998.

Gill, Bennett, The Conference on Security and Co-operation in Europe, 1972-1975, in: Documents on British Policy Overseas, Serie 3, Vol. II (Foreign and Commonwealth Office), London 1997.

Istituto di Studi Giuridici sulla Comunità internazionale del Consiglio Nazionale delle Ricerche, Bibliografia OSCE, Rom 1997.

OSCE Archives Prague Office (Hrsg.), Chronological Review from 1973 to 1997 of CSCE/OSCE Official Publications, Prag.

OSCE Archives Prague Office (Hrsg.), Summary of Meetings, Decisions, Missions and Documents, Vol. IV, Prag 1997.

OSCE Secretariat (Hrsg.), Reference Manual - Decisions Compilation 1996, Wien 1997.

OSCE Secretariat (Hrsg.), Reference Manual - Decisions Compilation 1997, Wien 1998.

OSCE Secretariat (Hrsg.), Survey of OSCE Long-Term Missions and Other OSCE Field Activities, Wien 1998.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), OSZE. Aufgaben, Arbeitsweisen, Perspektiven, Bonn 1998.

Rotfeld, Adam D., From Helsinki to Lisbon and Beyond: Analysis and Documents of the OSCE, 1973-96, Oxford 1997.

Monographien und Sammelbände

Agnetti, Pino, Operazione Alba. La Missione della Forza Multinazionale di Protezione in Albania, Novara 1997.

Baranovsky, Vladimir (Hrsg.), Russia and Europe: the Emerging Security Agenda, Oxford 1997.

Bothe, Michael/Natalino Ronzitti/Allan Rosas, The OSCE in the Maintenance of Peace and Security: Conflict Prevention, Crisis Management, and Peaceful Settlement of Disputes, Den Haag/Boston 1998.

- Brauch, Hans Günter*, Militärtechnikfolgenabschätzung und präventive Rüstungskontrolle: Institutionen, Verfahren und Instrumente, Münster 1997.
- Bruce, George*, Complementary Pillars of European Security: The OSCE Security Model and the Euro-Atlantic Partnership Council. Draft Interim Report of the North Atlantic Assembly Sub-Committee on Transatlantic and European Relations, 26 August 1997.
- Cuny, Laurence*, L'OSCE et le règlement pacifique des différends: La Cour de conciliation et d'arbitrage, Genf 1997.
- Engelke, Thomas*, Der Karabach-Konflikt im geopolitischen Kontext des Krisen- und Konfliktmanagements der OSZE, Frankfurt/Main 1997.
- The Foundation on Inter-Ethnic Relations (Hrsg.)*, The Role of the High Commissioner on National Minorities in OSCE Conflict Prevention, Den Haag 1997.
- Gießmann, Hans-Joachim (Hrsg.)*, Handbuch Sicherheit 1997/98. Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten - Fakten - Analysen, Baden-Baden 1997/98.
- Goetschel, Laurent (Hrsg.)*, Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft, Bern 1997.
- Hong Ki-Joon*, The CSCE Security Regime Formation: An Asian Perspective, London 1997.
- International Helsinki Federation for Human Rights (Hrsg.)*, International Helsinki Federation for Human Rights: Annual Report 1997, Wien 1997.
- International Helsinki Federation for Human Rights (Hrsg.)*, OSCE Implementation Meeting on Human Dimension Issues, Warschau 1997.
- International Helsinki Federation for Human Rights (Hrsg.)*, Report to the OSCE: The International Helsinki Federation for Human Rights Fact-Finding Mission to Macedonia, 10.-14. April 1997, Wien 1997.
- Ledebur, Bertha-Maria von*, Evaluation praktischer Fertigkeiten: Entwicklung und Durchführung eines OSZE-Projekts, Münster 1997.
- MacFarlane, S.Neil/Oliver Thränert (Hrsg.)*, Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997.
- Nyholm, Lars (Hrsg.)*, OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997.
- Österreichisches Studienzentrum für Frieden/Schweizerische Friedensstiftung (Hrsg.)*, Friedensbericht 1997, Die Zukunft Südosteuropas, Chur/Zürich 1997.
- OSZE/ODIHR*, Election Observation Handbook, 2. Auflage, Warschau 1997.
- Peace, Security and Conflict Prevention: SIPRI-UNESCO Handbook*, Oxford 1998.
- Reiter, Erich (Hrsg.)*, Europas Sicherheitspolitik im globalen Rahmen, Frankfurt/Main 1997.
- Riepe, Claudia*, Der Minderheitenschutzstandard in der KSZE/OSZE, Hamburg 1997.

- Schlotter, Peter*, Die KSZE im Ost-West-Konflikt 1972-1990. Ein Beitrag zur Wirkungsanalyse einer internationalen Institution (unveröff. Habilitationsschrift an der Technischen Hochschule Darmstadt), Frankfurt/Main 1997.
- Simonsen, Sven Gunnar (Hrsg.)*, Conflicts in the OSCE Area, (International Peace Research Institute), Oslo 1997.
- Smeets, Hans/Jaenet Exel*, The 1996 Bosnia-Herzegovina Elections. An Analysis of the Observations, Dordrecht/Boston/London 1997.
- Sperling, James*, Recasting the European Order: Security Architectures and Economic Cooperation, Manchester 1997.
- Switalski, Piotr*, The OSCE in the European Security System: Chances and Limits, Warschau 1997.
- Troebst, Stefan*, Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992-1998 (EMCI Working Paper 1), Flensburg 1998.

Zeitschriftenaufsätze/Buchbeiträge

- Acimovic, Ljubivoje*, Possibility of Lifting off the Suspension of FR Yugoslavia Membership at the OSCE, in: Review of International Affairs 1063-64/1997/98, S. 10-12.
- Alexanderson, Martin*, The Need for a Generalised Application of the Minorities Regimes in Europe, in: Helsinki Monitor 4/1997, S. 47-58.
- Bakker, Edwin*, Growing Isolation: Political and Ethnic Tensions in the Slovak Republic, in: Helsinki Monitor 1/1998, S. 23-36.
- Bloed, Arie*, OSCE Presence in Albania Successful, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 82-86.
- Bloed, Arie*, OSCE and Nagorno-Karabakh, in: Helsinki Monitor 4/1997, S. 89-90.
- Bloed, Arie*, OSCE Involvement in Albania, in: Helsinki Monitor 1/1998, S. 40-47.
- Borawski, John/George Bruce*, NATO, the Euro-Atlantic Partnership Council, and the OSCE, in: Helsinki Monitor 4/1997, S. 86-88.
- Broadhead, Lee Anne*, Security and the Environment: Taking the OSCE Approach Further?, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Cooperation, Kopenhagen 1997, S. 149-160.
- Bruce, George*, NATO, OSCE, and Regional Security Issues in Central Asian and the Caucasus, in: Perceptions 4/1997/98, S. 135-142.
- Busygina, Irina*, The OSCE in Chechnya, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 115-120.
- Clement, Rolf*, Im Auftrag der OSZE unterwegs, in: Europäische Sicherheit 3/1998, S. 24.

- Cohen, Jonathan*, Civil Society under Construction: A Challenge for Europe, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 73-85.
- Debie, Frank*, La Grèce, l'Italie et l'Europe face au problème albanais. Gestion de crise et représentation géopolitique, in: Relations Internationales et Stratégiques 28/1997, S. 96-108.
- Dreilinger, Lauren*, The OSCE Mission to Bosnia and Hercegovina: Apprehension of Indicted War Criminals, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 37-51.
- Galeotti, Mark*, Organised Crime in the Former Soviet Union: Roots, Resources and Responses, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 108-119.
- Gheballi, Victor-Yves*, L'OSCE et la négociation d'un document-charte sur la sécurité européenne, in: Défense nationale, Juli 1998, S. 106-119.
- Goetschel, Laurent*, Die OSZE-Diskussion über ein Sicherheitsmodell für Europa. Eine Zwischenbilanz, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden/Schweizerische Friedensstiftung (Hrsg.), Friedensbericht 1997, Die Zukunft Südosteuropas, Chur/ Zürich 1997, S. 149-166.
- Goldston, James A.*, The Role of the OSCE in Bosnia: Lessons from the First Year, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 6-36.
- Graf, Wilfried*, Auf dem Weg zu einem zwischenstaatlichen Balkankrieg? Plädoyer für eine OSZE-Konferenz über die Zukunft Südosteuropas, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden/Schweizerische Friedensstiftung (Hrsg.), Friedensbericht 1997, Die Zukunft Südosteuropas, Chur/ Zürich 1997, S. XI ff.
- Greco, Ettore*, New Trends in Peace-Keeping: The Experience of Operation Alba, in: Security Dialogue 2/1998, S. 201-212.
- Grussendorf, Jeannie*, Conflict Prevention in the OSCE, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 29-42.
- Hakala, Terhi*, The OSCE Minsk Process: A Balance after Five Years, in: Helsinki Monitor 1/1998, S. 5-14.
- Halstead, John*, The CSCE/OSCE: Past, Present and Future, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 5-13.
- Hansen, Lene*, The Concept of Security and the Paradox of the OSCE, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 15-28.
- Hazewinkel, Harm J.*, Improving the Human Dimension Implementation Meeting, in: Helsinki Monitor 2/1998, S. 38-50.
- Herkes, Anne Ruth*, The OSCE Representative on Freedom of the Media, in: Helsinki Monitor 2/1998, S. 51-57.
- Holoboff, Elaine*, Emerging Concepts of Energy Security: Oil and Gas in the Former Soviet Union and its Implications for Regional Security, in: Lars

- Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 132-148.
- Hübscher, Jürgen*, Als "Einzelkämpfer" für die OSZE in Lettland - Ein Beispiel für die praktische Umsetzung eines sicherheitspolitischen Konzepts in Europa, in: Truppenpraxis 4/1998, S. 216-219.
- Isakova, Irina*, The Potential for Enhanced Military Co-operation within the OSCE, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 29-42.
- Ischinger, Wolfgang*, Nicht gegen Rußland - Sicherheit und Zusammenarbeit im Ostsee-Raum, in: Internationale Politik 2/1998, S. 33-40.
- Joetze, Günter*, The OSCE Mission to Moldova, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 133-141.
- Jopp, Heinz Dieter*, Wiener Kongreß - Kooperation und Solidarität statt nationaler Alleingänge. Drittes OSZE-Seminar zur Verteidigungspolitik und Militärdoktrin, in: Truppenpraxis 4/1998, S. 212-215.
- Khatchatrian, Haroutiun*, The Karabakh Conflict: An Armenian View, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 69-76.
- Khutsishvili, George*, The OSCE and Conflict in Georgia, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 101-110.
- Kornblum, John C.*, Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12. November 1997 in Bonn, in: Internationale Politik 2/1998, S. 92-98.
- Kostakos, Georgios/Dimitris Bourantonis*, Innovations in Peace-Keeping: The Case of Albania, in: Security Dialogue 1/1998, S. 49-58.
- Kurbanov, Erjan*, The Armenian-Azerbaijani Conflict over Nagorno-Karabakh and Prospects for the OSCE Mediation, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 77-99.
- Kwaasteniët, Marjanne de*, Albania: A Lost Opportunity for the OSCE?, in: Helsinki Monitor 1/1998, S. 15-22.
- Law, David*, The OSCE and European Security Architecture, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 35-46.
- Lohman, Diederik*, Can International Pressure Restore Democracy in Belarus?, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 69-79.
- Lutz, Dieter S.*, Foundation of the European Security Structure. Role of the OSCE, in: Review of International Affairs 48/1997, S. 11-26.
- Lynch, Dov*, Post-Conflict Peacekeeping, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 57-72.

- Maeder-Metcalf, Beate*, Russische Minderheiten in den baltischen Staaten. Das Engagement der OSZE, in: Internationale Politik 10/1997, S. 39-44.
- Markina, Anna*, Organised Crime in Estonia: A Challenge to Security, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 120-131.
- McCausland, Jeffrey D.*, Arms Control or Disarmament? The Case of the Former Yugoslavia, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 58-68.
- Mema, Fatmir*, Did Albania Really Need Operation "Alba"?, in: Security Dialogue 1/1998, S. 59-62.
- Meyer, Berthold*, Mit unendlicher Geduld für den Frieden. Zwischenbilanz der OSZE-Langzeitmissionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 16-17/1998, S. 23-30.
- Miall, Hugh*, The OSCE Role in Albania, in: Helsinki Monitor 4/1997, S. 74-85.
- Michajlyshyn, Natalie*, The OSCE and Conflict Prevention: The Case of Ukraine, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 145-166.
- Mintchev, Emil*, Südosteuropa nach der Wende. Das Zusammenleben der Ethnien, in: Internationale Politik 10/1997, S. 45-48.
- Mooradian, Moorad*, The OSCE: Neutral and Impartial in the Karabakh Conflict?, in: Helsinki Monitor 2/1998, S. 5-17.
- NHC Working Group*, The OSCE and the Arms Control Process: Redefining a Prominent Relationship, in: Helsinki Monitor 4/1997, S. 5-27.
- OSZE-Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen vom 26.-28. Jänner 1998 in der Hofburg in Wien, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung 2/1998, S. 4-20.
- Palous, Martin*, The United States and Europe: A Question for the Twenty-First Century, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 80-81.
- Pentikainen, Merja*, The 1997 Implementation Meeting on Human Dimension Issues of the OSCE, in: Helsinki Monitor 2/1998, S. 18-37.
- Peters, Ingo*, Von der KSZE zur OSZE: Überleben in der Nische kooperativer Sicherheit, in: Helga Haftendorn/Otto Keck (Hrsg.), Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung, Baden-Baden 1997, S. 57-100.
- Plate, Bernhard von*, The OSCE: Its Place in Russia's Security Policy, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 55-63.
- Reschke, Brigitte*, Der OSZE-Hochkommissar für nationale Minderheiten, in: Humanitäres Völkerrecht 2/1997, S. 101-103.
- Rhodes, Aaron*, Looking Back Towards the Present, in: Helsinki Monitor 2/1998, S. 57-58.
- Rofeld, Adam D.*, Europe: in Search of Cooperative Security, in: Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.), SIPRI Yearbook 1997,

- Armaments, Disarmament and International Security, Oxford u.a. 1997, S. 127-159.
- Rühle, Michael/Nick Williams*, Liebe auf den zweiten Blick. Die "unsichtbare" europäische Sicherheitsarchitektur, in: Internationale Politik 10/1997, S. 56-58.
- Schmidt, Max*, Reflections on a New Architecture of European Security, in: Peace and Security 4/1997, S. 1-11.
- Silvestri, Stefno*, The Albanian Test Case, in: The International Spectator 3-4/ 1997, S. 87-98.
- Thijn, Ed van*, Election Observation in Bosnia, in: Helsinki Monitor 3/1997, S. 52-57.
- Thränert, Oliver*, The OSCE and Security in the CIS, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 47-54.
- Timmermann, Heinz*, Die OSZE-Vertretung in Belarus, Teil I: Lukaschenkos kalter Staatsstreich und das Scheitern erster Vermittlungsansätze europäischer Organisationen 1997, BIOST Aktuelle Analysen 25/1998, Teil II: Chancen und Probleme nach dem Start der multilateralen Gespräche Anfang 1998, BIOST Aktuelle Analysen 26/1998.
- Trenin, Dmitrii*, The Tajikistan Conflict: Implications and Prospects for Resolution, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 121-132.
- Troebst, Stefan*, Das OSZE-Engagement bei ethnopolitischen Konflikten. Erfolge und Mißerfolge in Osteuropa, in: Internationale Politik 10/1997, S. 31-38.
- Tsilevich, Boris*, Civil Society and Nationalism in Latvia, in: Lars Nyholm (Hrsg.), OSCE - A Need for Co-operation, Kopenhagen 1997, S. 87-89.
- Whyte, John D.*, The OSCE Role in Constitutional Development of CIS States, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 167-187.
- Zagorsky, Andrei*, The OSCE and the CIS Organization: A Comment, in: S. Neil MacFarlane/Oliver Thränert (Hrsg.), Balancing Hegemony: the OSCE in the CIS, Kingston 1997, S. 65-66.

Abkürzungsverzeichnis

AHB	Ausschuß Hoher Beamter (seit 1.1.1995 Hoher Rat)
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation/Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ASEAN	Association of South East Asian Nations
BDIMR	Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
CBSS	Council of the Baltic Sea States/Rat der Ostseestaaten
CEFTA	Central European Free Trade Agreement/Area
CEI/ZEI	Central European Initiative/Zentraleuropäische Initiative
CiO	Chairman-in-Office/Amtierender Vorsitzender der OSZE
DAP	Democratic Assistance Programme (der PV)
EAPR	Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development/Euro- päische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECE	Economic Commission for Europe (der VN)
ECMM	European Community Monitor Mission
ECU	European Currency Unit
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit (der EG)
EU	Europäische Union
FTAA	The Free Trade Area of the Americas/Amerikanische Freihandelszone
FSK	Forum für Sicherheitskooperation
G7/G8-Staaten	Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (Bundesre- publik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA) plus Rußland (G8)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (der EU)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HKNM	Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten
ICJ/IGH	International Court of Justice/Internationaler Gerichtshof
IFC	Informal Financial Committee/Informeller Expertenau- schuß für Finanzfragen
IFOR	Implementation Force
IHF	International Helsinki Federation/Internationale Helsinki Föderation

IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	International Labour Organization/Internationale Arbeitsorganisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
IPTF	International Police Task Force
IWF	Internationaler Währungsfonds
KSE I	Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSE Ia	Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstär- ken der konventionellen Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (seit 1.1.1995 OSZE)
KVZ	Konfliktverhütungszentrum
MOE-Staaten	Mittelosteuropäische Staaten
MPC	Mediterranean Partners for Co-operation/Kooperations- partner (der OSZE) im Mittelmeerraum
NAFTA	North American Free Trade Agreement/Nordamerikanische Freihandelsabkommen
NAKR	Nordatlantischer Kooperationsrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGOs	Non-Governmental Organizations/nichtstaatliche Organisa- tionen
NPT	Non-Proliferation Treaty/Nichtverbreitungs-Vertrag
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OHR	Office of the High Representative/Büro des Hohen Reprä- sentanten
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PC	Permanent Council/Ständiger Rat (der OSZE)
PfP	Partnership for Peace/Partnerschaft für den Frieden
PHARE	Poland and Hungary Assistance for the Reconstruction of the Economy
PIC	Peace Implementation Conference
POE	Points of Entry/Exit (Ein- und Ausreisestellen)
PV	Parlamentarische Versammlung (der OSZE)
SAMs	Sanctions Assistance Missions
SAMCOMM	Sanctions Assistance Missions Communication Centre
SC	Senior Council/Hoher Rat (der OSZE)
SECI	Southeast European Cooperative Initiative
SFOR	Stabilization Force
TACIS	Technical Assistance for the CIS
TLE	Treaty Limited Equipment (KSE-I-Vertrag)
UN/UNO/VN	United Nations/United Nations Organization/Vereinte Nationen
UNCHR	United Nations Commissioner for Human Rights

UNDCP	United Nations Drug Control Programme
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNPROFOR	United Nations Protection Force
UNTAES	United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium/Übergangsverwaltung der VN für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
VKSE	Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa
VN	Vereinte Nationen
WD 90, 92, 94	Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (1990, 1992, 1994)
WEU	Westeuropäische Union
WVO	Warschauer Vertragsorganisation

Autorenverzeichnis

Nikolaj Afanassjewskij, Stellvertretender Außenminister der Russischen Föderation, Moskau

Nils Daag, Botschafter, Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Schweden bei der OSZE, Wien

Farimah Daftary, Research Associate, European Centre for Minority Issues, Flensburg

Ginte Damušis, Botschafterin, Leiterin der Ständigen Vertretung der Republik Litauen bei der OSZE, Wien

Werner Deutsch, Leiter des Haushaltswesens, OSZE-Sekretariat, Wien

Elena Drozdik, OSZE-Mission in Kroatien, Vukovar

Prof. Dr. Pál Dunay, Stellvertretender Direktor des Hungarian Institute of International Affairs, Budapest

Dr. Hans-Georg Ehrhart, Wissenschaftlicher Referent am IFSH, Hamburg

Dr. Hansjörg Eiff, Botschafter a.D., vormals Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE, Wien

Fathi El-Shazly, Assistant Minister for European Affairs, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Kairo

Prof. Dr. Bronislaw Geremek, Außenminister der Republik Polen, Amtierender Vorsitzender der OSZE 1998, Warschau

Prof. Dr. Victor-Yves Ghebali, Institut des Hautes Études Internationales, Genf

Dr. Herbert Grubmayr, Botschafter, vormals Leiter der OSZE-Präsenz und Örtlicher Stellvertreter des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden in Albanien, Wien

Jutta Gützkow, Europarat-OSZE Liaison-Beamtin, Direktion für Politische Angelegenheiten, Europarat, Straßburg

Dr. Gret Haller, Botschafterin, seit 1996 Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina, Sarajewo

Gerald Hesztera, Hauptmann der österreichischen Bundesgendarmerie, Koordinator für Auslandseinsätze, Wien

Ryan S. Lester, Vassar Maguire Fellow und Research Fellow am Centre for the Study of Developing Societies, New Delhi, derzeit Stanford University Law and Columbia University

Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Wissenschaftlicher Direktor des IFSH, Hamburg

Dr. Janne Haaland Matlary, Staatssekretärin des Königlichen Norwegischen Außenministeriums, Oslo

Paulina Merino, Warschau

Kari Möttölä, Special Adviser, Politische Abteilung, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Finnlands, Helsinki

- Niels Helveg Petersen*, Außenminister des Königreichs Dänemark,
Amtierender Vorsitzender der OSZE 1997, Kopenhagen
- Bernard von Plate*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut
der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen
- Thomas L. Price*, Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten
der OSZE, Wien
- Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld*, Direktor des Stockholm International Peace
Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Dr. Jens Reuter*, Referent am Südost-Institut, München
- Dr. Heinz Timmermann*, Wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für
ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Prof. Dr. Kurt P. Tudyka*, Chefredakteur des OSZE-Jahrbuchs, Bonn
- Univ.Doz. Dr.Dr. Heinz Vetschera*, Leiter des Hauptreferats "Internationale
Sicherheit", Landesverteidigungsakademie, Wien
- Dr. Franz Vranitzky*, Bundeskanzler a.D., 1997 Persönlicher Vertreter des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Albanien, Wien
- Dr. Monika Wohlfeld*, Diplomatische Beraterin des OSZE-Generalsekretärs,
OSZE-Sekretariat, Wien